

Gerechtigkeit für Kärnten: Klärung der  
Verantwortung betreffend die HYPO-  
Verwertung/Abwicklung und den  
damit in Verbindung stehenden  
finanziellen Beiträgen des Landes  
Kärnten

# Endbericht

Untersuchungsausschuss  
Kärntner Landtag

Eingereicht vom Vorsitzenden gem. § 41  
Klubobmann Mag. Gernot Darmann

---

## Inhalt

1	Chronologie des Ausschusses .....	2
2	Ziel: Risikoteilung zwischen Bund und Land .....	2
3	HETA-Erlöse höher als Haftungsschulden des Landes 2016 .....	4
4	Situation in den Jahren 2015 und 2016 .....	5
5	Land 2015/2016 ohne Einsicht in die HETA-Vermögenslage.....	10
6	Grundlage für den Haftungsbetrag von 1,2 Mrd. € .....	12
7	Warum Besserung von 400 Millionen Euro verschwunden ist.....	15
8	Land bemühte sich um Nachverhandlungen .....	18
9	Rückkauf der Schuldscheine um 415 Millionen billiger .....	21
10	Wem kam dieser außerordentliche Ertrag zugute? .....	22
11	Land musste auch fast 100 Prozent der Transaktionskosten tragen.....	24
12	Nachträgliche Besserung für alle Anleihegläubiger .....	25
13	Hohe HETA-Abschläge vermindern Zahlungen an den KAF.....	26
14	500-Millionen Angebot und Insolvenzgefahr.....	27
15	Bayern sind großer Profiteur des HETA-Recovery .....	33
16	Ausschuss erhielt keine Auskünfte .....	35
17	Vergleich mit den Bayern 2015 und seine Folgen für Kärnten .....	37
18	Land Kärnten verzichtete auf alle Regressansprüche .....	44
19	Hohe Prämien für Berater des Finanzministeriums.....	44
20	Ausschuss wurden Unterlagen vorenthalten.....	47
21	Landesregierung liefert angeforderte Akten nicht .....	51
22	Erörterung der Nichtübermittlung von Beweisen .....	53
23	Ausschuss hat durch Verfassung geschütztes Recht auf Informationen .....	60
24	Schlussfolgerungen betreffend die Nichtübermittlung bzw. die unvollständige Übermittlung von Beweisen.....	67
25	Angeforderte Unterlagen geschwärzt übermittelt .....	68
26	Schlussfolgerung betreffend die Schwärzung bzw. Abdeckung von übermittelten Beweisen .....	78
27	Schlussempfehlungen: .....	80

# 1 Chronologie des Ausschusses

- Der Untersuchungsausschuss wurde auf Verlangen des Freiheitlichen Landtagsklubs von Landtagspräsidenten Rohr eingesetzt.
- Die konstituierende Sitzung des Ausschusses fand am 02. März 2022 statt.
- Dem Untersuchungsausschuss gehören vier Mitglieder der SPÖ, zwei Mitglieder der FPÖ und jeweils ein Mitglied von ÖVP und Team Kärnten an.
- Zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wurde aufgrund des Vorschlagsrechtes der Antragsteller KO Mag. Gernot Darmann gewählt.
- Die Wahl zum Rechtsbeistand fand ebenfalls am 02.03.2022 statt: Zum Rechtsbeistand wurde Dr. Walter REITMANN und als sein Stellvertreter Dr. Wilfried AICHINGER gewählt (**einstimmige Annahme**).
- Am 13.07.2022 gab es eine formelle Rochade von Rechtsbeistand und Rechtsbeistand-Stellvertreter Dr. Wilfried Aichinger wurde als Rechtsbeistand und Dr. Walter Reitmann als sein Stellvertreter gewählt.
- Insgesamt gab es bis zum 12.10.2022 44 Sitzungen des Untersuchungsausschusses und davon waren 19 Sitzungen öffentlich. 31 Auskunftspersonen wurden befragt (inkl. Doppelbefragungen).
- Die Beweisaufnahme wurde mit der letzten internen Sitzung (43.) am 12. Oktober 2022 abgeschlossen.
- Das Ende der Beweisaufnahme (Anmerkung: § 11 Abs. 3 K-UAG Die Beweisaufnahme endet mit Feststellung des Obmanns oder unter Beachtung der Endigungsgründe gemäß § 40 von Gesetzes wegen. Das Ende der Beweisaufnahme ist sowohl in der Niederschrift über die Ausschusssitzung als auch im schriftlichen Feststellungsbericht (§ 7 Abs. 4) festzuhalten.) wurde vom Vorsitzenden gemäß § 11 Abs. 3 K-UAG festgestellt und entsprechend protokolliert.
- Trotz nicht notwendiger Abstimmung hat der Vorsitzende über die Beendigung der Beweisaufnahme abstimmen lassen. Es wurde einstimmig angenommen, dass die Beweisaufnahme vom Vorsitzenden für beendet erklärt wurde.

## 2 Ziel: Risikoteilung zwischen Bund und Land

Am 24. März 2015 erklärte Kärntens Finanzreferentin LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut laut Protokoll der Arbeitsgruppe zum Thema „strategische Überlegungen zur HETA“ in der Kärntner Landesregierung:

*„Es kann nicht sein, dass 100 % der Kosten und des Risikos beim Land liegen. Es muss ein politisches commitment geben. Die 2. Phase der HYPO-Geschichte ist dem Bund zuzuordnen. Dass ausschließlich das Land Kärnten die Schuld trägt, ist falsch. Es gibt einen Eigentümer der Bank. Das Land ist lediglich Ausfallsbürge.“<sup>1</sup>*

*DI Bernhard Perner (Berater des Finanzministers) sagte, dass es ein Risk-Sharing gibt.“<sup>2</sup>*

---

<sup>1</sup> 11-12/32 (ON-17)

<sup>2</sup> 11-12/32 (ON-17)

Zu diesem Zeitpunkt war es offenbar das Ziel der Landesregierung und des Bundes, dass es bei einer Lösung der Hypo-Heta-Causa zu einer Teilung der Kosten zwischen dem Bund und dem Land Kärnten kommt.

7 Jahre später schreibt der Landesrechnungshof am 27. September 2022 in einer Stellungnahme zum Thema „Zahlungsflüsse zum und vom Kärntner Ausgleichszahlungsfonds betreffend die HETA-Abwicklung: *„Durch die HETA-Ausschüttungen wurden die von der ABBAG (Managementgesellschaft des Bundes, welche mit der Abwicklung Abbaubanken HETA-Hypo, Kommunalkredit AG, Immigon betraut ist) erhaltenen Mittel durch den KAF (Kärntner Auszahlungsfonds) zur Gänze zurückgezahlt, womit sich die Prämie des Bundes auf 0,00 Euro reduzierte<sup>3</sup>.*

Der LRH stellte damit klar, dass der Bund in der letzten Phase der HETA-Hypo-Abwicklung ab dem Jahr 2015 keine Kostenbeiträge mehr leisten musste.

Möglich war dies deshalb, weil beim Verkauf der Vermögenswerte der Hypo Alpe-Adria-Bank laut Geschäftsbericht der HETA 2020 11,4 Mrd. € Erlöst werden konnten. Zusätzlich waren laut Jahresabschluss 2021 der HETA noch Aktiva von 802 Mio. € vorhanden, welche die Erträge noch erhöhen können, sofern Rückstellungen für noch offene Geschäftsfälle aufgelöst werden können.

**Abg. Staudacher:** *„Derzeit sind in der HETA noch 0,8 Milliarden Euro. Was wird aus Ihrer Sicht übrigbleiben? Können Sie das sagen?“*

**Auskunftsperson DI Perner:** *„Alles, hoffentlich. Das muss geteilt werden. Es sind halt noch Ansprüche da. Es gibt noch diverse Gläubiger und es wird noch eine Zeit lang dauern. Das ist jetzt eben genau die Aufgabe der Abwickler, die dort teilweise noch ihren Dienst versehen, dass die Endverteilung oder das Liquidationsende so schnell wie möglich und unter Beachtung der Gläubigergleichbehandlung unter entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen umgesetzt wird. Dieses Geld ist ein Teil dessen, was da entsprechend verteilt werden muss. Damit ist das auch noch eine große und verantwortungsvolle Aufgabe für die Damen und Herren, die dort noch arbeiten, das so schnell wie möglich zu machen.“<sup>4</sup>*

Die Erlöse der HETA sind jedenfalls höher als der Betrag, den das Land Kärnten bzw. die von ihm gegründete Zweckgesellschaft, der KAF, für den Rückkauf der landesbehafteten Schuldtitel aufwenden musste: 8,834,30 Milliarden Euro, wie der Landesrechnungshof in der erwähnten Stellungnahme in einer Tabelle auf Seite 12 darlegt.

Während der Bund am Ende keinen Euro zu bezahlen hat, weil er alle Beträge, die er dem KAF für den Ankauf der Schuldtitel vorfinanziert hat (7,7 Mrd. €) zurückbekam, zahlt das Land Kärnten einen Betrag von 1,2 Milliarden Euro.

Der Untersuchungsausschuss hat es sich zum Ziel gesetzt, diese auffällige Diskrepanz zu klären. Was ist passiert, dass die 2015 von LH-Stv. Schaunig angepeilte Kosten- und Risikoteilung zwischen dem Bund, dem letzten Eigentümer der Hypo Alpe-Adria-Bank, und dem Haftungsträger, dem Land Kärnten, in ein Ergebnis mündete, dass das Land im

---

<sup>3</sup> Stellungnahme des Landesrechnungshofes: Zahlungsfluss zum und vom Kärntner Ausgleichszahlungsfonds betreffend die Heta-Abwicklung

<sup>4</sup> Befragung von DI Perner am 13. Mai 2022, Seite 88

Wesentlichen auf dem Haftungsbeitrag von 1,2 Mrd. € sitzen bleibt, während sich das Risiko des Bundes auf null reduziert hat?

Eine Erkenntnis des Ausschusses besteht auch darin, dass am Schluss der Hypo-HETA-Causa, wenn die HETA liquidiert wird, eine Minderung des Haftungsbeitrages möglich sein wird. Die Gründe dafür (Kursgewinne, vorzeitige Ablöse des zusätzlich bedingten Kaufpreises) werden in diesem Bericht dargelegt.

### **3 HETA-Erlöse höher als Haftungsschulden des Landes 2016**

Im Untersuchungsausschuss wurde herausgearbeitet, dass bei der Verwertung der Vermögenswerte der Hypo Alpe-Adria-Bank ein Erlös bis zu 12,2 Milliarden Euro erzielt werden kann, etwa das Doppelte von der Summe, die 2016 als Grundannahme bei der Gestaltung aller Vertragswerke zwischen Bund und Land herangezogen worden ist.

Die 12,2 Mrd. € setzen sich wie folgt zusammen. Einen Erlös von 11,4 Mrd. € weist die HETA in ihrer Kurzpräsentation zum Jahres- und Konzernabschluss 2020 aus.<sup>5</sup>

Laut Abbauplan 2021 verfügt die HETA noch über Aktiva von 802 Mio. €.<sup>6</sup>

Der jetzige HETA-Aufsichtsratsvorsitzende DI Perner erklärte vor dem Ausschuss, dass hoffentlich alles davon für die Gläubiger übrigbleiben werde.<sup>7</sup>

An die Gläubiger ausgezahlt hat die HETA bisher 10,5 Mrd. €, wovon 8,57 Mrd. € an den KAF flossen und 1,8 Mrd. € an die Bayrische Landesbank.

Ein Vergleich des Jahres 2016 mit dem Jahr 2022 zeigt, dass weder der Bund noch die Inhaber der landesbehafteten Schuldtitel einen Verlust ihrer eingesetzten finanziellen Mittel erleiden.

Addiert man zu den Verwertungserlösen von 12,2 Mrd. € den von Kärnten vorab bezahlten Beitrag von 1,2 Milliarden hinzu, wurde der Betrag, für den das Land Kärnten 2016 beim Ankauf der Schuldtitel als Ausfallsbürge haftet, um 2,2 Milliarden oder 23 Prozent überschritten.

Die Rechnungshöfe des Bundes und Landes bezifferten die Verbindlichkeiten der HETA, für die 2016 eine Haftung des Landes bestanden hatte, mit 11,247 Mrd. €.<sup>8</sup>

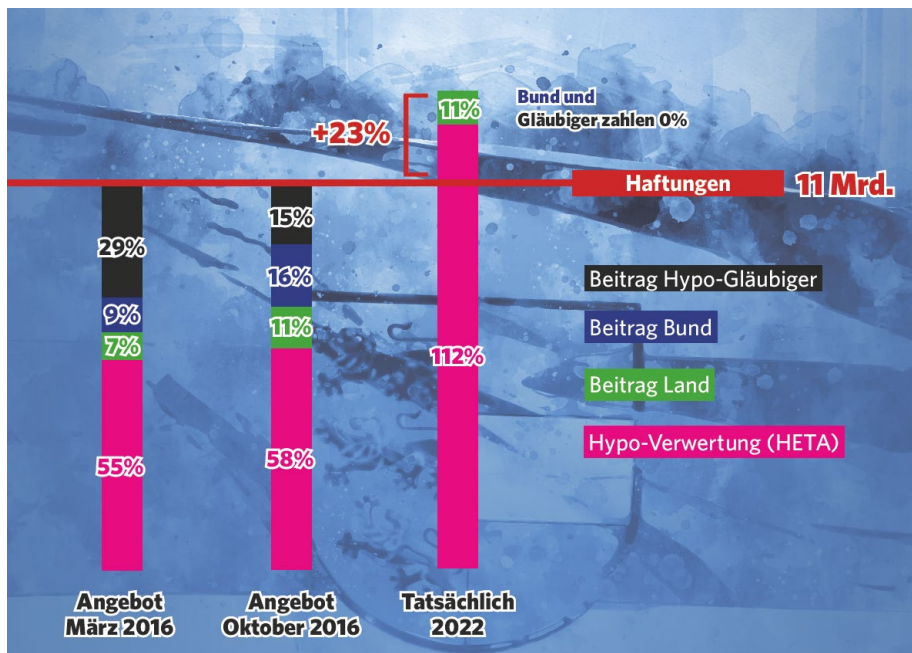
---

<sup>5</sup> Kurzpräsentation zum Jahres- und Konzernabschluss 2020 11-17/32(ON 19)

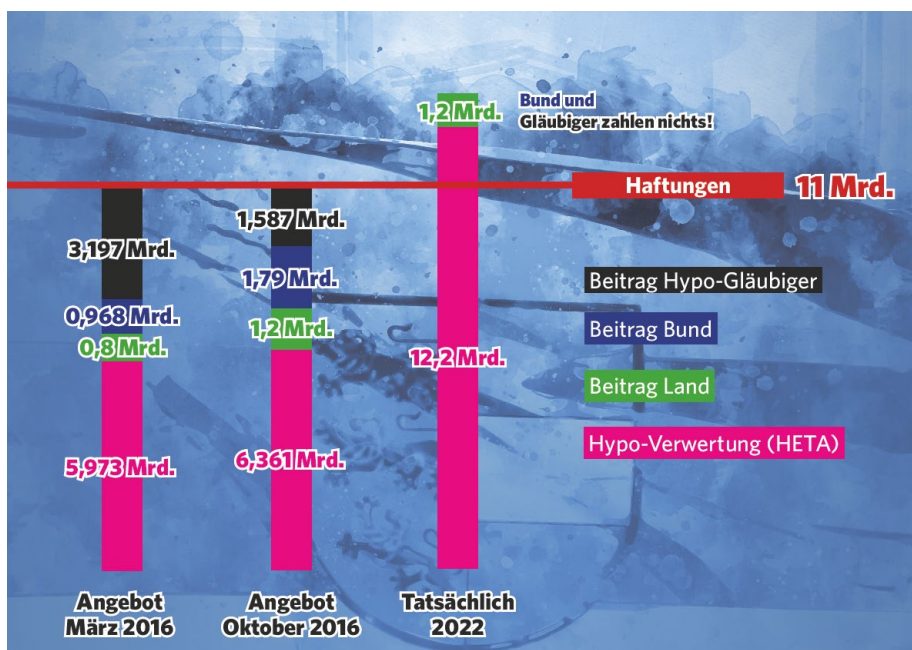
<sup>6</sup> Aktualisierter Abbauplan 2021 11-17/32 (ON 18)

<sup>7</sup> Befragung von DI Perner am 13. Mai 2022, Seite 88

<sup>8</sup> Bericht der Rechnungshöfe über den Erwerb von landesbehafteten Schuldtiteln durch den Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, Reihe Kärnten 2019/4, 11-20/32, Seite 39



Graphik: HYPO-Endabrechnung im Jahr 2022 im Vergleich zu den Prognosen 2016 in Prozent



Graphik: HYPO-Endabrechnung im Jahr 2022 im Vergleich zu den Prognosen 2016 in Euro

#### 4 Situation in den Jahren 2015 und 2016

Die HETA/Hypo-Krise spitzte sich für das Land Kärnten im Jahr 2015 zu. Am 01.03.2015 hat die Bundesregierung beschlossen, keine weiteren finanziellen Beiträge für die Hypo-Nachfolge- und Abbaugesellschaft HETA zu leisten.

Gleichzeitig erließ die Finanzmarktaufsicht den ersten Mandatsbescheid und den darin angeordneten Aufschub der Fälligkeiten der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten bis zum 31.05.2016 („Moratorium“). Weiters legte die FMA eine Erfüllungsquote von 46,02 % für



nicht nachrangige Gläubiger fest und setzte nachrangige berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten auf null herab.

Bereits aufgrund dieser Bescheide und Beschlüsse sah sich das Land als Haftungsträger mit ersten Ansprüchen von Gläubigern konfrontiert, die darum bemüht waren, die Differenz zwischen Nominalbetrag und der von der FMA verordneten Quote vom Haftungsträger Kärnten zu holen.

Die Kreditwürdigkeit des Landes sank aufgrund dieser Situation dramatisch. Kärnten konnte sich nur mehr über die ÖBFA finanzieren. Das Rating des Landes ist um 11 Stufen auf Baa3 gefallen, schlussendlich mit Ende 2015 auf Ba3, Ramschniveau.

LH Peter Kaiser schilderte bei der Landeshauptleutekonferenz am 6. Mai 2015 in St. Pölten seinen Amtskollegen, welchen Druck der Bund auf das Land ausgeübt hat.

*Bei der ÖBFA-Kreditgewährung in Höhe von 343 Mio. € werden harte, nicht nachvollziehbare Auflagen gefordert. Derzeit können keine nicht durch Verträge oder Verpflichtungen bestimmte Leistungen durch das Land Kärnten bedient werden.*

*Durch das Verhalten des Bundes ist der Glaube an die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land auf das Schwerste erschüttert worden.*

Der oberösterreichische ÖVP-Landeshauptmann Pühringer betrachtete die Hypo-HETA-Frage parteipolitisch. *Er sah die Gefahr, mit Solidaritätsbekundungen zu Kärnten gewissen politischen Kräften in die Hand zu spielen.*<sup>9</sup>

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Wir haben auf einmal keine Finanzierung mehr von der ÖBFA (Bundesfinanzagentur) bekommen im Zusammenhang mit unseren Haftungen.*<sup>10</sup>

In dieser Situation war Kärnten existenziell darauf angewiesen, dass der Bund tatkräftig mithilft, damit das Land einen Weg aus dieser schwierigen Lage findet.

Dass dieser nur so aussehen konnte, die Vermögenswerte der Hypo Alpe-Adria-Bank möglichst werthaltend zu verkaufen, um mit den Erlösen die Haftungsschulden des Landes zu begleichen, erklärte der ehemalige Finanzminister Dr. Michael Spindelegger dem Ausschuss. Im Fall einer Insolvenz wäre eine möglichst werthaltige Veräußerung kaum möglich gewesen.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *Die Konsequenz einer Insolvenz der Bank wäre gewesen, dass die Haftungen sofort schlagend werden. Darum wurde das Insolvenzmodell als eine der Lösungsmöglichkeiten nicht verfolgt.*<sup>11</sup>

Eine wichtige Basis für eine Lösung war die Novelle zum Finanzmarktstabilitätsgesetz, die am 6. November 2015 kundgemacht worden ist und die einen Schuldenschnitt für nachrangige Gläubiger ermöglichte, ohne dass diese auf den Ausfallsbürgen zurückgreifen können.

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Es war sicher keine angenehme Situation für das Land Kärnten. Wir hatten eine Reihe von Problemen zu lösen.*

*Wir hatten keinen Zugang zum Kapitalmarkt, wir hatten ein Rating, das selbst OeBFA-Finanzierungen schwierig machte, und wir hatten über einen nicht unbeträchtlichen Zeitraum*

---

<sup>9</sup> Protokoll der LH-Konferenz vom 6. Mai 2015, Seiten 44-46

<sup>10</sup> Befragung von Dr. Horst Felsner am 13. Mai 2022, Seite 19

<sup>11</sup> Befragung von Dr. Michael Spindelegger 10. Juni 2022

*das Problem, dass Ausgaben wirklich im Einzelfall evaluiert werden mussten, um aufgrund fehlender Finanzierungen dann unterfertigt und ausbezahlt werden zu können.*

*Wir brauchten eine gesetzliche Grundlage, die sicherstellt, dass es zu einer völligen Haftungsbereinigung kommt. Diese gab es, und da wird der Verfahrensanwalt mir sicher recht geben, vor der Schaffung des § 2a FinStaG nicht, denn dann hätte man nur eine Lösung finden können, indem man sich zu 100 Prozent mit den Gläubigern einigt und das hätte eine 100-prozentige Befriedigung der Gläubiger gebraucht.*

*Das war ein ganz wichtiger Punkt, das kann man nicht oft genug betonen, die Schaffung des § 2a FinStaG, bot die Möglichkeit, mit einem hohen Quorum an Zustimmung letztendlich 100 Prozent der Haftungen zu bereinigen und alle Haftungsgläubiger auf die darin vorgesehene Quote zu begrenzen.<sup>12</sup>*

Auf Basis dieses Gesetzes einigten sich das Land und der Bund darauf, zu versuchen, alle Schuldtitel, für die eine Ausfallsbürgschaft des Landes und der Landesholding bestanden hat, durch ein eigenes Vehikel, den KAF anzukaufen, und damit die Haftungsproblematik des Landes zu bereinigen. Auf den Seiten 11 und 74 ihres Berichtes zum Ankauf der Schuldtitel stellen die Rechnungshöfe des Bundes die Struktur des erfolgreichen 2. Angebots im Oktober 2016 an die nicht nachrangigen und die nachrangigen Gläubiger dar.

Die Grundidee des Projektes lautete, dass allen Beteiligten, dem Bund und dem Land durch finanzielle Beiträge sowie den nachrangigen Gläubiger durch einen Schuldenschnitt, ein Beitrag zur Lösung abverlangt wird. Auch die nicht nachrangigen Gläubiger sollten auf einen Teil ihres Kapitals verzichten, allerdings mit der Aussicht auf eine Besserung, die im Fall der HETA auch tatsächlich eintreten wird. Die nicht nachrangigen Gläubiger bekommen am Ende, der Liquidation der HETA, 100 Prozent ihres Nominalwertes.

Die HETA war bei der Verwertung der Hypo-Vermögenswerte viel erfolgreicher als 2016 von allen Experten vermutet.

Der Ausschuss beleuchtete die Frage, warum nur der Bund, die Bayern LB als ehemaliger Mehrheitseigentümer der Hypo, und die nicht nachrangigen Gläubiger von diesem Verwertungserfolg profitieren. Beim Bund sank das Risiko, wie der LRH in seiner Stellungnahme darlegt, auf null.

Die nicht nachrangigen Gläubiger bekommen inklusive des zusätzlich bedingten Kaufpreises 100 Prozent des Nennwertes ihrer Schuldscheine, wenn man davon ausgeht, dass die HETA ihre eigene Ankündigung realisieren und die Verwertungsquote auf 89,41 % erhöhen wird. Diese Gläubiger erhalten 100 Prozent, sobald die Verwertungsquote 89,03 % ausmacht. Mit dem errechneten 10,97%-Anteil des Landes Kärnten (Haftungsbetrag) kommt man auf 100 %. Die Bayern erhielten bereits 1,8 Mrd. € und können noch rund 100 Mio. € erwarten.

Für das Land Kärnten ist in allen Vertragswerken keine Minderung des Fixbetrages von 1,2 Milliarden Euro vorgesehen. Es ergibt sich aber eine minimale Absenkung, die im Bericht im Zusammenhang mit den „Kursgewinnen“ und der vorzeitigen Ablöse des zusätzlich bedingten Kaufpreises für die Anleihegläubiger dargestellt wird.

---

<sup>12</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19. Mai 2022



**Schlussfolgerung:** Das Land Kärnten hat seinen Haftungsbeitrag von 1,2 Mrd. € festgelegt, ohne dabei irgendeinen Bezug auf die HETA-Verwertung herzustellen.

Der Ausschuss konnte keine Hinweise dafür finden, dass vor dem Kaufangebot an die Hypo-Gläubiger im Oktober 2016 der im Wirtschaftsleben übliche Vorgang praktiziert wurde, wie ihn der KAF-Geschäftsführer und Hypo/HETA-Projektmanager des Landes Dkfm. Höving als Auskunftsperson in seiner Befragung beschrieb:

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** *Wie üblich, wenn man Verhandlungen führt, wenn man in die Zukunft schaut, bildet man Szenarien ab, so verläuft ein Planungsprozess, indem ich sage, ich mache ein Realistic Case, ein Base Case, ein Worst Case, ich mache Planungsüberlegungen und schaue, welche Risiken, welche Vorteile können sich daraus ergeben.*<sup>13</sup>

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, die EUR 1,2 Milliarden waren immer der Worst Case?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** *Was heißt, Worst Case? Das war Realistic Case.*<sup>14</sup>

**Dem Ausschuss wurden keine Unterlagen zur Verfügung gestellt, die darauf hinweisen würden, dass das Land vor der Beschlussfassung für das zweite realisierte Kaufangebot an die Anleihegläubiger im Oktober 2016 eine Abbildung von verschiedenen Risiken vorgenommen hat, welche sich für das Land abhängig vom möglichen Verwertungsergebnis der HETA ergeben würden. Weder konnte eine Auskunftsperson von einer solchen Analyse im Jahr 2016 berichten, noch fand sich im Zuge der Ausschussarbeit ein entsprechender schriftlicher Beweis.**

Erst am 11. April 2017 wurde eine solche Abbildung von Risiken erstellt. Das Land hat das Büro Greyer & Greyer beauftragt, eine Aufstellung über die wesentlichen Unterschiede zwischen Angebot I und Angebot II für den Ankauf der Schuldtitel vorzunehmen. In dieser Darstellung hat der beauftragte Steuerberater mehrere verschiedene Verwertungsquoten der HETA rechnerisch durchgespielt (46,02 %, 63,80 %, 72 % und 79,03 %).<sup>15</sup>

**Abg. Staudacher:** *Was war der Grund dafür, Mag. Greyer mit diesen Berechnungen zu beauftragen?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** *Genau weiß ich es im Moment nicht. Ich glaube, wir wollten einfach dokumentieren können, wo die Unterschiede liegen, einfach, um verschiedene Szenarien darstellen zu können, weil wir sehen wollten, in wie viel mehr finanzielles Risiko geht der Bund ein und wie stellt sich das zur Absicherung des Landes dar. Dann haben wir dazu Greyer gebeten, einige fiktive, rein fiktive HETA-Recovery-Quoten anzusetzen, um mit dem „Modell“ spielen zu können.*

**Abg. Staudacher:** *Also, das heißt, ist die Interpretation dieser Berechnungen richtig, dass der Bund der große Profiteur ist, weil bereits bei einem Rückfluss von 79,03 Prozent machte er einen Überschuss von 276 Mio. Euro, das ist auch da dementsprechend ausgewiesen und das bei einer Recovery 79 Prozent. Steigt er, macht er sogar einen Überschuss von rund EUR 1,5 Milliarden, wenn man das hochrechnet, während Kärnten auf den 1,2 Milliarden Euro sitzenbleibt.*

---

<sup>13</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 13. Mai 2022, Seite 132

<sup>14</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 13. Mai 2022, Seite 121

<sup>15</sup> Greyer-Memo 11-12/32 (ON26)

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** *Das war eines von möglichen Szenarien, weil wir nicht wussten, ob die Recovery sich so entwickelt.*<sup>16</sup>

Der Ausschuss stieß bei der Suche nach möglichen Belegen für eine allenfalls erfolgte Risikoabbildung je nach HETA-Recovery im Jahr 2016 an Grenzen. Ihm wurde die Möglichkeit verwehrt, jene Anwälte und Wirtschaftsprüfer zu befragen, welche die Landesregierung und die Landesgesellschaften bei den Entscheidungen und der Umsetzung des Kaufangebotes II an die Gläubiger als Experten beigezogen hat und für die seitens des Landes rund 40 Millionen Euro aufgewendet worden sind.

**Der Ausschuss hat sämtliche Berater des Landes im Rahmen von einstimmig beschlossenen Beweisbeschlüssen geladen, aber ihre Befragung scheiterte daran, dass die Anwälte und Wirtschaftsprüfer weder vom Land noch von den beteiligten Landesgesellschaften von ihrer Verschwiegenheitspflicht entbunden worden sind.**

Zum Thema Risikoabbildung hat Dr. Ebner folgende Auskünfte gegeben:

**LAbg. Staudacher:** *Hat man eigentlich für die Möglichkeit, dass die HETA mehr erlöst, als die Haftungen Kärntens 2016 ausgemacht haben – und das Thema haben wir ja jetzt – irgendwann in Erwägung gezogen, entsprechende Bestimmungen für diesen Fall in die Verträge aufzunehmen? Hat man das Szenario einmal mitbedacht, dass das vielleicht anders eintreffen könnte, als es damals dargestellt war oder wie man damals gedacht hat?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Ich kann heute immer nur rückblickend sagen, welche Informationslage man in den Jahren 2014, 2015, 2016 gehabt hat. Zum damaligen Zeitpunkt mit der Abwertung, mit dem Schuldenschnitt, mit dem Moratorium, mit dem Stundens der Zahlungen ist dieses Szenario quasi als nicht existent bzw. als nicht realistisch erachtet worden auf Basis der damals vorliegenden Unterlagen. Diese Meinung wurde von allen Experten einhellig geteilt.*

**Abg. Staudacher:** *Man hat sich darüber keine Gedanken gemacht, es könnte anders kommen, schließe ich daraus, oder?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Das kann man jetzt so nicht sagen, ob sich jemand Gedanken gemacht hat. Ich kann nur für meine Person reden, was meine Wahrnehmung zu dem Zeitpunkt war. Aber auf Basis der damals vorliegenden Dokumente, Einschätzungen aller Experten – wir reden da schon von der Finanzmarktaufsicht, von internationalen Beratungskanzleien, von Gutachtern, von Juristen – dieses Szenario ist als nicht realistisch eingeschätzt worden.*

**Abg. Staudacher:** *Es wurde auch kein Berater damit beauftragt, zu prüfen, wie man dieses Szenario in den Verträgen berücksichtigen könnte, von Seiten des Landes zum Beispiel, weil es komplett ausgeschlossen wurde und das als nicht realistisch dargestellt wurde?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Sagen wir es so, mein Kollege hat es schon entsprechend dargestellt, wir hatten ja quasi keine Einsicht in die Vermögenswerte der HETA. Wir wollten ja auch explizit nichts mit dem Verwertungserlös zu tun haben, insbesondere vor dem Hintergrund, egal, was aus dem HETA-Vertrag herauskommt, das ist unser Beitrag, den wir*

---

<sup>16</sup> Befragung von Dkfm Höving am 13. Mai 2022, Seiten 131 -132

leisten. Es war dann natürlich keine Denkvariante, zu sagen, was wäre, wenn sich das entsprechend besser entwickelt. Das sind zwei völlig verschiedene Zugänge zu dem Thema.

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** Zum damaligen Zeitpunkt war das Verständnis, das Wissen, der Zugang war einfach, die Assets reichen nicht aus, um diese Verbindlichkeiten entsprechend zu bedecken.<sup>17</sup>

## 5 Land 2015/2016 ohne Einsicht in die HETA-Vermögenslage

Dass 2016 kein Entscheidungsträger daran dachte, dass die HETA-Verwertung so positiv laufen wird, wie sie sich dann tatsächlich entwickelt hat, ist auch darauf zurückzuführen, dass das Land über keine eigenen Informationen über die Vermögenslage der HETA hatte. Man war angewiesen darauf, wie die Finanzmarktaufsicht die Lage einschätzte, und diese war denkbar schlecht (Schuldenschnitt von 46,02 %) und darauf, was Berater des Bundes darüber offenbart haben.

Welchen Informationsstand Kärnten hatte, kann man dem Protokoll der Sitzung des Finanzausschusses des Landtages am 7. 7. 2016 entnehmen. Dabei erklärte der damalige Vorsitzende des HETA-Aufsichtsrates Dkfm. Mendel, der als Experte beigezogen wurde. *Die HETA-Erlöse würden 61 Prozent ausmachen inklusive einer Schwankung von fünf Prozent plus/minus. Das wäre realistisch. Das wären rund EUR 6,3 Milliarden.*

Die Abgeordneten des Landtages mussten darüber entscheiden, ob das zweite im Vergleich zum ersten gescheiterten Versuch verbesserte Kaufangebot an die Gläubiger gestellt werden soll. Aufgrund dieser Expertise von Mendel (der einzigen, die ihnen zur Verfügung gestellt worden ist) musste ihnen klar sein, dass ein Loch von rund 5 Mrd. € übrig bliebe, für das Kärnten im Notfall haften muss. Mendel verwies in seiner Stellungnahme auch auf das Insolvenzscenario. Vor diesem Hintergrund kam es im Landtag zum Mehrheitsbeschluss, dass Kärnten EUR 1,2 Milliarden zahlt und damit von den Haftungen befreit ist.

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** Auch damals bei 61 Prozent, hätte das bedeutet, dass wir für 39 % der aushaftenden Summen möglicherweise haften hätten müssen. Daher war es wichtig, dass über diesen maximalen Betrag hinaus, nichts, auch keine Haftungen, auch keine Haftungen für weiß Gott wie viele Jahre oder Jahrzehnte (entstehen).<sup>18</sup>

**Abg. Staudacher:** Waren die Umstände, dass die HETA für das Land eine Blackbox war – das ist auch aus den Befragungen herausgekommen – und dem Land überdies kommuniziert wurde, dass massive Abwertungen bevorstanden, maßgeblich für die Strategie, wir wollen nichts mehr mit der HETA zu tun haben und mit einem sogenannten Fixbetrag auch entsprechend befreit sein? War das die Grundlage, dass man diese Strategie gewählt hat?

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** Nein, die Grundlage war, dass wir jedes unnötige Risiko – es war eh alles so risikobehaftet – vermeiden wollten. Ein Risiko wäre es gewesen, weil darauf wollen Sie dann wahrscheinlich in der weiteren Folge der Befragung hinaus, warum wir nicht auch eine Besserungsklausel oder Ähnliches gemacht haben.<sup>19</sup>

---

<sup>17</sup> Befragung von Dr. Ebner am 13. Mai 2022, Seiten 89 und 90

<sup>18</sup> Befragung von LH Dr. Peter Kaiser am 8. Juni 2022, Seite 38

<sup>19</sup> Befragung von LH Dr. Peter Kaiser am 8. Juni 2022, Seite 14

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut** führte zu dem Haftungsbeitrag aus:

*Er ist kein verhandelter Betrag. Das ist ein Betrag, der sich rechnerisch aus den Vorgaben des § 2a FinStaG ergibt. Da gibt es nichts zu verhandeln. Dieser Betrag wurde festgelegt auf der Basis der Vermögenswerte des Landes Kärnten. Die Vollständigkeit dieser Vermögenswerte wurde vom Rechnungshof geprüft und vom Kärntner Landtag beschlossen.*<sup>20</sup>

Wie LHStv Schaunig haben auch andere Auskunftspersonen darauf hingewiesen, dass der Haftungsbeitrag des Landes von 1,2 Mrd. € sich sozusagen von selbst aufgrund des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes, § 2a Absatz 2 ergeben hat: „Für Schuldtitel, die Verbindlichkeiten gleichen Ranges begründen und für die die identen Rechtspersonen unmittelbar durch Landesgesetz zur Haftung verpflichtet sind, ist jeweils ein Angebot bekannt zu machen. Die Angebote haben die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Rechtsträgers und der gesetzlich zur Haftung verpflichteten Rechtsperson angemessen zu berücksichtigen.“

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** ...die EUR 1,2 Milliarden sind kein Verhandlungsbetrag, sondern einer, der errechnet worden ist. Ich habe es erwähnt: Wichtig war in der Entstehung des § 2a FinStaG deshalb für das Land auch, dass sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch das rechtlich Mögliche hineinformuliert wird, weil die rechtlichen Möglichkeiten natürlich das Haftungsvolumina begrenzen, weil man darlegen kann, dass ein Bundesland bestimmte Verpflichtungen hat, die jedenfalls zu finanzieren und aufrechtzuerhalten sind, das hat natürlich Rückwirkungen auf die Höhe des Haftungsbeitrages. Und wenn man sich vorstellt, das, was aus der Sicht damals undenkbar gewesen wäre, ist, ein Risiko für ein Downside der Recovery zu übernehmen, denn dann würden Sie mich heute zurecht bei einem anderen Verwertungsergebnis fragen, wieso die Verantwortlichen des Landes darauf eingestiegen sind, dass ein Risiko aus der Verwertung dem Land umgehängt wird. Das wäre nicht zu vertreten gewesen.<sup>21</sup>

**Schlussfolgerung:** Die Frage der Angemessenheit des Haftungsbeitrages wurde in dem ganzen Entstehungsprozess des zweiten Kaufangebotes an die Haftungsgläubiger bereits zu einem Zeitpunkt abschließend beurteilt, als man nicht wissen konnte, wie die Verwertung der Hypo-Vermögenswerte am Ende aussehen wird. **Es wurde kein Mechanismus vorgesehen, die Angemessenheit des Beitrages zu evaluieren, wenn Verwertungsergebnisse vorliegen, die stark von jenen Erwartungen abweichen, die man bei der Erstellung des zweiten realisierten Kaufanbotes an die Gläubiger der Hypo Alpe-Adria-Bank hatte.**

Die Entscheidung wurde damit zu einem Zeitpunkt getroffen, als man davon ausging, dass mit den Hypo-Verkaufserlösen die Ansprüche jener Gläubiger, die landesbehaftete Schuldtitel besaßen, bei weitem nicht decken wird können. Der Finanzausschuss des Landtages war mit Schätzungen konfrontiert, die darauf hindeuteten, dass zwischen den Verkaufserlösen und der Höhe der Haftungsschulden eine Lücke von bis 5 Milliarden Euro entstehen würde. Tatsächlich stellte sich heraus, dass die erzielten Erlöse höher sind als die landesbehafteten Schulden 2016 ausgemacht haben.

Die Angemessenheit des Haftungsbeitrages war ein Thema des Ausschusses.

**LAbg. Staudacher:** Der Begriff „angemessen“ lässt einen weiten Spielraum zu. Herr Landeshauptmann, meine ganz konkrete Frage an Sie: Wer drängte darauf, dass im Fall von

---

<sup>20</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19.Mai 2022

<sup>21</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19.Mai 2022 Seite 24

*Kärnten die maximale Anspannung, sprich die EUR 1,2 Milliarden als angemessen betrachtet wurden? Wer hat das eingefordert?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *1,2 Milliarden Euro bei einem Land, das im selben Atemzug vor Jahren bis zu EUR 24,7 Milliarden Haftungen bei einem Budget von EUR 2 Milliarden oder 2,1, ich weiß es jetzt nicht genau, was damals in den Jahren der Fall war, eingegangen ist und dann mit diesen EUR 1,2 Milliarden jedenfalls von allen als viel zu gering eingestuft wurde und dem es trotzdem gelungen ist, das festzulegen, an dem noch zu rütteln, hätte jedenfalls bei den Gläubigern zu keinerlei gesteigerter Bereitschaft geführt, ein einmal bereits abgelehntes, dann nachgebessertes Offert fünf Minuten vor Schluss anzunehmen. Was natürlich nicht gesagt wird, weil man sich immer auf die EUR 1,2 Milliarden kapriziert, ist, welche Haftungen für alles andere Ausstehende der Bund übernommen hat, wie viele Gesetze und andere Bereiche umgeändert werden mussten und dass man mit der größten Finanzmarkttransaktion, die es in Europa jemals gab, nämlich über EUR 11 Milliarden, das dann beseitigen konnte für Land, für Bund, für die Menschen und Steuerzahlenden, denen es im Übrigen egal ist, ob es Bundessteuergelder oder Landessteuergelder sind, das sind immer Steuergelder. Das zustande zu bringen, das ist das, was wir – und das sage ich jetzt deutlich! – als Ergebnisorientierung vorerst erträumt und dann noch sogar revidiert gesehen haben. Das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt in all diesen Bereichen.<sup>22</sup>*

**Schlussfolgerung:** Diesen Aussagen kann man entnehmen, dass bei der Entscheidung mehr der Blick zurück auf die einmal gegebenen, aber bis 2016 abgeschmolzenen Landeshaftungen für die Hypo Alpe-Adria eine Rolle gespielt hat und weniger der Blick voraus in die nächsten Jahre, was am Ende der Verwertung rauskommen kann.

## **6 Grundlage für den Haftungsbetrag von 1,2 Mrd. €**

Die Landesregierung hatte 2015/2016 keine Chance, sich ein eigenes Bild über die Vermögenslage der Hypo/HETA zu machen. Auf die Frage, auf Basis welcher Erlös-Erwartung die Kärntner Landesregierung ihre Entscheidungen traf, sagte

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Die Frage, welche Erlöse zugrunde gelegt worden sind, das kann nur auf dem beruhen, was veröffentlicht worden ist zum jeweiligen Zeitpunkt. Das waren respektive die FMA-Bescheide. Und man sieht auch aus den zugrundeliegenden Vereinbarungen – und die liegen Ihnen alle vor – dass der Bund ebenfalls nicht damit gerechnet hat, dass sich die Erlöse so massiv erhöhen, sonst hätte man die ABBAG II-Maßnahme zur Finanzierung (des Ankaufs der Schuldtitel) ja nicht nachrangig gestellt. Was bedeutet das? Eine Nachrangigstellung bedeutet, dass, wenn der KAF diese Erlöse nicht bekommen hätte, der Bund seine Forderungen gegen den KAF nicht umsetzen kann und es niemals zu einer Insolvenz des KAF kommen kann. Also, wenn Sie sich die Unterlagen anschauen, dann bedeutet das, dass eben auch der Bund davon ausgegangen ist, ja, ein Teil wird hereinkommen, aber nicht die gesamte Summe, die der Bund zur Bereinigung der Haftungen leistet. Das Zweite: Die Fixierung eines Fixbetrages war niemals der Wunsch des Bundes, sondern immer eine unabdingbare Bedingung des Landes Kärnten. Genau aus dem Grund, weil realita seit dem Verkauf der Landeanteile an die Bayerische Landesbank das Land keinen Einfluss auf die Gebarung der Bank nehmen konnte und auch in weiterer Folge nicht*

---

<sup>22</sup> Befragung von LH Dr. Peter Kaiser am 8. Juni 2022

auf die Verwertung der HETA-Assets. Das Risiko muss dann dortbleiben, wo auch die Verantwortung für die Verwertung liegt.

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** Deshalb ist es eigentlich irrelevant, ob wir Auskünfte bekommen haben, ja oder nein, weil es am Haftungsvolumen Kärntens nichts ändert, sondern die EUR 1,2 Milliarden wurden festgelegt, um genau für diese Situationen Vorkehrungen zu treffen, weil wir keine Einsichtsmöglichkeiten mehr hatten.

Dr. Schaunig betonte vor dem Ausschuss auch, dass „das Gesamtvolumen der offenen Forderungen gegenüber der HETA EUR 16,6 Milliarden waren, „auch wenn Sie (Fragesteller LAbg. Staudacher) immer versuchen auszublenden, dass es andere Gläubiger auch noch gegeben hat. Die Forderungen gegenüber der HETA haben nicht nur aus landesbehafteten Forderungen bestanden. Die Gesamtsumme der Forderungen ist der Begleichung über die Quote bei der HETA zugrunde zu legen und nicht nur die landesbehafteten Forderungen. Eine Entwicklung in der Form, dass ein Recovery in dieser Höhe erreicht wird, das hat sich niemand erwartet.“<sup>23</sup>

**Der Ausschuss stellte dazu fest, dass die von Schaunig erwähnten Forderungen in Höhe von 16,6 Mrd. in der Realität nicht schlagend geworden sind. Tatsächlich hat die HETA rund 13 Mrd. € zu bedienen.** Die HETA überweist ihre Zahlungen gemäß der letzten aktuellen von der FMA verordneten Verwertungsquote im Ausmaß von 86,32 % in folgender Weise wie der Ex-Vorstand der HETA Mag. Alexander Tscherteu dem Ausschuss mitteilte:

*Die HETA zahlt an ihre Gläubiger aus und das ist inzwischen ein einfaches Geschäft. Wie gesagt, von einem Euro gehen circa 80 Cent (sic) Prozent gehen an den KAF (der die Schuldpapiere von den ursprünglichen Gläubigern um rd. 10,3 Mrd. € angekauft hat) und 20 Cent gehen an die Bayern, 90 Komma irgendetwas. Das Quetscherl dazwischen geht zum Teil an das Land direkt. Da gehen sich keine 135 Millionen aus.<sup>24</sup>*

Die wesentliche Verminderung ist darauf zurückzuführen, dass die Forderungen von nachrangigen Gläubigern geschnitten worden sind und sie auch keine weiteren Ansprüche erheben können. Alle entsprechenden Rechtsstreitigkeiten sind bereits rechtsgültig beendet worden.

Der Ausschuss versuchte zu klären, ob es aktuell noch Risiken geben könnte.

**Abg. Staudacher:** Gibt es eigentlich finanzielle Risiken, welche den KAF auch treffen können?

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** Auf dem Klagswege ist mir aktuell nichts bekannt, wenn alle Klagen abgeschmettert wurden, die zu Gunsten des Landes entstanden sind. Es sind ein paar Kosten, die jetzt quasi noch entstehen, was entsprechende Depotgebühren betrifft et cetera, aber ansonsten ist alles geprüft, es ist alles entsprechend dokumentiert. Die Risiken sind im Moment verschwindend gering oder echt überschaubar.<sup>25</sup>

**Abg. Klocker:** Herr Mag. Payer, sehen Sie irgendwelche Rechtsrisiken oder Rechtsthemen auf Sie als Vorstand rund um den KAF zukommen oder ist da eigentlich alles auf klarer Schiene?

---

<sup>23</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19. Mai 2022

<sup>24</sup> Befragung von Ma. Alexander Tscherteu am 13. Juli 2022, Seite 34

<sup>25</sup> Befragung von Dr. Ebner am 13. Mai 2022,



**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Aus meiner Sicht, ja. Ich sehe jetzt keine großen Risiken. Es ist auch so, dass in Abstimmung mit dem Kuratorium Rechtssicherheit immer vorgeht. Nein, sehe ich jetzt einmal persönlich nicht.*<sup>26</sup>

**Schlussfolgerung:** Es ist zusammenfassend festzustellen, dass die Verantwortlichen des Landes bei den relevanten Entscheidungen 2016 von einer weit geringeren Hypo/HETA-Verwertung ausgingen als tatsächlich erziel, und zusätzlich von weit höheren Gläubigerforderungen als tatsächlich zu erfüllen waren.

Eine wichtige Grundlage für Entscheidungen 2015/ 2016 wäre ein genaues Wissen über das Vermögen der Hypo/HETA gewesen. Doch dass dem Land dazu keine bzw. nur wenige Informationen zur Verfügung standen, schilderte u.a. der langjährige Abteilungsleiter der Finanzabteilung Dr. Horst Felsner dem Ausschuss. Er richtete im März 2015 eine schriftliche Aufforderung an die HETA, in der er umfassende Aufklärung forderte, unter anderem, mit welchen Abschlägen die Assets verwertet werden, nach welchen Kriterien die Abgeltung von Assets erfolgt und welche Beraterausgaben gemacht werden.

Ob er dazu Antworten erhielt, fragte LAbg. Staudacher.

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Ich bin im Jahr 2019 ausgeschieden, mir ist kein Zugang jetzt zu Unterlagen – ob es da was gibt, keine Ahnung.*

*Wir haben nicht mehr Informationen zur Verfügung gehabt als die Experten der KPMG. Uns wurden als Haftungsgläubiger oder quasi als Haftender keine zusätzlichen Informationen zur Verfügung gestellt. Auch dem Bund nicht. Es hat der Grundsatz der Gläubigergleichbehandlung geherrscht und damit waren die Informationen für alle Gläubiger durch die FMA entsprechend, die ja damals quasi diese Aufsichts- und Eigentümerrolle bei der HETA gehabt hat, solange sie Abbaueinheit war, gesteuert.*<sup>27</sup>

Das Land zog aus den fehlenden bzw. nicht erteilten Auskünften folgenden Schluss:

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Wir wollten mit dem Risiko der HETA Recovery nichts zu tun haben. Weil uns bekannt war, dass das eine Blackbox ist! Und genau das ist der Grund, warum wir gesagt haben, einen fixen Beitrag und kein Risiko aus der Verwertung der HETA Recovery.*

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Im Sinne der Gläubigergleichbehandlung hat die FMA es nicht zugelassen, dass an einzelne Gläubiger zusätzliche Informationen erfolgen. Alle Gläubiger gleich zu behandeln, ist ein wesentlicher Grundsatz auch des BaSAG und der Unterstellung der HETA als Abbaueinheit unter das BaSAG.*

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Es ist ein Unterschied, ob man Einsichtsrechte hat oder ob man Entscheidungen beeinflussen kann. Aber ich vertraue eigentlich der FMA, dass sie das bis jetzt sehr korrekt gemacht hat bei der Abbaueinheit. Da muss sie ein Grundvertrauen zu diesen Personen haben. Die haben ja Steuergeld zu verwalten! Dass da das kleine Land dann...*<sup>28</sup>

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Im Wissen, dass eine Kontrolle nicht möglich ist, haben wir uns darauf verständigt und konnten letztendlich erfreulicherweise auch*

---

<sup>26</sup> Befragung von Mag. Martin Payer am 18. September 2022

<sup>27</sup> Befragung von Dr. Horst Felsner am 13. Mai 2022

<sup>28</sup> Befragung von Dr. Horst Felsner am 13. Mai 2022

*diesbezüglich mit dem Bund eine Einigung über das Abwicklungsmodell erzielen, die dazu führt, dass das Risiko des Landes mit einem Fixbetrag begrenzt ist.*

*Die Lehre daraus war. Das Land darf keine Verantwortung für die Verwertungserlöse der HETA übernehmen, sondern wir brauchen eine fixierte Beitragsleistung, die unabhängig von dem ist, wie viel oder wie wenig bei der Verwertung der Hypo und in weiterer Folge der HETA Erlöst wird.<sup>29</sup>*

**Abg. Staudacher:** *Haben Sie durch Experten abklären lassen, wie weit die Einsichtsrechte Kärntens in die HETA gehen?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Noch einmal, ich habe das schon erwähnt, dass es de facto unmöglich ist, die Verwertungen, diese Kontrolle einer Bank durchzuführen und deshalb es umso wichtiger war, einen betraglich fixierten Betrag auf einer rechtlich haltbaren Grundlage – § 2a FinStaG ist zwischenzeitig auch durch den VfGH bestätigt worden – umzusetzen.*

## **7 Warum Besserung von 400 Millionen Euro verschwunden ist**

Der Haftungsbeitrag, den das Land bezahlt hat, hat sich zwischen dem ersten (gescheiterten) Anbot, das der KAF im Dezember 2015 an die Landesgläubiger gestellt hat, und dem zweiten realisierten Anbot im Oktober 2016 um 400 Millionen Euro erhöht.

Wie im Detail erläuterte **DI Perner dem Ausschuss:**

*„Es gibt einen Unterschied zwischen dem ersten und dem zweiten Angebot. Kärnten hat ja weder die EUR 1,2 Milliarden gehabt noch hat es einen anderen Betrag wirklich gehabt – cash, außer dem, was im „Zukunftsfonds“ war. Aber es war immer auch damit verbunden, der Bund muss das finanzieren, egal, wie hoch der Beitrag vom Land Kärnten ist. Das Land hat die Mittel auch vom Bund aufnehmen müssen. Im ersten Angebot war in den politischen Verhandlungen eigentlich das Ergebnis, dass von diesen EUR 1,2 Milliarden der Bund mehr oder weniger auf EUR 400 Millionen verzichtet unter bestimmten Voraussetzungen, die dann eintreten oder nicht eintreten oder was auch immer. Aber der effektive Nettobeitrag wäre dann EUR 800 Millionen gewesen. Zwischen dem ersten und dem zweiten Angebot war der Unterschied der: Das erste Angebot ist gescheitert, weil die Gläubiger nicht in ausreichendem Ausmaß zugestimmt haben. Es haben kaum Gläubiger zugestimmt. Damit musste man das Angebot nachbessern für ein zweites Angebot, das dann möglicherweise erfolgreich sein kann. Dazu gab es dann natürlich auch wieder Diskussionen. Minister Schelling hat damals gesagt, wenn ich als Bund noch einmal etwas drauflege, dann will ich aber auch, dass das Land Kärnten die kompletten EUR 1,2 Milliarden auch tatsächlich selber trägt. Das war letztendlich die Verhandlung, die da stattgefunden hat.“<sup>30</sup>*

Die Ausgangslage beim zweiten realisierten Kaufanbot lautete: Der Bund übernimmt ein Risiko von 1,8 Mrd., Kärnten trägt 1,2 Milliarden bei. Auffallend ist, dass aus den 1,8 Milliarden des Bundes null geworden ist. Am Beitrag Kärntens änderte sich nichts.

---

<sup>29</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19. Mai 2022

<sup>30</sup> Befragung von DI Bernhard Perner am 1. Juni 2022

Dies, obwohl beim ersten Anbot eine Besserung von 400 Mio. € für Kärnten vertraglich verankert worden ist, abhängig davon, dass durch ein erhöhtes HETA-Recovery auch eine Besserung des Bundes gegeben ist. Warum diese Klausel auf Besserung für Kärnten beim zweiten realisierten Kaufanbot an die Haftungsgläubiger völlig verschwunden ist, war ein Thema im Ausschuss.

Bereits Ende 2017, ein Jahr nach dem erfolgreichen Kaufangebot an die Haftungsgläubiger des Landes, wurde klar, dass das HETA-Recovery weit höher ausfallen wird als 2016 bei der Erstellung aller Vertragswerke zwischen Bund und Land vermutet. Die HETA erzielte bereits bis Ende 2017 Verkaufserlöse in Höhe von 9,6 Mrd. € und in ihrer Kurzpräsentation zum Geschäftsbericht 2020 wurden Erlöse von 11,4 Mrd. € ausgewiesen.<sup>31</sup>

Bereits am 2. Mai 2017 erhöhte die FMA die Rückführungsquote von ursprünglich 46,02 % auf 64,4 %, mit Mandatsbescheid III vom 26. März 2019 auf 85,54 % und am 3. September 2019 nochmalig auf 86,32 %.

Am 17. April 2017 übermittelte das Büro Greyer-Greyer dem Land eine Berechnung, dass der Bund bei einer Verwertungsquote von 79,03 % einen (fiktiven) Überschuss von 276 Millionen Euro erzielen würde, bei einem Recovery von 89 % stiege er sogar auf einen solchen von rund 1,5 Mrd. € (unter Nichtberücksichtigung der Bayern), während Kärnten auf seinem Betrag von 1,2 Milliarden Euro sitzen bleibt?<sup>32</sup>

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, haben Sie wegen der Verschlechterung vom ersten zum zweiten Kaufangebot für den Erwerb der Schuldtitel, das sind minus EUR 400 Millionen, direkt mit Vertretern der Bundesregierung gesprochen oder wurden die Vorverhandlungen von Experten und Beamten ohne zusätzliche Runde auf höchster Ebene abgehandelt?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Natürlich! Beim Angebot war natürlich der Versuch da, die gleichen Konditionen wie beim ersten Angebot in der Finanzierung des Bundes zu erreichen. Die Position des Bundes war sehr klar, wir verdoppeln unser Risiko. Wir gehen in ein weitaus höheres Risiko. Damit hat das Land Kärnten in voller Höhe auch seinen Beitrag zu leisten, was aber nichts am Höchstbetrag der wirtschaftlichen und rechtlichen Leistungsfähigkeit und des Haftungshöchstbetrages für das Land Kärnten ändert. Resultat des zweiten Angebotes war ja auch, dass eine weitaus höhere Transaktionssicherheit gegeben war durch diese sehr hohe Annahme, die im ersten Angebot selbst im Best Case niemand angenommen hat. Das Risiko für die Prozessführungen, das war zu erwarten, dass Holdouts klagen, war weitaus geringer, weil eben die Annahmequote mit einer Größenordnung von 98 Prozent weit über der erwarteten Annahme und über der rechtlich erforderlichen Annahmequote gelegen ist.*

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, wer hat denn vom Bund gesagt, dass es keine Verbesserung für Kärnten gibt? Wer war denn das, der das ausgeführt hat? War das der Herr Mendel oder wer hat das gesagt?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Der Herr Schelling.*<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> 11-17/31 (ON 19)

<sup>32</sup> 1-12/32 (ON 14)

<sup>33</sup> Befragung Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19. Mai 2022

**Abg. Staudacher:** Der Herr Schelling, der Herr Minister selbst hat das gesagt. Okay!

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** Bei den Verhandlungen zum Angebot II ging es um die Frage, nicht um die Höhe des Beitrages, ich habe das versucht, zu erläutern in meinem Eingangsstatement, dass der Landesbeitrag ein errechneter Betrag ist. Die Frage, wie dieser finanziert wird, ist Grundlage einer Vereinbarung zwischen Bund und Land. In dieser Frage konnte zum Angebot II keine Besserung für das Land erreicht werden, weil ganz klar vom Bund formuliert wurde, wenn wir unser Risiko verdoppeln sollen, dann kann es nicht sein, dass dem Land Kärnten Verbesserungen zukommen.

Ex-Finanzminister Schelling konnte sich vor dem Ausschuss nicht daran erinnern, dass er darauf bestanden hätte, Kärnten auch im HETA-Erfolgsfall keine Verringerung des Haftungsbeitrages von 1,2 Mrd. € zuzugestehen.

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** An das kann ich mich nicht erinnern. Das sind solche Details, wir haben so viele Verhandlungen geführt. Ich glaube nicht, dass ich das abgelehnt hätte. Aber vielleicht war es auch so, ich kann es nicht sagen. Ich weiß nur, dass das die Gläubiger auf keinen Fall akzeptiert haben. Die haben ja auch die ersten Angebote nicht akzeptiert.

**Abg. Staudacher:** Was wären denn Ihre Gründe dafür gewesen, wenn Sie es getan hätten, was Sie jetzt nicht mehr genau sagen können?

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling (wurde sehr emotional):** Wenn der Bund Kärnten quasi freistellt aus allen Haftungen heraus und dann noch auf die Idee kommt, das alles zahlen zu müssen, wenn da was schiefgeht und dann noch einen Kredit vergibt, wo der Bund die Haftung übernimmt und eine Anleihebedienung, wo sogar der Bund die Haftung übernimmt, wo sehen Sie die Logik der Besserungsklausel? Das können Sie so sehen, weil Sie keine Verantwortung haben. Das können Sie so sehen, weil Sie die Verantwortung nicht haben. Sie haben diese Verantwortung nicht. Ein Finanzminister hat die Verantwortung für die gesamtsstaatlichen Finanzen, die haben Sie nicht.

**Abg. Staudacher:** Herr Doktor, für mich zum Verständnis: Warum hat eigentlich die Möglichkeit eines eventuell günstigeren Verwertungserlöses – ich versuche es noch einmal – der HETA, überhaupt keine Berücksichtigung in den Vertragswerken zwischen Bund und dem Land Kärnten gefunden? Warum ist man nur von der schlimmsten Situation ausgegangen?

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** Noch einmal: Wir sind von den Daten ausgegangen, die die FMA zur Verfügung stellt. Ich kann, auch wenn ich die Verantwortung trage, nicht sagen, die FMA sagt 49 und ich sage 59. Vielleicht hätte das auch gestimmt, ich weiß es nicht. Aber wir haben diese Grundlage anzuwenden gehabt aus dem heraus, dass wir bei der gesamten Abwicklung die notwendige rechtliche Verantwortung sicherstellen. Wenn die FMA das so sagt, dann basiert alles auf diesen Überlegungen, was wir für Daten bekommen. Noch einmal: Wenn vorhersehbar gewesen wäre, dass das deutlich besser läuft – und es hat ja viele Faktoren gegeben, die dann dazu geführt haben, dass es besser gelaufen ist. Aber niemand wusste das, weil vor allem zum damaligen Zeitpunkt noch nicht einmal klar war, ob man alle Assets überhaupt auftreibt. Ich erinnere noch an diese durch die Medien gegeisterte Geschichte mit den vermissten Motorbooten oder was immer da war. Ich weiß nicht mehr genau, irgendetwas war da. Durch die Konjunkturentwicklung wurden die Immobilien besser verwertet als ursprünglich geplant. Aber wie gesagt, die FMA hat, als das Moratorium erlassen wurde, eine Berechnung angestellt auf Basis der Daten und hat diesen

*Satz festgelegt, daher, glaube ich, war das schon in der Verantwortung, zu sagen, wenn die FMA diesen Satz festlegt, ist das für uns Basis des Handelns.<sup>34</sup>*

## **8 Land bemühte sich um Nachverhandlungen**

Dass es ein Missverhältnis zwischen den im Jahr 2016 erwarteten HETA-Rückflüssen und den tatsächlich erzielten Erlösen gibt, wurde auch der Landesregierung ab 2017 bewusst. Mehrere Auskunftspersonen (Dr. Felsner, Dr. Ebner, DI Perner, Dr. Lejsek) berichteten, dass LH-Stv Schaunig mit mehreren Finanzministern über eine nachträgliche Verbesserung verhandelt habe.

**Auskunftsperson DI Perner:** *Frau Dr. Schaunig ist mehrmals vorstellig geworden, bei jedem neuen Finanzminister, soweit ich mich erinnern kann und hat wieder gesagt, ja, aber wo es entsprechend so gut gegangen ist, jetzt wäre es doch eigentlich an der Zeit, eventuell noch einmal über diesen Nachlass zu diskutieren nach der Rückzahlungsverpflichtung. Soweit ich mich erinnern kann, war das aber danach dann nicht mehr erfolgreich.*

*Na ja, es gibt bestehende Verträge. Diese Verträge sind damals abgeschlossen worden, bevor das alles umgesetzt worden ist. Diese Verträge werden jetzt auch einzuhalten sein. Aber wie gesagt, das ist jetzt nicht eine Frage, wo ich jetzt noch maßgeblich involviert bin.<sup>35</sup>*

**Abg. Staudacher:** *Gab es eigentlich, Herr Dr. Felsner, Versuche, diese EUR 1,2 Milliarden, den Betrag, den Kärnten zu leisten hat, zu mindern?*

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Das hat es in der Folge gegeben, ja und Gespräche, aber kein Gehör beim Minister gefunden.*

**Abg. Staudacher:** *Wer hat denn die Gespräche geführt?*

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Die Finanzreferentin hat diesbezügliche Gespräche geführt.*

**Abg. Staudacher:** *Waren Sie auch dabei bei den Gesprächen?*

**Auskunftsperson Dr. Felsner:** *Ja.<sup>36</sup>*

**Abg. Staudacher:** *Frau Ebner, Herr Dr. Felsner hat uns heute mitgeteilt, dass es Gespräche über eine Reduzierung der EUR 1,2 Milliarden gegeben hat. Welche Wahrnehmung haben Sie da dazu?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Zur Reduzierung, sagen wir einmal so: Es ist dann entsprechend gefragt worden, ob das entsprechend verbrieft worden ist bzw. wüsste ich jetzt auswendig nicht, ob das irgendwo einmal festgehalten worden ist. Aber es sind dann schon Vorstöße beim Bund gemacht worden, die dann irgendwann einmal zu einer möglichen Reduzierung dieses Beitrages hätten führen können, aber die sind vom Bund natürlich immer abgeschmettert worden.*

**Abg. Staudacher:** *Wer hat denn diese Verhandlungen geführt?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Die Finanzreferentin bzw. der Landeshauptmann. Das ist immer auf politischer Ebene geführt worden.*

**Abg. Staudacher:** *Also, mit dem Finanzreferenten?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Bitte?*

**Abg. Staudacher:** *Mit dem Finanzminister Schelling sozusagen?*

**Auskunftsperson Dr. Ebner:** *Ich kann mich nur erinnern, beim Löger war das dann einmal ein Thema. Inwieweit das dann verbrieft oder verschriftlicht worden ist, das entzieht sich*

---

<sup>34</sup> Befragung von Dr. Schelling am 31. August 2022, Seite 30

<sup>35</sup> Befragung von DI Bernhard Perner am 1. Juni 2022

<sup>36</sup> Befragung von Dr. Horst Felsner am 13. Mai 2022

meiner Kenntnis. Aber man darf natürlich auch nicht vergessen, wenn man sich das Ganze historisch vor Augen hält, wie viele verschiedene Finanzminister da Ansprechpartner waren. Das fängt an mit ursprünglich einmal Fekter, dann Pröll, dann Spindelegger, dann Löger, dann kommt der Müller. Wenn man es bis heute weiterzieht, dann habe ich dann noch Blümel und jetzt Brunner.<sup>37</sup>

**Abg. Staudacher:** Aber man hat sich schon um eine Minderung der EUR 1,2 Milliarden bemüht?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** Ja, natürlich. Wir haben beim Bund natürlich versucht, das Beste für das Land herauszuholen, immer unter der Bedingung, dass wir eine rechtlich sichere Transaktion mit der sogenannten Transaktionssicherheit gemeinsam auf die Beine stellen, weil letztendlich war das ein Bund-Land-Projekt.<sup>38</sup>

Während alle führenden Mitarbeiter des Landes den Versuch dieser Nachverhandlungen bestätigten, wollten LH Peter Kaiser und besonders als LH-Stv. Schaunig darüber keine näheren Angaben machen. LH-Stv. Schaunig war bei ihrer ersten Befragung am 19. Mai sogar bestrebt, Nachverhandlungen in Bezug auf den Haftungsbeitrag von 1,2 Mrd. € überhaupt in Abrede zu stellen.

**Dem Ausschuss war es daher nicht möglich zu eruieren, mit welchen Argumenten die Landesregierung entsprechende Forderungen zu untermauern versuchte. Seine Arbeit wurde damit wesentlich erschwert, weil diese Argumente durch die Beweissammlung des Ausschusses vertieft werden hätten können. Erfolgsaussichten Kärntens für weitere Gespräche hätten dadurch möglicherweise verbessert werden können.**

**Abg. Staudacher** erkundigte sich am 19. Mai: *Frau Schaunig, Dr. Felsner, die Frau Dr. Ebner und der Herr Dipl.-Kfm. Höving haben uns mitgeteilt, dass es Versuche gab, in Verhandlungen mit dem Bund zu erreichen, dass der Beitrag von 1,2 Milliarden Euro reduziert wird. Können Sie uns erzählen, mit welchen Finanzministern bzw. -ministerinnen oder mit welchen Beamten Sie diese Verhandlungen geführt haben und wie diese verlaufen sind?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Natürlich wurde versucht, auch in Verhandlungen einzutreten, wobei man zu differenzieren hat. Der Haftungsbeitrag hat selbst die Größenordnung von EUR 1,2 Milliarden und ist kein verhandelter Betrag. Das ist ein Betrag, der sich rechnerisch aus den Vorgaben des § 2a FinStaG ergibt. Da gibt es nichts zu verhandeln. Dieser Betrag wurde festgelegt auf der Basis der Vermögenswerte des Landes Kärnten.*

*Der Maximalbetrag Kärntens in beiden Angeboten beläuft sich auf 1,2 Milliarden Euro. Für den Bund hat sich das Risiko von EUR 968 Millionen auf EUR 1,8 Milliarden erhöht, und der Bund war bereit, dieses erhöhte Risiko zu tragen, um eine zweite Angebotslegung auch zu ermöglichen. Es gab Verhandlungen, das ist richtig, dass Kärnten mehr beitragen soll, neu bewertet werden soll, Assets sozusagen übertragen werden. Wir haben das stets abgelehnt. Wir haben gesagt, es gibt den Betrag, der nach dem FinStaG berechnet ist und der umfasst die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Bundeslandes. Sie erinnern sich an meine damalige Formulierung im Kärntner Landtag: „Mehr geht nicht und mehr gibt es nicht.“*

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, der Dr. Felsner, die Frau Dr. Ebner und der Herr Dipl.-Kfm. Höving haben uns mitgeteilt, dass es Versuche gab, in Verhandlungen mit dem Bund zu*

---

<sup>37</sup> Befragung von Dr. Ebner am 13. Mai 2022

<sup>38</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 13. Mai 2022



erreichen, dass der Beitrag von 1,2 Milliarden Euro reduziert wird. Können Sie uns erzählen, mit welchen Finanzministern bzw. -ministerinnen oder mit welchen Beamten Sie diese Verhandlungen geführt haben und wie diese verlaufen sind?

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** Wenn das Land Kärnten darauf bestanden hätte, sozusagen beteiligt zu werden, dann wäre de facto auch die Notwendigkeit gewesen, an einer Verschlechterung beteiligt zu werden.

Und wenn sich im Nachhinein erfreulicherweise Mehrerlöse ergeben, dann bedeutet das, dass wir alle davon profitieren und als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht noch zusätzliche Beträge für die Begleichung dieser Haftungen bereitstellen müssen.

**Abg. Staudacher:** Der Worst Case, mehr wäre nicht gegangen, weil das ist der Wert, das haben wir ja ausführlich diskutiert, der die maximale Tragfähigkeit des Landes war. Warum aber keine Abstufung, je nach Besserung, wenn das besser wird? Das wäre ja logisch, weil schlechter hätte es ja für Kärnten nicht kommen können. Das haben Sie ja auch gesagt.

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** Weil es dann kein Angebot II gegeben hätte, weil der Bund unter diesen Bedingungen nicht bereit gewesen wäre, das erhöhte Risiko zu tragen.<sup>39</sup>

Bei ihrer zweiten Befragung am 28. September sagte Schaunig auf die erneute Frage von Abg. Staudacher, ob die Reduzierung des Kärnten-Beitrages, die 1,2 Milliarden Euro ein Thema in Verhandlungen mit dem Bund waren:

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** Mag sein, dass es auch diesbezüglich Versuche gegeben hat im Wissen, dass es ein fixierter Beitrag ist und die Erfolgsaussichten gering sind.<sup>40</sup>

Ex-Finanzminister Hartwig Löger äußerte sich zu dem Thema Nachverhandlung des Haftungsbeitrages so:

**Abg. Rauter:** Herr Löger, wurde an Sie als Finanzminister von Kärntner Seite der Wunsch herangetragen, den Beitrag Kärntens in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zu senken, da die Verwertung der HETA so viel besser läuft als angenommen?

**Auskunftsperson Hartwig Löger:** Die Frage habe ich bereits vorhin beantwortet. Es gab im Rahmen des angesprochenen Gespräches auch den Wunsch von Seiten des Landes Kärnten, über dieses Thema zu sprechen. Ich habe vorher schon ausgeführt, dass es dafür aus meiner Sicht keine Grundlage gab, weil die rechtlichen Fixierungen zu diesem Thema schon abgeschlossen waren. In meiner Erinnerung ist es die Frau Dr. Schaunig gewesen, die damals auch bei ihrem Besuch im Finanzministerium konkret auf dieses Thema angesprochen hat.

**Abg. Rauter:** Am 06. August 2018 waren Sie in Kärnten, um das Infineon-Werk in Villach zu besuchen. Am Rande dieses Besuches kam es laut Berichten der „Kleinen Zeitung“ und ORF Kärnten auch zu Gesprächen über eine nachträgliche Besserung für Kärnten. Sie haben laut Bericht der „Kleinen Zeitung“ erklärt, dass man nach einer endgültigen Abrechnung schauen könne, ob ein etwaiger Schuldennachlass möglich sei. Was sagen Sie dazu? Was haben Sie zu diesen Aussagen für eine Wahrnehmung?

---

<sup>39</sup> Befragung von Dr. Schaunig am 19. Mai 2022

<sup>40</sup> Befragung von Dr. Schaunig am 28. September 2022

**Auskunftsperson Hartwig Löger:** *Ich kann mich an den Besuch damals erinnern. Es gab auch Pressegespräche im Rahmen dessen. Diese Formulierung kann ich jetzt nicht zu 100 Prozent in der Form wiedergeben. Aber mit Gesamtabrechnung, so wie hier angesprochen, ist möglicherweise auch gemeint, dass man dann, wenn alles „auf dem Tisch liegt“, sich das Thema anschaut. Das ist eine allgemeine politische Formulierung.*

**Abg. Rauter:** *Bei dieser Formulierung haben Sie ja nicht ausgeschlossen, dass eben am Ende mit dem Land Kärnten noch einmal verhandelt wird, in dem Fall über eine Besserung, was seinerzeit die Frau Schaunig fix verhandelt hat, wie Sie das so gesagt haben.*

**Auskunftsperson Hartwig Löger:** *Noch einmal: Wenn ein Thema im Laufen ist, dann kann man noch nicht voraussehen, was möglicherweise ganz am Ende steht. Unter diesem Aspekt ist das eine politische Formulierung, die aber jetzt keine inhaltlichen, substantiellen Grundlagen hat.* <sup>41</sup>

**Abg. Klocker:** *Gibt es aktuell bzw. gab es in der Vergangenheit Verhandlungen mit dem Bund, was eine finanzielle Besserstellung nach der Haftungslösung mit den 1,2 Milliarden Euro betrifft? Also, hat es da Gespräche schon gegeben oder gibt es aktuell Gespräche Ihrerseits oder von Frau Dr. Schaunig mit dem Bund, um da vielleicht einen Bonus erhalten zu können? Versuchen kann man ja alles. Gibt es so etwas?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Wir haben immer wieder die Interessen Kärntens in entsprechender Form beigestellt. Aber bitte um Verzeihung, dass ich nicht über jedes einzelne Gespräch, das andere in ihrer Funktion führen, Bescheid weiß.*

**Abg. Klocker:** *Aber von Ihrer Seite hat es da keinen Versuch gegeben als Landeshauptmann?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Es gibt immer wieder Versuche, dass man die Position Kärntens besser darstellt, aber das nicht in der Frage, dass man bei Hypo/HETA noch einmal irgendetwas aufschnürt. Ich bin froh, dass es als Paket zugeschnürt ist und auch bleibt.* <sup>42</sup>

## **9 Rückkauf der Schuldscheine um 415 Millionen billiger**

Beim realisierten Ankauf der Schuldtitel im Oktober 2016 trat der glückliche Fall ein, dass der KAF für die Schuldtitel nicht 90 % ihres Nennwertes, sondern nur rd. 85,48 % bezahlen musste. Die Rechnungshöfe des Bundes und Landes schreiben in ihrem Bericht (Seite 14), dass sich damit buchmäßige Erträge von 415,64 Mio. € ergeben haben.

DI. Bernhard Perner erläuterte, wie es zu diesem Ertrag gekommen ist.

**Auskunftsperson DI Perner:** *Es war eine 180-tägige Settlement-Periode vereinbart, innerhalb derer die Gläubiger diese Anteile oder diese Schuldtitel des KAF „händeln“ können, zu den jeweiligen Marktbedingungen, die geherrscht haben, und die Marktbedingungen waren für die Republik und auch für das Land Kärnten äußerst günstig, was am Ende dazu geführt*

---

<sup>41</sup> Befragung Hartwig Löger am 7. September 2022

<sup>42</sup> Befragung LH Dr. Peter Kaiser am 8. Juni 2022, Seiten 24 und 25

*hat, dass das Finanzierungsvolumen um diesen Betrag, den Sie da genannt haben, niedriger war als am Anfang dieser Settlement-Periode zu den damaligen Konditionen.*<sup>43</sup>

## **10 Wem kam dieser außerordentliche Ertrag zugute?**

Der Ausschuss beschäftigte sich mit der Frage, warum dieser Ertrag nicht zur Gänze beim KAF verblieben ist. Denn diese Kursgewinne haben den finanziellen Aufwand für den Ankauf der landesbehafteten Schuldtitel reduziert.

Nur ein kleiner Teil dieser Gewinne ist im KAF verblieben. Dieser wird abzüglich der bis dahin anlaufenden Kosten nach Liquidation der HETA, die voraussichtlich 2030 erfolgen wird, den Haftungsbeitrag des Landes reduzieren.

Es stellte sich im Zuge der Beweiserhebung heraus, dass der größte Teil des Kursgewinnes dem Bund bzw. der ABBAG zugutekam.

Er versetzte den Bund in die Lage, eine Prämie von 280 Mio. €, die er Hypo-Nachranggläubigern als „Aufschlag“ für die Annahme des zweiten Kaufanbotes zugesagt hat, durch die Rückzahlungen des KAF zu finanzieren.

**Auskunftsperson DI Perner:** *Da gab es durchaus Aufschläge, die der Bund finanziert hat, damit das Angebot erfolgreich ist und damit man den Gläubigern entgegenkommt. Eine Gruppe gab es, das war besonders wichtig, dass die zustimmen, die haben auch daher einen sehr guten Preis bekommen, das waren die Nachranggläubiger. Die Nachranggläubiger mussten nämlich ebenfalls in einem sehr hohen Ausmaß zustimmen. Es war eine sehr kleine Gruppe, auf die sich das konzentriert hat, die wollten einfach mindestens die Hälfte wieder zurückhaben, obwohl sie eigentlich Anspruch auf null hätten beziehungsweise nur auf den Haftungsbeitrag Kärntens, weil auf die Nachträge wird nichts mehr verteilt, weil alles vorher sozusagen an die anderen Gläubiger geht. Denen hat man durchaus eine substantielle, eine Art Annahmepremie bieten müssen, damit die zugestimmt haben, aber die wurde, wie gesagt, vom Bund getragen, nicht vom Land.*

**Auskunftsperson DI Perner:** *Der Bund hat gesagt, wir gehen ins Risiko, wir übernehmen, auch wenn es noch schlechter kommt, auch diese Risiken, die in der Abwicklung drinnen liegen. Und vor allem auch, wir gehen auch in Bereichen ins Risiko, wo wir mit allen damals zur Verfügung stehenden Informationen nichts mehr bekommen werden, also zum Beispiel die Nachrangigen, wie zum Beispiel den besprochenen Aufschlag, den man den Nachrangigen noch zusätzlich gegeben hat, damit das Angebot letztlich erfolgreich wird.*<sup>44</sup>

Der KAF hat mit den ihm zugeflossenen HETA-Erlösen den gesamten Betrag von 7,72 Mrd. € an die ABBAG zurückgezahlt, den die ABBAG ihm zuvor für den Ankauf der Schuldtitel zur Verfügung gestellt hatte.

**Abg. Staudacher** fragte den Prüfer des Bundesrechnungshofes Bernhard Beybel, BA: *Wo sind denn diese 415 Millionen Euro?*

**Auskunftsperson Bernhard Beybel, BA:** *Das ist ein buchmäßiger Ertrag, der dem KAF zugegangen ist. Er ist auch vom Wirtschaftsprüfer verbucht worden als sonstiger Ertrag. Dieser buchmäßige Ertrag wird natürlich verringert durch die Tätigkeit des KAF, das habe ich*

---

<sup>43</sup> Befragung von DI Bernhard Perner am 1. Juni 2022, Seite 94

<sup>44</sup> Befragung von DI Bernhard Perner am 1. Juni 2022, Seiten 88 und 92

*schon gesagt, am Ende wird der KAF praktisch nicht mehr benötigt, dann kann man schauen, was am Schluss von diesem Geld noch übriggeblieben ist. Da fehlen uns wie gesagt die Informationen. Da bin ich mir aber sicher, dass beim KAF noch Berechnungen in dieser Richtung vorliegen.*

**Abg. Staudacher:** *Ist der KAF rechtlich gesehen der Eigentümer dieser angekauften Nullkuponanleihen?*

**Auskunftsperson Bernhard Beybel, BA:** *Ja. Der KAF ist Gläubiger der HETA.*

**Abg. Staudacher:** *Ja. Besitzt der KAF demnach nicht alle Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit diesen Zerobonds? Müsste er eigentlich haben, oder?*

**Auskunftsperson Bernhard Beybel, BA:** *Ich bin kein Jurist, aber ich denke, ja. Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen.*

**Auskunftsperson Bernhard Beybel, BA:** *Als der Rechnungshof den KAF geprüft hat, sind diese EUR 415 Millionen eingegangen. Wir haben das im Bericht stehen. Wie gesagt, das wird auch vom Wirtschaftsprüfer erwähnt im Abschlussbericht.<sup>45</sup>*

Der Mitarbeiter der Finanzabteilung und Vorstand des KAF Dfkm Höving informierte den Ausschuss, warum nur ein Teil der Kursgewinne im KAF verblieben ist:

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Höving:** *Das heißt, der KAF hat schlicht und ergreifend 415 Mio. € weniger Verbindlichkeiten aufgenommen, die er sonst hätte zurückführen müssen. Das ist die eine Seite und dann ist es kein auszahlungswirksamer Ertrag, das ist einfach eine Nichtaufnahme von Verbindlichkeiten. Auf der anderen Seite kommt hier auch die Recovery in den KAF hinein. Hier gibt es im Vertragswerk mechanisch festgelegte Grenzen. Hier hat sich dann gezeigt, dass etwas mehr von der Recovery im KAF bleiben konnte, weil die Rückführung der Verbindlichkeiten bis zu einer Recovery-Grenze von 77,85 erfolgt ist und starr darüber beginnt ab 79,03 erst der BZK (Anm: Rücklagen für den zusätzlichen bedingten Kaufpreis an die Haftungsgläubiger). Das heißt, diese 1,18 Prozent sind aufgrund der positiven HETA-Recovery ein Teil dieser Kursgewinne, wenn man so möchte, die im KAF verblieben sind und dann auch im Eigenkapital stehen.<sup>46</sup>*

Mag. Alfred Lejsek, Gruppenleiter im Finanzministerium und jahrelang mit der Hypo/HETA befasst, bestätigt, dass der Bund den Hauptnutzen aus den Kursgewinnen zog.

**Abg. Staudacher:** *Was wäre eigentlich ohne Kursgewinne gewesen? Hätte Kärnten da mehr zahlen müssen?*

**Auskunftsperson Mag. Alfred Lejsek:** *Ohne Kursgewinne wäre der Beitrag Kärntens bei EUR 1,2 Milliarden geblieben. Es wäre aber zum Beispiel nicht möglich gewesen, die Bundesfinanzierung entsprechend rückzuführen. Am Ende des Tages, wenn im KAF ein Verlust geblieben wäre, wäre der Bund mit seinen Forderungen übriggeblieben. Dann hätte man halt schauen müssen, wie man weiter vorgeht. Aber das ist eine hypothetische Frage.<sup>47</sup>*

---

<sup>45</sup> Befragung Dr. Margit Kraker, Bernhard Beybel, BA, Mag. Thomas Hedl am 29. Juni 2022, ab Seite 86

<sup>46</sup> Befragung Dfkm. Höving am 13. Mai 2022, Seite 137

<sup>47</sup> Befragung von Mag. Alfred Lejsek, Referatsleiter Finanzministerium am 29. Juni 2022

## 11 Land musste auch fast 100 Prozent der Transaktionskosten tragen

Auf Seite 15 des Berichtes über den Ankauf der Schuldtitel listen die Rechnungshöfe auf, wie die Kosten der Begebung der Nullkuponanleihe an die Hypo-Haftungsgläubiger des Landes und deren Rückkauf durch den KAF aufgeteilt wurden. Insgesamt betrugen diese Transaktionskosten im Prüfzeitraum 2018 inklusive der KAF-Aufwendungen bis Ende 2017 43,8 Millionen Euro. Davon zahlten das Land, der KAF sowie die Landesholding 37,8 Mio. € und der Bund bzw. die ABBAG 6,099 Millionen €.

In seiner Stellungnahme „Zahlungsflüsse zum und vom Kärntner Ausgleichszahlungsfonds betreffend die Heta-Abwicklung“ stellt der Landesrechnungshof auf Seite 13 dar, dass der KAF nach 2018 zusätzlich 5,57 Mio. € an die ABBAG für Agenten, welche mit der Abwicklung des Ankaufs der Schuldtitel beauftragt worden waren, bezahlen musste.

Das bedeutet, dass das Land inklusive KAF zusätzlich zum Haftungsbeitrag von 1,2 Mrd. € nahezu 100 Prozent der Kosten für die notwendigen Transaktionen finanzieren musste.

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, Kärnten bleibt trotz der hohen Verwertungserlöse auf dem 1,2 Milliarden Euro Haftungsbeitrag sitzen und muss überdies hundert Prozent der Transaktionskosten tragen. War dieses Ungleichgewicht irgendwann ein Thema bei Verhandlungen mit dem Bund?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Rechnung ist mir jetzt nicht nachvollziehbar.*

**Abg. Staudacher:** *Der Rechnungshof sagt, dass das Land 37 Millionen Euro zahlt, der Bund 6 Millionen Euro. Von den 6 Millionen Euro erhielt der Bund 5,5 Millionen Euro zurück.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Kostenaufteilung muss man sich anschauen. Ich weiß nicht, ob da sozusagen die Haftungsrückstellung für die Tender Agents von 20 Millionen Euro, die schlagend geworden ist, drinnen ist oder nicht. Das müsste man anschauen.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Ich kann Ihnen gerne eine Kostenaufstellung übermitteln. Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten. Nur, die Summe, die Kosten, die das Land getragen hat, in Relation zur Bereinigung in der Größenordnung von 13,7 Milliarden Euro Haftungen – 13,7 Milliarden! – ist etwas, was in Relation eine sehr kostenschonende Variante war, auch für den Bereich der Kosten, sehr viel Geld, ja, aber jeder, der weiß, dass man Leistungen der Rechtsberatung und umfassende Leistungen auch am Kapitalmarkt in Anspruch genommen hat, weiß, dass das Tarife sind, die für das Land etwas waren, was durchaus auch gut war.* <sup>48</sup>

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, Sie haben am 06. Juli 2016 einen Brief an den ehemaligen Finanzminister Schelling geschrieben. Darin beschwerten Sie sich, dass der Bund dem Land die gesamten Kosten der Anleihe, damit sind offenbar die Transaktionskosten gemeint, aufbürden will. Das war für Sie damals nicht nachvollziehbar, zumal der Bund den gesamten Rückkauf der Schuldscheine mit den HETA-Gläubigern ausverhandelt hat. Das haben Sie 2016 dem Herrn Schelling geschrieben.*

---

<sup>48</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Bitte, legen Sie mir das vor!*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Das war 2016. Danke! Also, ich kann mich an diesen Brief im Wesentlichen im Detail nicht mehr erinnern. Aber es ist sicherlich auf die Informationen aus dem zuständigen Beamten- und Juristenbereich hingewiesen worden, dass wir gegenüber dem ersten Angebot, soweit ich mich erinnern kann, und dem zweiten Angebot, das zweite, das auch von der ABBAG erstellt worden ist beziehungsweise vom ersten, das von der ABBAG erstellt worden ist, dieser Betrag dann auch offensichtlich auch auf das zweite umgelegt worden ist. Auf das haben wir aufmerksam gemacht und gemeint, das sollte eigentlich, nachdem das Land Kärnten nicht direkt involviert war, geteilt werden. Aber das ist ein ganz normaler Bereich, wie man bei Finanzierungskosten eigentlich immer wieder argumentiert.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, die Agenten-Kosten war das Thema und Sie wehrten sich dagegen, massiv sogar, dass das Land alles zahlen muss. Trotzdem kam es dazu.*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ja.*

**Abg. Staudacher:** *Muss man eigentlich heute sagen, dass Ihre Beschwerde total ins Leere ging? Schelling kam Kärnten in keinsten Art und Weise entgegen. Der Bund hat Kärnten alle Berater-Kosten in der Höhe von über 40 Millionen Euro trotz der hohen Verwertungserlöse aufgebrummt.*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Wird so sein. Dafür haben wir mit 1,2 Milliarden Euro 13,1 Milliarden Euro beseitigt, wie Sie sich noch erinnern können.*<sup>49</sup>

## **12 Nachträgliche Besserung für alle Anleihegläubiger**

Im Gegensatz zum Land Kärnten haben sich die nicht nachrangigen Hypo-Anleihegläubiger beim Verkauf ihrer Nullkuponanleihen eine „Besserungsklausel“ ausbedungen, wenn die Verwertung der Hypo-Assets die Erwartungen, welche 2016 bestanden haben, maßgeblich übertreffen.

Ihnen wurde beim Verkauf der Papiere eine fixe Quote von 90 Prozent des Nominalwertes zugesichert. 10,97 Prozent dieses reduzierten Nominalwertes zahlte der KAF mit seinem Haftungsbeitrag von 1,2 Mrd. € und 79,03 % sollten aus dem HETA-Recovery kommen. Die Gläubiger wollten sich aber mit diesen 90 % nicht zufriedengeben. Für den Fall, dass die HETA bei der Verwertung mehr als die 79,03 % erzielt, sollte eine Nachzahlung fällig werden.

Alles, was über dieser Quote von 79,03 % liegt und von der HETA an den KAF fließt, sollte dieser wieder an die Gläubiger auszahlen. Sowie die FMA die Verwertungsquote der HETA per Verordnung mit 86,32 % festlegte, war klar, dass den Haftungsgläubigern eine Besserung im Ausmaß von zumindest 97,29 % des Nominales zusteht. Dafür musste der KAF aus seinen HETA-Zuflüssen eine Rücklage von 733 Mio. € bilden. Steigt das HETA-Recovery auf 89,03 % erhöht sich der Anspruch der Gläubiger auf 100 %. Da die HETA bereits bekanntgab, dass sie eine Quote von 89,42 % erfüllen wird, steht fest, dass die Gläubiger 100 Prozent des Nennwertes ihrer Hypo-Papiere zurückbekommen werden.

---

<sup>49</sup> Befragung von Dr. Peter Kaiser am 30. September 2022



Allerdings müssten sie darauf noch Jahre warten, bis die HETA liquidiert wird. Das Zieldatum ist 2030.

Der KAF machte den Gläubigern, während der Arbeit des Untersuchungsausschusses ein Angebot. Sie könnten ihr Geld noch im Jahr 2022 erhalten, allerdings nur bis zu der im Jahr 2022 gültigen HETA-Verwertungsquote von 86,32 %. Sie müssten also auf 2,71 % des Nominalwertes verzichten, wenn sie das Geld schon jetzt und nicht erst in acht Jahren haben wollten. Die Differenz von 2,71 % verbleibt im KAF.

Das vorzeitige Angebot für den bedingten zusätzlichen Kaufpreis war nicht Untersuchungsgegenstand, weil das entsprechende Angebot nach Einsetzung des Ausschusses verkündet worden ist. Bei der Befragung des KAF-Vorstandes Mag. Payer kam dieser BZK aber zur Sprache.

**Abg. Staudacher:** *Der KAF hat im Mai ein Angebot zwecks vorzeitiger Auszahlung des Bedingten Zusätzlichen Kaufpreises gelegt. Wie viele Anspruchsberechtigte haben von dem Angebot Gebrauch gemacht?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Da würde ich mich jetzt tatsächlich entschlagen wollen, die Transaktion ist noch nicht fertig. Aber ich gehe davon aus, dass wir im Jahresabschluss 2022 darüber berichten werden. Die Transaktion hat sich in die zweite Jahreshälfte hineingezogen, aber sie ist noch nicht fertig. Bei diesen Kapitalmarkttransaktionen muss jedes Wort wie ein rohes Ei behandelt werden. Ich bitte Sie da um Verständnis! Es hat diese Transaktion gegeben, ja. Ich glaube, was ich auch dazusagen kann, ist, es hat tatsächlich Interessenten gegeben. Zum gegebenen Zeitpunkt werden wir berichten. Wir haben Ende September eine KAF-Kuratoriumssitzung, da werden wir sicher darüber berichten können.*

*Ich kann nicht genaue Details nennen, aber es war für uns erfolgreich. Hintergrund war ja in erster Linie: Wir haben, wie eingangs erwähnt, den BZK mit negativen Zinsen veranlagten müssen, was natürlich für den KAF ein Nachteil ist, deshalb hat es ja auch ein Angebot gegeben. Wir haben doch ein großes Volumen an Rückkäufen getätigt, was dazu führen wird, dass die Negativzinsen bis Ende 2023 sinken werden und unsere Partizipation an zukünftigen Erlösen der HETA in einem erfreulich großen Ausmaß steigern wird. Vielleicht reicht das, Herr Abgeordneter Staudacher?*<sup>50</sup>

### **13 Hohe HETA-Abschläge vermindern Zahlungen an den KAF**

Dem Ausschuss wurden keine Unterlagen vorgelegt, die darauf hindeuten, dass das Land sich 2016 bemüht hätte, einen Vertreter für den HETA-Aufsichtsrat nominieren zu dürfen, um Informationen über die Verwertung der Hypo-Vermögenswerte zu bekommen. Demgegenüber hat der Bund sehr wohl darauf bestanden, für das Aufsichtsorgan des KAF, Vertreter nominieren zu dürfen.

In der Beweiserhebung des Ausschusses kam zutage, dass die HETA ihren Kreditschuldern großzügige Abschläge gewährt, wenn sie ihre Darlehen vorzeitig zurückzahlen. Dadurch wurden auch die Rückflüsse an den KAF geschmälert.

---

<sup>50</sup> Befragung von Mag. Martin Payer am 1. September 2022

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, im Herbst 2017, nächste Frage, fanden Land und HETA eine Einigung für offene Fragen, unter anderem über noch ausstehende Haftungsprovisionen. Dabei bot die HETA auch Abschläge von 10 bis 20 Prozent von ausstehenden Krediten des Landes an. Das wäre ein Vorteil von drei bis fünf Millionen. Hat das Land dieses Angebot angenommen?*<sup>51</sup>

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Da darf ich ebenfalls bitten, die, die zuständig sind in der Finanzabteilung, zu befragen! Was mir erinnerlich ist, zu den HETA-Haftungen gab es einen Vergleich. Einer der größten Punkte im Rahmen dieses Vergleiches war, wie man mit der Kunstsammlung der HETA umgeht, die ja doch etliche Kärntnerinnen und Kärntner in ihrem künstlerischen Schaffen abgebildet hat. Da gab es offenbar Diskussionen über Fromiller-Bestände, die mit einem Bescheid vom Bundesdenkmalamt versehen waren und nur in gewissen Räumlichkeiten eines gewissen Fromiller-Saales, wo Sie mich nicht fragen dürfen, wo der ist, in Privatbesitz waren. Das, glaube ich, war eines der größten Probleme in der Lösung dieser Frage. Ich glaube, man hat sich letztendlich geeinigt, diesen Bereich auszuklammern und eine finanzielle Abgeltung für diese Fromiller-Fresken zu machen und den Rest sozusagen in compensando eines Teiles der Haftungen über diese Kunstschatze, die an das Land übertragen worden sind, abzuwickeln.*

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, wissen Sie, warum ich das frage? Das ist natürlich auch ein Riesenthema, sage ich jetzt einmal. Diese Abschläge wären ja gut für das Land, sage ich jetzt einmal. Aber da müsste man sich ja wundern – und ich gehe einmal davon aus, dass das so war – dass die HETA sogar einen institutionellen Kreditnehmer mit optimalen Sicherheiten für die Abschläge anbietet, ihnen sozusagen Millionen schenkt. Wenn man bedenkt, dass die HETA laut Geschäftsbericht 2015 EUR 2,5 Milliarden aushaftende Kredite hatte und marktüblich solche Abschläge gewährt, kommt man auf hunderte Millionen, die im Zuge der Verwertung nachgelassen wurden, die das Haftungskapital Kärntens, also wieder unsere Geschichte, reduziert haben. Damit bleibt ja logischerweise am Ende des Tages weniger für das Land übrig. Hat das Land als Haftungsträger, was wir ja waren, diesbezüglich Aufklärung verlangt?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Noch einmal, Herr Abgeordneter Staudacher! Um allfällige Risiken aus der HETA-Verwertung auszuschließen, war es eine Bedingung des Landes, dass bei jedweder Lösung das Land mit einem fixierten Maximalbetrag, der berechnet wird aufgrund der wirtschaftlichen und rechtlichen Leistungsfähigkeit des Landes, einen Beitrag leistet.*<sup>52</sup>

## **14 500-Millionen Angebot und Insolvenzgefahr**

Der Ausschuss beschäftigte sich auch mit den zwei folgenden Themen:

1. Hätte das Land Kärnten seinen Beitrag zur Lösung der Haftungsfrage erheblich reduzieren können, wenn es 2014 einen vom damaligen Finanzminister Dr. Michael Spindelegger eingeforderten Beitrag von 500 Mio. € (damaliges Kapital im inzwischen liquidierten Zukunftsfonds, gespeist aus den Erlösen des Verkaufs der Hypo an die Bayern) gezahlt hätte?

---

<sup>51</sup> 11-12/32 (ON 35) Schriftverkehr Teil II Besprechung offener Punkte -

<sup>52</sup> Befragung von von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 19. Mai 2022

2. Wie groß war die Insolvenzgefahr für das Land, wenn die damalige SPÖ-ÖVP-Bundesregierung eine solche ausgeschlossen hat?

Die Landesregierung lehnte die Zahlung der 500 Mio. € mit dem Hinweis darauf ab, dass damit die Haftungen des Landes (2014 rd. 11 Mrd. €) trotzdem aufrecht geblieben wären.

Der heutige Finanzminister Magnus Brunner schrieb dazu in Beantwortung einer Anfrage von NRBg. Erwin Angerer am 22. April 2022, unter Geschäftszahl 2022-015-0043: *„In den Gesprächen zwischen dem Bundesminister für Finanzen und der Kärntner Landesregierung im Frühjahr und Sommer 2014 bezüglich einer Kärntner Beteiligung an den Kosten der Abwicklung der HB International konnte zu diesem Zeitpunkt keine einvernehmliche Regelung erzielt werden, zumal bei dem zitierten Kostenbeitrag von 500 Millionen Euro die Landeshaftung aufrecht geblieben wäre.“*

Bezüglich der Haftungen des Landes für die Hypo Alpe-Adria erklärte der ehemalige Vorstand der Hypo Alpe-Adria **Dr. Tilo Berlin**:

*„Landeshaftungen waren bei öffentlich-rechtlichen Banken bis zum Jahr 2000 weit verbreitet. Sie sind dann abgeschafft worden, weil der Sektor der privaten Banken auf EU-Ebene wegen Wettbewerbsverzerrung geklagt hat. Aber es gab wesentlich härtere Landeshaftungen als diejenigen, die die Hypo hatte. Es gab in Deutschland so etwas wie eine Gewährträgerhaftung, wie eine Anstaltslast. Das waren Haftungen, in denen der öffentliche Rechtsträger tatsächlich verpflichtet war, das gesamte Unternehmen oder auch seine Fortführung zu garantieren, während wir es hier lediglich mit sogenannten Ausfallsbürgschaften zu tun haben, die sich auf einzelne Emissionen beziehen, die die Bank begeben hat. Das ist ein großer Unterschied auch in der Frage, wie man so eine Landeshaftung abpuffern kann. Es ist, glaube ich, bekannt, dass die Landeshaftungen Kredite mit zehnjähriger Laufzeit besichert haben. Wenn man es geschafft hätte, das Unternehmen zehn Jahre lang am Leben zu halten, dann wären die Landeshaftungen quasi von selbst verschwunden. Das nennt man Abschmelzen.“<sup>53</sup>*

Dieses Abschmelzen der Haftungen, das Dr. Berlin erwähnte, die Befriedigung der Inhaber der landesbehafteten Schuldscheine im Zuge eines möglichst werthaltigen Verkaufs der Hypo-Assets bei gleichzeitigem „Schneiden“ der Forderungen nachrangiger Gläubiger war das Ziel von Dr. Michael Spindelegger. Er bezeichnete dies vor dem Ausschuss als „Brückenmodell“, die Idee die Hypo möglichst kostendeckend zur Liquidation zu führen. Die Entwicklung der Hypo-Nachfolgegesellschaft HETA bis Ende 2022 zeigt, dass in der Hypo genügend Vermögen vorhanden war, um dieses Brückenmodell verwirklichen zu können. Spindelegger wusste, dass bei einer Insolvenz der Hypo Alpe-Adria dieses „Brückenmodell“ nicht möglich gewesen wäre, weshalb er diese ausschloss.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *(Wir haben)“Die Strategie von eben so ein Brückenmodell vorgeschlagen, dass man die Bank nicht in die Insolvenz geraten lässt. Das war deshalb notwendig, weil sonst diese Haftungen des Landes Kärnten schlagend geworden wären. Wir wollten damals als Bundesregierung nicht, dass Kärnten in eine Schieflage kommt, wo unklar war, was das bedeuten würde. So etwas hat es nie gegeben! Dafür gab es auch keine rechtlichen Vorkehrungen. Das war uns wichtig!*

---

<sup>53</sup>Befragung von Dr. Tilo Berlin am 14. September 2022

**Abg. Leikam:** Also, die Haftungen wären beim Land geblieben, auch die Risiken in dem Fall. Na ja, wenn es keinen Vertrag gibt, dann bleiben die Risiken und die Haftungen beim Land Kärnten, das ist irgendwo logisch.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Aber das Brückenmodell hat ja vorgesehen, dass wir einen Großteil der Gläubiger auch befriedigen, allerdings nicht die nachrangigen Gläubiger. Das war eben der Spielraum, der für dieses Brückenmodell eine Möglichkeit gegeben hat, nicht den vollen Umfang, wie die Deutschen das gemacht haben bei ihren Problembanken, voll und ganz der Republik Österreich zuzuschieben und damit alle Gläubiger zu befriedigen. Damit war klar, dass die Haftungen – natürlich blieb ein Risiko. Wenn ich jetzt eine Klage führe gegen das Land Kärnten, weil ich als nachrangiger Gläubiger geschnitten wurde, dass ich dann möglicherweise in einem Prozess am Ende doch noch Recht bekomme, dieses Risiko blieb natürlich.

**Abg. Staudacher:** War es Ihre Strategie, dass die HETA ihre Assets möglichst in Ruhe abverkaufen kann?

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Natürlich, weil die Insolvenzlösung hätte natürlich einen großen Vorteil gehabt. Das wäre gewesen, dass von vorneherein klargestellt ist, es gibt kein neues Geld mehr für die Hypo und die Assets werden dann, so wie das halt üblich ist, von einem Konkursverwalter bestmöglich verwertet, und mit dem, was übrigbleibt, werden die Gläubiger bedient, allerdings mit großen Unsicherheiten. Sie müssen sich vorstellen, dass ja damals diese Frage, wer denn die Gläubiger sind, nicht in einer Liste ersichtlich war. Das waren ja sozusagen Papiere, die gehandelt wurden. Ich war zum Beispiel erstaunt, dass mich der Präsident der Weltbank angerufen und gesagt hat, sie sind auch diejenigen, die diesbezügliche Papiere von der Hypo halten und daher möchte er, dass eine Ausnahme gemacht wird, dass sie auf keinen Fall durch eine Insolvenz oder durch einen Gläubigerschnitt betroffen sind. Also, so sind Stück für Stück diejenigen aufgetaucht, die solche Papiere hatten und die halt auch besorgt waren, dass sie als Gläubiger hier etwas verlieren könnten. Aber klar war für mich, eine Insolvenz werden wir nicht eingehen, weil das für Kärnten natürlich eine große Belastung gewesen wäre, aber auch für die Republik, weil ja letztlich diese mehr als 20 Milliarden Haftungen zu unabsehbaren Folgen insgesamt geführt hätten.

**Abg. Staudacher:** Herr Spindelegger, jetzt zu Ihren Ausführungen betreffend die 500 Millionen Kärnten-Beitrag. Wurde der mit dem SPÖ-Bundeskanzler festgelegt? Oder wie kann man sich das vorstellen?

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Ja, es wurde mit der ganzen Bundesregierung so festgelegt. Wir haben das in den Vorbesprechungen zum Ministerrat auch so erörtert und das war die gemeinsame Linie.

**Abg. Staudacher:** Was können Sie uns sagen, wie dieser angebotene Generalvergleich in der Höhe der 500 Millionen Euro ausgestaltet war, damit wir uns etwas vorstellen können?

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Wir wollten natürlich auch, dass von dem Verkaufserlös, den es gegeben hat, die noch bestehenden etwa 500 Millionen Euro auch als Beitrag gesehen werden für die gesamte Kostenbelastung der Republik Österreich für die Hypo.

Es standen noch etwa 500 Millionen Euro in diesem „Zukunftsfonds“ zur Verfügung. Darum haben wir uns auf diesen Beitrag damals festgelegt, dass dieser als Beitrag des Landes

Kärnten sozusagen einfließen soll. Vorgesehen war, dass das in einer gesetzlichen Regelung auch sozusagen Platz greift.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Ehrlich gesagt, war da nicht sehr viel an Verhandlungsspielraum. Das war sozusagen die Linie der Bundesregierung, die auch in einem Gesetz festgehalten werden sollte. Verhandeln im Sinne von, beide Seiten kommen aufeinander zu, das war in dem Fall nicht der Fall, sondern das war für uns als Bundesregierung der Beitrag. Wie gesagt, diese Linie wurde dem Landeshauptmann auch durch mich mitgeteilt. Aber ich weiß eben nicht mehr, was die Details der Gespräche Schaunig – Danner, und auch auf Beamtenebene gab es ja Gespräche, was die zu Tage gebracht haben.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Die Konsequenz einer Insolvenz der Bank wäre gewesen, dass die Haftungen sofort schlagend werden. Darum wurde das Insolvenzmodell als eine der Lösungsmöglichkeiten nicht verfolgt.

**Vors. KO Darmann:** Das heißt, die Bundesregierung hat die Haftungen, wenn sie schlagend würden, als Gefahr für die Republik gesehen und deshalb hat man versucht, einen anderen Weg zu gehen.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Weil ja natürlich die Haftungen einmal für Kärnten schlagend geworden wären und bei über 20 Milliarden Euro Haftungen war klar, dass wird Kärnten nicht stemmen können aufgrund der finanziellen Situation. Wir wollten nicht ein Bundesland in die Situation bringen, dass dann auf Eigentum des Landes Kärnten zurückgegriffen wird. Da waren ja Diskussionen wie beim Kindergarten, der dann vom Land betrieben wird, auch sozusagen das Grundstück dann in diese Verwertung hineinfallen soll et cetera, et cetera. In Spekulationen dieser Art wollten wir gar nicht in der Richtung vorgehen.

**Abg. Staudacher:** Für mich zusammengefasst heißt das, dass diese 500 Millionen Euro-Vereinbarung, die ich jetzt dementsprechend ins Treffen geführt habe, von Ihnen sehr gewissenhaft und detailliert vorbereitet wurde und das dementsprechend Ihr Zugang war, um diese Thematik seitens des Landes Kärnten damit ein für alle Mal erledigt zu haben.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Ja, das war für mich der Beitrag Kärntens für die Lösung der Hypo.

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** Herr Dr. Spindelegger, ich habe nur eine kurze Verständnisfrage. Sie haben erklärt, dass die 500 Millionen Euro als Beitrag des Landes Kärnten zu verstehen waren. Meine Frage: Als Beitrag wozu? Es war ja angedacht, dass der Bund sozusagen die Verbindlichkeiten der Hypo damit erfüllt. Und wenn, zur Gänze oder nur zum Teil oder sollte der Bund sozusagen, ohne das Land Kärnten mit einzubeziehen, mit den Gläubigern verhandeln, um eine Lösung zu finden? Das heißt, wenn das Land Kärnten diesen 500 Millionen Euro-Beitrag akzeptiert hätte und auch geleistet hätte, wäre das Land sozusagen vom Bund außen vor gelassen? Das wäre meine Verständnisfrage, weil Sie gesagt haben, das wäre der Beitrag des Landes Kärnten gewesen.

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** Also, aus meiner Sicht war es eigentlich gedacht damals als ein Beitrag zu den schon geleisteten Zahlungen der Republik Österreich, um die Bank am Leben zu erhalten, die wir schon seit 2013 geführt haben. Ich kann jetzt die Summe nicht mehr sagen, aber über zwei Milliarden Euro sind ja damals schon zur Unterstützung der Bank hineingeflossen. Ja, es wurde jetzt nicht ausdrücklich gesagt, damit ist Kärnten sozusagen seine Haftungen los. Das geht ja rechtlich auch gar nicht, das hätte die

*Republik Österreich übernehmen müssen, sozusagen. Aber klar war, wenn wir Kärnten jetzt nicht sozusagen im Regen stehen lassen wollen mit den ganzen Haftungen, dass wir als Republik eine Lösung vorschlagen, wo wir Nachranggläubiger, das war rechtlich möglich aus unserer Sicht, schneiden, sozusagen, dass die nicht alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen können und nicht befriedigt werden im vollen Umfang und dass damit auch klargestellt wird, dass es keine Haftungen gibt, die das Land Kärnten da betreffen werden. Das war inhaltlich so gedacht, aber nicht im Sinne von einer formellen Übereinkunft.*

**Abg. Leikam:** *Aber ein Thema war damals schon die Insolvenz des Landes Kärnten. Ist das richtig?*

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *Ja, das ist richtig.*

**Abg. Leikam:** *Haben Sie damals abschätzen können, welche Folgen eine Insolvenz des Landes Kärnten gehabt hätte für den Bund, für das Land?*

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *Also, rechtlich gesehen nein, weil so etwas ja nicht nachvollziehbarerweise schon einmal passiert ist, auch keine rechtlichen Grundlagen dafür da waren. Aber politisch gesehen hatte ich eine Vorstellung, dass das für die Republik Österreich insgesamt ein katastrophales Signal wäre, wenn man ein Bundesland sozusagen den Gläubigern jetzt zum Fraße vorwirft und man sehen muss, was sich dann rechtlich im Sinne von Landeseigentum wiederfindet auf einer möglichen Insolvenzliste, um die Gläubiger zu befriedigen.*

**Abg. Leikam:** *Wenn jetzt Kärnten damals im Jahr 2014 diese 500 Millionen Euro geleistet hätte, wären die Landeshaftungen vom Bund übernommen worden?*

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *Übernommen rechtlich gesehen nicht, sondern dieses Brückenmodell damals hat ja vorgesehen, dass wir die Gläubiger zum Teil befriedigen, aber eben nur zum Teil und zum Teil eben die nachrangigen Gläubiger auch schneiden in ihren Forderungen und dann die Bank Stück für Stück abgewickelt wird, das heißt, Assets verkauft werden. Das ist ja dann alles erfolgt über die HETA und das hat letztlich dann nach vielen Jahren ein gar nicht so schlechtes Ergebnis gebracht. Aber das war zum damaligen Zeitpunkt sicher noch nicht vorhersehbar.*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Es ist ja nicht eine Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Land erforderlich, jetzt primär, sondern das wäre eine Übernahme des Haftungsrisikos des Landes durch den Bund gegenüber den Gläubigern. Das heißt, das betrifft die Rechtsbeziehung zwischen dem Bund und den Gläubigern. Ich frage nur nach dem Konzept, zustande gekommen ist es ja nicht, aber ich frage nach dem Konzept, ob angedacht war, dass der Bund allfällige Inanspruchnahmen des Landes aus der Haftung dem Land abnimmt, wenn das Land bereit ist, diese 500 Millionen Euro als Beitrag zu leisten? Das war meine Frage.*

**Auskunftsperson Dr. Michael Spindelegger:** *Aber ich habe es Ihnen schon gesagt. In meinen Gesprächen war das nicht Gegenstand in diesen Fragen. Ob es sonst zwischen Bund und Land solche Gespräche gab, kann ich nicht beurteilen, leider.*<sup>54</sup>

Eine Übertragung der Haftungen vom Land auf den Bund oder vorher vom Land auf die Bayern wäre nicht umsetzbar gewesen, erklärte Dr. Tilo Berlin.

---

<sup>54</sup> Befragung von Dr. Michael Spindelegger, 10. Juni 2022



**Abg. Leikam:** Warum haben Sie dann die Haftungen nicht bei den Verhandlungen herausreklamiert, wenn die Bank verkauft wird? Wenn die Haftungen bei Kärnten bleiben, glaube ich, ist das für das Bundesland nicht unbedingt das beste Verhandlungsergebnis.

**Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:** Diese Landeshaftungen hingen also an einzelnen Geschäften, aber nicht am Unternehmen, deswegen konnte man sie nicht herausreklamieren, wie Sie es gerade gesagt haben, sondern man konnte sie nur auf verschiedenste Weise abbauen. Einerseits, indem man das Unternehmen so lange am Leben erhält, bis die Haftungen einfach auslaufen. Also, wenn ich einen Zehnjahreskredit habe als Hypo und das Land Kärnten hat dafür eine Ausfallsbürgschaft übernommen, dann muss die Hypo zehn Jahre leben, den Kredit zurückzahlen, dann ist die Bürgschaft erloschen. So ist es am Ende ja auch passiert. Genau! Aber es war vollkommen unmöglich – also, wir haben uns an der Hypo beteiligt, mit 25 Prozent haben wir 650 Millionen Euro bezahlt, in Zahlen – wie hätten wir 24 Milliarden Euro Haftungen wiedergutmachen, ausradieren, auszahlen oder so etwas können? Das ist wirtschaftlich unmöglich! Ich glaube, es ist wirklich eine der wichtigsten Fragen, wenn wir jetzt darum ringen, was kann Kärnten aus dieser Situation noch machen? Genau diesen Punkt gilt es, allemal zu klären und zu sagen: Man konnte an diesen Haftungen nichts mehr ändern, sie standen da. Ich konnte nur schauen, dass das Unternehmen so stark wie möglich wird, deswegen ein starker Partner, BayernLB. Die BayernLB war am Anfang extrem motiviert, der Hypo zu helfen, deswegen haben sie auch so viel Kapital hineingetan. In dem Moment, wo ich einer Bank viel Eigenkapital gebe, verbessere ich schon ihre Überlebensfähigkeit. Das Zweite, das, was ich versucht habe zu erklären an Hand des Master Loan Agreements, das Vertrauen der Bayerischen Landesbank kam ja nicht nur im Eigenkapital zum Ausdruck, sondern darin, dass (sie) der Hypo viele Milliarden Euro geborgt (hat).<sup>55</sup>

Dass eine Insolvenz auch nicht im Interesse der Hypo-Gläubiger sein konnte, erläuterte Univ. Prof. Dr. Kodek vor dem Ausschuss.

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** ...Pflichtaufgaben des Landes könnten auch in einem Insolvenzverfahren weiter erfüllt werden. Wo es zu Einschränkungen käme, wären Ermessensausgaben. Das ist eigentlich die einzige Schraube, an der man in einem Insolvenzverfahren stärker drehen könnte, um eine zumindest teilweise Befriedigung der Gläubiger zu erreichen. Das Resultat wäre aus wirtschaftlicher Sicht, dass die Gläubiger nur eine minimale Quote im unteren, einstelligen Bereich zu erwarten hätten und das nach einer mehrjährigen Verfahrensdauer.<sup>56</sup>

Auch den Gläubigern wurde das 2016 bewusst.

**Auskunftsperson Dkfm. Mendel:** Ich glaube, irgendwann war der Punkt für die Gläubiger da, wo sie gesagt haben, jetzt könnte es passen. Es war auch irgendwann, wie soll ich das sagen, so ein Ermüdungsfaktor, wir wollen nicht dieses Thema die nächsten 10, 15, 20 Jahre mit uns mitschleppen, mit komplett ungewissem Ausgang. Sie hatten sicher auch irgendwo schon abgewogen, was heißt es, wenn man beginnt, ein Land zu pfänden, was heißt es, wenn irgendein Kärnten-Vermögen im Ausland ist, man dafür einen Titel erwirkt? Also, sie haben schon auch abgewogen dann irgendwann. Das ist nicht einfach.<sup>57</sup>

---

<sup>55</sup> Befragung von Dr. Tilo Berlin am 14. September 2022

<sup>56</sup> Befragung von Univ. Prof. Dr. Gerg Kodek am 22. Juni 2022, Seite 4

<sup>57</sup> Befragung von Dkfm. Mendel am 1. Juni 2022

## 15 Bayern sind großer Profiteur des HETA-Recovery

Laut ihrem Jahresbericht 2021 hat die HETA beim Verkauf der Hypo-Vermögenswerte 11,4 Milliarden Euro Erlöst. Rund 10,6 Milliarden Euro hat sie bisher an die Gläubiger ausgeschüttet.

Wie der ehemalige Vorstand der HETA Dr. Tscherteu dem Ausschuss erläuterte, finden Ausschüttungen im Wesentlichen an zwei Gläubigern statt: den KAF und die Bayrische Landesbank, der ehemaligen Eigentümerin der Hypo Alpe-Adria AG.

**Tscherteu** wörtlich: „Von 1 Euro gehen circa 80 Cent an den KAF und 20 Cent an die Bayern.“<sup>58</sup>

Die Geldflüsse der HETA an die Bayern spielen daher eine ganz wesentliche Rolle. Wären die Ansprüche der Bayern geringer, bekäme der KAF beziehungsweise das Land mehr. Die HETA zahlt ihnen von ihren Verwertungserlösen bis zu ihrer Liquidierung 20 Prozent aus.

Tatsächlich erhielten die Bayern bisher bereits 1,8 Mrd. Euro. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem von der österreichischen Bundesregierung 2015 fix zugesagten Betrag von 1,23 Mrd. € und weiteren rund 600 Mio. €. Diese entsprechen der von der HETA ausbezahlten Recovery von 86,2 % minus eines Betrages von 250 Mio. €.

Einem Protokoll des Bayrischen Landtages vom 12.12.2018 ist zweierlei zu entnehmen:<sup>59</sup>

1. Bayrische Politiker betrachteten es als Meisterleistung, dass ihnen die Republik Österreich 2015 einen Betrag von 1,23 Milliarden Euro zugesichert hat.
2. Als zusätzlichen nicht erwarteten Erfolg verbuchen die Bayern, dass sie auf Basis eines Vertrages vom 19.12.2018 von der HETA zusätzlich bis zu einer Milliarde abzüglich eines Abschlages von 250 Millionen Euro bekommen.

Genössen sie diese privilegierte Gläubigerposition nicht, hätte die Chance bestanden, dass zusätzliche Beträge dem KAF zufließen und sich der Haftungsbeitrag des Landes Kärnten entsprechend reduziert.

**Zwei Verträge, die der Bund mit den Bayern im Zusammenhang mit Klagen- und Widerklagen zwischen den Bayern gegen die Republik bzw. die HETA vor einem Gericht in Bayern geschlossen hat, sind daher aus Sicht Kärntens von größter Bedeutung.**

Es ging dabei um die Frage, ob 2,4 Milliarden Euro, welche die Bayern von 2007 bis 2009 als Mehrheitseigentümer in die Hypo gesteckt haben, als Darlehen zu werten sind, welche die HETA als Rechtsnachfolger der Hypo zurückzahlen muss oder ob es sich um Eigenmittel der Bayern handelte, die wegen der Notlage der Hypo gemäß Eigenkapitalersatzgesetz in der HETA bleiben müssen.

In erster Instanz haben die Bayern gewonnen. Diese für Österreich und Kärnten negative erstinstanzliche Entscheidung führte dazu, dass der damalige Finanzminister Schelling 2015 einen ersten Vertrag mit den Bayern abschloss.

Für Kärnten als Hypo-Haftungsträger hatte diese Vereinbarung von 2015 eine gravierende Auswirkung, die im Zuge der späteren Verwertung der Hypo deutlich zutage trat. Der Bund sicherte nämlich den Bayern zu, dass sie bei der Aufteilung der Verkaufserlöse denselben

---

<sup>58</sup> Befragung von Mag. Alexander Tscherteu, 13. Juli 2022

<sup>59</sup> Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayrischen Landtages, das am 9. September 2021 mit teilweise geschwärzten Passagen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde

Rang einnehmen wie die Haftungsgläubiger des Landes. Ein weiterer großer Gläubiger bekam damit denselben Zugriff auf die HETA-Verkaufserlöse wie die Inhaber der landesbehafteten Hypo-Schuldtitel.

Doch ungeachtet dieses Vertrages lief in München ein Prozess zwischen den Bayern auf der einen und der Republik bzw. HETA auf der anderen Seite weiter.

Dass drei Jahre später zum Jahreswechsel 2018/2019 ein weiterer Vergleich mit den Bayern notwendig wurde, war diesem weitergelaufenen Prozess geschuldet. Das Bayerische Obergericht hob nämlich im Sommer 2018 das Urteil des bayrischen Erstgerichtes auf und wies darauf hin, dass dieses Gericht die erste für die HETA negative Entscheidung nicht treffen hätte dürfen. Die Aussichten, der HETA nachträglich Hypo-Milliarden zu bekommen, stiegen damit.

Das sahen auch die Verantwortlichen in Bayern so, wie dem bereits erwähnten Protokoll des Bayerischen Landtages vom 12.12.2018 zu entnehmen ist. Die Bayern fürchteten die Anwendung des Eigenkapitalersatzgesetzes. Dieses regelt, dass Geldzuführungen eines Eigentümers nicht zurückzuzahlen sind, wenn das Unternehmen in wirtschaftliche Not gerät.

Dass die Bayern diese Gefahr für sie schon seit 2009 sahen, berichtete Dr. Tilo Berlin dem Ausschuss.

**Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:** *Ich habe das hochinteressante Protokoll der Klausursitzung der Bayerischen Landesbank vom 28. November 2009 mitgebracht, also, letzte Sitzung vor der Notverstaatlichung, in der die Bayerische Landesbank ihr eigenes Risiko berechnet und diesen 5 Milliarden-Kredit als nicht rückführbar in ihre Risikoposition miteinrechnet.*<sup>60</sup>

**Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:** *Es gibt das Eigenkapitalersatzgesetz. Das heißt, grob gesagt, dass ein Eigentümer, der seinem eigenen Unternehmen Mehrheitseigentümerkredite gewährt in der Krise, mit diesen Krediten nachrangig gestellt ist oder eigenkapitalähnlich. Also, Sie stehen nicht in der ersten Reihe wie erstrangige Kredite, sondern wie nachrangige und werden in der Krise als Letzte bedient. Das ist das, was ich versuche zu sagen. Das war der Haftungspuffer, der Sicherheitspolster, von dem ich gesprochen habe, von 5 Milliarden Euro. Den hätten die Bayern nach eigenem Bekunden gar nicht rausgekliegt.*

**Schlussfolgerung:** Die Bayern befürchteten im schlimmsten Fall sogar eine Rückzahlung von 6 Milliarden Euro, wenn alle ihre Darlehen an die damalige Hypo als eigenkapitalersetzend gewertet worden wären. Sie waren froh, dass sie diesen Worst Case durch eine vergleichsweise geringe Abschlagszahlung von 250 Millionen Euro abwenden konnten.

Diese Feststellung des Ausschusses gründet sich auf die Aussagen, die bei einer Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayrischen Landtages am 12. Dezember 2018 getroffen wurden.

*Staatsminister Albert Füracker berichtet, nach langem Hin und Her habe er sich 2018 entschlossen, einen weiter gehenden Vergleich zwischen HETA und der Bayerischen Landesbank anzuregen. Dieser Vergleich liege nun vor. Er würde dazu führen, dass sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen der Bayerischen Landesbank und der HETA beendet würden.*

---

<sup>60</sup> Befragung von Dr. Tilo Berlin am 14. September 2022, Seite 10, Seite 26

*Würden die Rechtsstreitigkeiten andauern, könnten sie sich jahrelang hinziehen und bei einer Niederlage im schlimmsten Fall über 6 Milliarden Euro Schaden für die Bayerische Landesbank verursachen.* <sup>61</sup>

Angeichts dieser Ausgangslage läge die Vermutung nahe, dass die Kärntner Landesregierung größtes Interesse daran gehabt hat, welche Handlungen der Bund im Zusammenhang mit den Bayern setzt und welche Auswirkungen diese für Kärnten haben.

**Tatsächlich stellte sich vor dem U-Ausschuss heraus, dass die beiden Verträge des Bundes mit den Bayern in der Hypo/HETA-Causa zu keiner Reaktion des Landes Kärnten geführt haben.**

Vertreter der Landesregierung erweckten vor dem Ausschuss sogar den Eindruck, dass sie über den zweiten Vertrag nicht die geringste Information hatten. Sowohl LH Peter Kaiser als auch LH-Stv Schaunig erklärten vor dem Ausschuss, dass sie von diesem zweiten Vergleich mit den Bayern gar nichts wüssten.

Für Schaunig war nur entscheidend, dass das Risiko für Kärnten mit 1,2 Mrd. € begrenzt war. Ein mögliches Potential, dass sich dieser Betrag durch neue rechtliche Entwicklungen reduzieren könnte, stand für sie nicht im Fokus.

Seitens des Bundes gab es auch keine Bereitschaft, die Landesvertreter zu informieren, obwohl das Land Kärnten potenziell massiv betroffen war

Es fällt auf, dass offenbar auch die HETA es nicht für notwendig erachtete, die Verantwortlichen des Landes über die vergleichsweise Einigung mit den Bayern zum Jahreswechsel 2018/2019 zu informieren. Dies ist deshalb erstaunlich, weil dieser Vergleich von außerordentlicher Bedeutung für den aktuellen Hauptgläubiger der HETA, den KAF ist. Die Ausschüttungen an den KAF vermindern sich um jene Teile, welche den Bayern am 18.12.2018 zugesichert worden sind.

## **16 Ausschuss erhielt keine Auskünfte**

Der U-Ausschuss stieß beim Versuch, die Auswirkungen dieses Vertrages auf Kärnten zu beleuchten, an unüberwindbare Grenzen. Bis auf das Protokoll des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayrischen Landtag vom 12.12.2018 gibt es keine schriftlichen Unterlagen, weder vom Land noch vom Bund. Da zwischen den Vertretern und des Bundes und der Bayern ein umfassendes Geheimhaltungsabkommen über die Details des Vergleiches vom 19.12.2018 vereinbart worden war, war es dem Ausschuss auch nicht möglich, Antworten von Auskunftspersonen zu erhalten. Insbesondere der damalige politische Verantwortungsträger, Ex-Finanzminister Hartwig Löger, weigerte sich, nur eine Frage zu diesem Sachverhalt zu beantworten.

Mit zwei Begründungen: 1. Es handle sich um Sachverhalte, die nur den Bund beträfen und damit der Zuständigkeit eines Untersuchungsausschusses des Kärntner Landtages entzogen wären.

2. Es gebe ein Geheimhaltungsabkommen mit den Bayern.

---

<sup>61</sup> Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayrischen Landtages am 12.12.2018, Seite 5

So erklärte Ex-Finanzminister Hartwig Löger vor dem U-Ausschuss:

**Auskunftsperson Hartwig Löger:** *Der Freistaat Bayern hat noch eine Forderung in der Form eingeklagt gehabt, das ist noch aus der Zeit meines Vorgängers Hans-Jörg Schelling offengeblieben, das war das Thema, wo ich konzentriert auch mit dem damaligen Finanzminister Albert Füracker, dem bayerischen Finanzminister, auch auf meiner Ebene Verhandlungen über einen Vergleich geführt habe, die aber – und das vielleicht auch angeführt – nicht öffentlich und auch im Sinne einer Vertraulichkeits- und Verschwiegenheitsbasis in einem Vergleich geendet haben. Das war aber, ohne in irgendeiner Form das Thema in Verbindung auch mit dem Land Kärnten zu berühren.<sup>62</sup>*

Die Kärntner Landesregierung will keine Kenntnisse über den Vergleich vom 19.12.2018 bekommen haben, wie die Befragung von LH Peter Kaiser in der 42. Sitzung des U-Ausschusses am 30.9.2022 ergab.

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ich weiß, dass die Republik Österreich diese Prozesse mit den Bayern geführt hat und ich gehe davon aus, dass alle Interessen, die Österreich betreffen, somit auch jene des Bundeslandes Kärnten dort auch entsprechend wahrgenommen werden und wenn es Notwendigkeiten gibt, wir auch einen diesbezüglichen Hinweis bekommen hätten. Davon muss ich ausgehen.*

*Mit der Verstaatlichung ist diese Verantwortlichkeit an den Bund übergegangen.*

*Ich gehe davon aus, dass der Bund in einer Sorgfältigkeit all das geprüft hat, weil das Interesse ein gemeinsames ist.*

**Abg. Staudacher:** *Waren Sie eigentlich darüber informiert, dass der damalige Finanzminister Löger 2018 Gespräche über einen neuen Vergleich mit den Bayern führte?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ist mir jetzt aus heutiger Sicht nicht Erinnerung, ich schließe aber nicht aus, dass das in irgendeiner der Besprechungen auf der Beamten- und Juristenebene gefallen ist. Aber Sie können verstehen, dass die direkten Gespräche nicht zwischen Finanzminister – ich informiere dich, dass ich das und das mache – erfolgen. Das ist, glaube ich, nirgendwo so üblich.*

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstehe, war es so: Für Sie war die Sache mit den 1,2 Milliarden Euro erledigt? Es gab auch keinen besonderen Fokus aufgrund der nachfolgenden Entwicklungen der HETA, teilweise hier auf Besserungen zu achten?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Wir haben damals einen Fixbetrag, den nicht wir verhandelt haben, sondern der auf Basis einer wirtschaftlichen Feststellung von zwei unabhängigen Experten erfolgte, den Haftungsbeitrag, den das Land leisten kann, von 1,2 Milliarden Euro festgelegt gehabt. Das war ein Fixbetrag, der als nicht verhandelbar galt.*  
<sup>63</sup>

Finanzreferentin LH-Stv. Gabriele Schaunig-Kandut weigerte sich bei ihrer Befragung am 28.9.2022 die Frage zu beantworten, ob sie über den zweiten Vergleich zwischen der Republik und den Bayern vom 19.12.2022 zeitnah informiert war.

---

<sup>62</sup> Befragung von Hartwig Löger am 7. September 2022

<sup>63</sup> Befragung von Dr. Peter Kaiser am 30. September 2022

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Wenn es nicht bekannt war, hat man vermutlich nicht reagiert. Die Frage ist: War das zum damaligen Zeitpunkt bekannt oder nicht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Alles, was sozusagen die Recovery erhöht, ist für uns vorteilhaft.*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Das mag sein, aber die Frage war, ob das dem Land Kärnten bekannt war?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Aber das ist keine relevante Frage.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Frage sozusagen, was Kärnten beiträgt, ist mit dem § 2a FinStaG fixiert worden.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das war bereits nach der Lösung und des fixierten Haftungsbeitrages für Kärnten.*

**Abg. Staudacher:** *Wie haben Sie eigentlich darauf reagiert? Haben Sie das einfach zur Kenntnis genommen oder haben Sie da Gespräche gesucht auf Basis dieses Urteiles, was ja nicht unwesentlich für unser Land ist und auch nicht für die Republik Österreich? Da geht es um viel Geld!*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Noch einmal: Kärntens Betrag war fixiert und damit gegen die Risiken auch abgesichert.*

**Vors. KO Darmann:** *Keine Gespräche?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Wir haben einen fixierten Haftungsbeitrag erreicht.*

## **17 Vergleich mit den Bayern 2015 und seine Folgen für Kärnten**

Keine Maßnahmen ergriff die Landesregierung, als Finanzminister Schelling im Jahr 2015 einen ersten Vergleich mit den Bayern schloss. Im Bericht des Budgetdienstes zum Bundesgesetz über diesen Generalvergleich mit den Bayern vom 05. Oktober 2015 heißt es: „Forderungen der BayernLB gegen die HETA werden als nicht nachrangige unbesicherte Forderungen qualifiziert und im gleichen Rang und in gleicher Weise mit allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern an einer Abwicklung der HETA teilnehmen.“

Am 02.12.2015 erklärte Dipl.-Ing. Perner vom Finanzministerium im Finanzausschuss des Kärntner Landtages, dass dies einen Eingriff in die Gläubiger-Stellung der Bayern im Verhältnis der anderen Gläubiger darstellt. Den Bayern wurde, vereinfacht gesagt, derselbe Status wie den vorrangigen Haftungsgläubigern von Kärnten eingeräumt. Überdies sagte der Bund den Bayern eine Zahlung von 1,23 Mrd. Euro zu, die später aus den Rückflüssen der HETA refinanziert werden konnten.

**Abg. Staudacher:** *Frau Dr. Schaunig, wie wurden Sie eigentlich darüber informiert, dass der Bund beim ersten Vertrag 2015 den Bayern zusätzlich zu einer Zahlung von 1,23 Milliarden Euro eine Stellung als Vorranggläubiger der HETA eingeräumt hat? Den Bayern wurde damit eine Besserung, eine vorrangige Beteiligung an der HETA-Verwertung zugebilligt.*

*Offensichtlich wären die Bayern sonst nur Nachranggläubiger gewesen. Wie haben denn Sie darauf eigentlich reagiert?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Sagen Sie mir noch einmal das Datum!*

**Abg. Staudacher:** *2015, also, beim ersten Vertrag 2015.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Da bitte ich, Vertreter oder die Vertreterinnen des Bundes dazu zu befragen!*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Für Kärnten waren diese Fragen auch aufgrund dessen, dass für uns von Anfang an vollkommen klar war, dass wir unseren Haftungsbeitrag fixieren, nicht relevant. Das maximale Risiko für Kärnten ist festgelegt worden. Das war einer der Kernpunkte, warum es am Anfang auch so lange gedauert hat, mit dem Bund zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Das war ja nicht der Wunsch des Bundes, das habe ich schon ausgeführt, sondern auf Wunsch des Landes, maximal, was immer passiert, 1,2 Milliarden Euro. Alles, was Sie jetzt an anderen Risiken skizziert haben, hätte Kärnten nie berührt, weil eben ein Haftungsbeitrag, der in eine Gesetzesform gegossen worden ist, der als rechtlich und wirtschaftlich tragfähige Leistung Kärntens im § 2a FinStaG – ebenfalls häufig zitiert – festgelegt worden ist, das Maximale ist und aufgrund dieser rechtlichen Bestimmungen dieser Betrag errechnet wurde. Das war einer der Hauptpunkte. Deshalb waren für Kärnten viele andere Dinge, die der Bund für uns gelöst hat und der Bund das Risiko getragen hat, sprich, alle anderen österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, nicht von Relevanz. Das hat nie etwas und hätte nie etwas an der Höhe des Haftungsbeitrages des Landes Kärnten verändert. Das Risiko für diese Bereiche hat ganz Österreich getragen.<sup>64</sup>*

Bayrische Politiker feierten den ihnen 2015 garantierten Zufluss von 1,23 Mrd. € als großen Erfolg.

**Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen im Bayrischen Landtag:** *Der Freistaat Bayern habe damals eine Garantie über 1,23 Milliarden Euro aus Österreich bekommen. Dies sei eine Meisterleistung des Finanzministers Dr. Söder und von Herrn Abg. Weidenbusch gewesen.*

*Die Alternative zu einem Vergleich wäre jahrelange prozessuale Auseinandersetzungen mit dem Risiko, im schlimmsten Fall über 6 Milliarden Euro zu verlieren. Daher werde der Haushaltsausschuss gebeten, der Staatsregierung das Plazet für den Vergleich zu geben.<sup>65</sup>*

Dass die Bayern zusätzlich zu den 1,23 Milliarden noch rund 700 Millionen aus dem HETA-Recovery dazu bekommen, wurde im Ausschuss des Bayrischen Landtages so kommentiert:

*Die HETA-Abwicklung sei sehr erfolgreich verlaufen. Die Bayerische Landesbank rechne inzwischen mit einer Verwertungsquote von 81 % von 2,4 Milliarden Euro. Früher sei die Bayerische Landesbank davon ausgegangen, sie werde nur einen Bruchteil der 2,4 Milliarden Euro bekommen. Aufgrund der erfolgreichen Verwertung der HETA gehe die Bayerische*

---

<sup>64</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022, Seite 15-16

<sup>65</sup> Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayrischen des Bayrischen Landtages am 12.12.2018, Seite 6

*Landesbank mittlerweile davon aus, dass sie 81 % der 2,4 Milliarden Euro erhalten werde. Ein Teil davon sei schon erwirtschaftet.*

*Seite 22: Abg. Ernst Weidenbusch (CSU) weist darauf hin, dass man 2015 noch von einer Verwertungsquote von 54 % ausgegangen sei. Diese Quote sei bei solchen Verfahren realistisch. In den vergangenen drei Jahren hätten die Beteiligten vielfältige Möglichkeiten genutzt, um die Quote auf 81 % zu erhöhen. Man bekomme nun 500 Millionen Euro mehr, als man 2015 gedacht habe. Dass man sich 6 Milliarden Euro an Eventualverbindlichkeiten entledigen könne, sei zwar zu begrüßen; aber die Kernbotschaft der aktuellen Sitzung laute, dass man 500 Millionen Euro mehr bekomme als gedacht.*<sup>66</sup>

Die bayrische Regierungspartei CSU drückte ihre Freude, dass sie von der HETA-Verwertung weit mehr bekommt als sie erhofft hatte, aus.

**LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut sah das vor dem U-Ausschuss anders:** *Wenn es diese Einigung des Bundes (2015) mit den Bayern nicht gegeben hätte, dann wäre ein Urteil am Landesgericht München schlagend geworden gegen die Holding (Landesholding) und damit gegen das Land, weil das Land ja für die Kärntner Landesholding im vollen Umfang haftet. Wenn dieses Urteil gefällt worden wäre ohne diese Vergleiche, die geschlossen worden sind, hätte das bedeutet, dass mit diesem Tag die Holding und in weiterer Folge das Land Kärnten insolvent geworden wären. Das heißt, es war essentiell für Kärnten, dass eine Bereinigung der Forderung mit Bayern – und da wirklich unter großem Einsatz des damaligen Finanzministers Hans-Jörg Schelling – auf die Wege gebracht worden ist, essentiell für die weitere Vorgangsweise. Hätte es diese Bereinigung nicht gegeben, könnten wir heute nicht erfreulicherweise davon sprechen, dass diese Haftungsproblematik für Kärnten bereinigt ist.*<sup>67</sup>

Wie groß die Gefahr dieser Klage der Bayern gegen die Landesholding war, darüber gibt es aber unterschiedliche Meinungen.

Die Landesregierung und die Landesolding haben den Rechtsexperten Prof. Dr. Potacs gleich zweimal beauftragt, zu diesem Thema ein Gutachten zu erstellen. In beiden Expertisen kommt der Universitätsprofessor zu dem Ergebnis, dass eine etwaige Haftung der Landesholding für die Bayern-Gelder an die Hypo als EU-rechtswidrige Beihilfe einzustufen sei und demnach vor keinem europäischen Gericht zur Anwendung hätte kommen dürfen.

Immerhin floss das Geld der Bayern erst ab April 2007 in die Hypo, als Landeshaftungen für die Banken von der EU längst untersagt waren. Potacs bestätigte diese seine Rechtsmeinung vor dem U-Ausschuss.

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe: Es bestand Ihrer Fachmeinung nach keine Haftung der Kärntner Landesholding für diese von den Bayern eingeforderte Summe? Ist das richtig?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. DDr. Michael Potacs:** *Ja, das habe ich geschrieben und das ist noch immer meine Meinung.*<sup>68</sup>

---

<sup>66</sup> Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayrischen Landtages am 12.12.2018, Seite 7

<sup>67</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022

<sup>68</sup> Befragung von DDr. Potacs am 15. Juni 2022



Aufgrund des Vergleichs zwischen der Republik und den Bayern 2015 war Kärnten als Haftungsträger für nicht nachrangige Hypo-Anleihegläubiger mit einer Schuldsomme von 10,9 Mrd. zusätzlich mit einem weiteren nicht nachrangigen Gläubiger von 2,4 Mrd. € konfrontiert. Die Risikosumme des Landes für nicht nachrangige Gläubiger erhöhte sich de facto auf über 13 Mrd. €.

**Der Ausschuss stellte fest, dass die Landesregierung dies tatenlos hinnahm. Obwohl das Land in der Hypo/HETA-Causa notgedrungen viele Rechtsgutachten in Auftrag gegeben hat, geschah im Zusammenhang mit dem Vergleich zwischen der Republik und den Bayern nichts dergleichen.**

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, Frau Schaunig, es fließen 2 Milliarden Euro weg und das Land klärt nicht ab, ob dieser Abfluss rechtens ist?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das Risiko ist nicht beim Land. Wir haben aufgrund des § 2a FinStaG einen fixierten Betrag.*

**Abg. Staudacher:** *Noch einmal: Jetzt fließen 2 Milliarden Euro weg, das haben wir ja da auf Basis der Befragungen und der Unterlagen und das Land klärt nicht ab, ob dieser Abfluss rechtens und vermeidbar ist? Wir reden von 2 Milliarden Euro, Frau Dr. Schaunig!*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das ändert nie etwas an dem Risiko, das Kärnten in der Gesamtvereinbarung zu tragen hat.*

In der Regierungssitzung am 14. Juli 2015 war Schaunig noch anderer Meinung. Damals war ihr offenbar klar, dass jede Einigung, die der Bund mit den Bayern trifft, nachteilig für Kärnten sein kann: Wörtlich sagte sie laut Protokoll, „*dass alle Handlungen des Bundes, die zu einer Schmälerung der Vermögensmasse der Heta führen können, für künftige Ansprüche erfasst werden.*“<sup>69</sup>

**Abg. Staudacher:** *Ist es richtig, dass Sie im Juli 2015 davon ausgegangen sind, dass die Einigung des Bundes mit den Bayern zu Lasten Kärntens gehen können?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das kann ich Ihnen heute nicht sagen.*<sup>70</sup>

Der Ausschuss versuchte mit der Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek näher zu klären, was der vom Bund vorgenommene Eingriff in die Gläubigerstellung der Bayern bedeutet hat.

**Abg. Staudacher:** *Kann man davon ausgehen, Herr Doktor, dass ohne diese Aufwertung der Gläubiger-Stellung die Bayern nur als nachrangige Gläubiger mit einer entsprechend geringeren Quote an der Verwertung teilnehmen hätten dürfen?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Was ich vorwies, ich habe die Frage der Stellung der Bayern und ihren Rang in einem allfälligen Insolvenzverfahren nicht näher untersucht. Was ich mich erinnere, war damals mein Eindruck, dass es eigentlich Nachrangverbindlichkeiten wären, noch einmal, ohne das näher untersucht zu haben. Das ist ganz wichtig, um das Gewicht dieser Einschätzung auch offenzulegen. Natürlich ist es Wesen einer Nachrangverbindlichkeit, dass der nachrangige Gläubiger erst zum Zug kommt,*

---

<sup>69</sup> Protokoll der Regierungssitzung vom 14. Juli 2015

<sup>70</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022, Seite 12

*nachdem die anderen Gläubiger im normalen Rang befriedigt wurden. Das kann man sagen, das ergibt sich aus dem Begriff der Nachrangigkeit. Frage: Ist ein Rechtsträger überschuldet oder nicht? Es gibt aber auch andere Arten von Nachrangigkeit. Was Nachrangigkeit konkret heißt, ergibt sich sehr oft erst aus der Vereinbarung. Was heißt Nachrangigkeit auch im Fall einer freiwilligen Abwicklung? Das heißt, da wären vielfältige Fragen zu klären, die ich da nicht aus der Hüfte so beantworten kann. Aber noch einmal: Es ist zwar vielleicht überraschend und selten, aber nicht singulär, dass nachrangige Gläubiger auch etwas bekommen. Im konkreten Fall erscheint es mir, ohne in die Verhandlungen eingebunden gewesen zu sein, nicht unplausibel, dass im Rahmen einer Verhandlungslösung, und letztlich war es das ja, so etwas herauskommt.*

**Abg. Staudacher:** *Die Bayern wären aber als Nachrangige geschnitten worden, oder?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Zunächst einmal, es ist eine Entscheidung des Bundes, die ich nicht getroffen habe, auch nicht vorbereitet habe und auch nicht beratend dabei tätig war. Das heißt, das wurde so entschieden und das muss man zunächst einmal zur Kenntnis nehmen. Auf den ersten Blick, vielleicht auch auf den zweiten Blick ist das überraschend, es ist aber nicht völlig ausgeschlossen, auch in anderen Fällen, dass nachrangige Gläubiger trotzdem bedient werden. Das ist letztlich das Ergebnis einer Verhandlungslösung dann in anderen Fällen, die ich kenne. Das ist nicht so, dass das vom Gesetz zwingend so wäre. Aber nach der von Ihnen zitierten Regelung wurden die eben dann als nicht nachrangige Gläubiger eingestuft und partizipieren damit genauso, wie alle anderen Gläubiger.*

**Abg. Staudacher:** *Nachrangige haben bei der HETA-Lösung andere Ansprüche, also, kleinere?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Ja, sie haben geringere Ansprüche, aber sie haben Ansprüche.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Doktor, Kärnten war ja nicht in die Verhandlungen zwischen Bund und Bayern eingebunden. Kann man von einem Vertrag zu Lasten eines Dritten, in diesem Fall von Kärnten, sprechen?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Ich glaube, nicht im Rechtssinne. Als politische Einschätzung ist das eine politische Frage, im Rechtssinne, glaube ich, nicht, weil es letztlich um ein Gesamtpaket geht, wo sehr viele Mittel auch vom Bund geflossen sind, um Haftungen auch des Landes abzudecken, deswegen würde ich das nicht sagen. Ich glaube nicht, dass es angemessen ist, einen Teilaspekt hier herauszugreifen und jetzt von einem Vertrag zu Lasten Kärntens zu sprechen. Letztlich müsste man fragen: Was wäre realistisch gewesen vielleicht als Alternativszenario? Das ist aber sehr kompliziert, weil man da auch die damalige Verhandlungssituation und die Stimmung aller Beteiligten berücksichtigen muss. Das ist sehr schwer im Nachhinein zu beurteilen und schon überhaupt nicht zu beurteilen mit den Informationen, die mir jetzt vorliegen.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Doktor, das Land hat ja Sie zu mehreren Rechtsfragen mit Gutachten beauftragt.*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Ja.*

**Abg. Staudacher:** *War darunter auch ein Auftrag, zu analysieren, welche Auswirkungen diese Besserstellung des Hypo-Gläubigers Bayern auf den Haftungsträger Kärnten hatte?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Ich glaube, jetzt aus der Erinnerung, nicht. Ich kann mich natürlich an das große Gutachten erinnern, das in mehreren Tranchen, weil sich dann im Zuge der Bearbeitung mehrere Fragen ergeben haben, erstellt wurde. Es gab das von Ihnen angesprochene Gutachten. Es gab ein weiteres Gutachten, wo es eigentlich nicht um die Hypo Alpe-Adria ging, sondern um ein Beihilfenthema. Die von Ihnen jetzt genannte Frage wäre mir jetzt nicht Erinnerung, dass der Gegenstand eines Gutachtens war.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Doktor, wäre es nicht gescheit gewesen, darüber eine Analyse zu erstellen und dies in die Verhandlungen miteinfließen zu lassen?*

**Auskunftsperson Univ.-Prof. Dr. Georg Kodek:** *Natürlich hätte man das gutachterlich untersuchen können.*<sup>71</sup>

Abg. Staudacher fragte Mag. Alfred Lejsek, der als Leiter der Gruppe Finanzmärkte im Finanzministerium jahrelang mit der Hypo/HETA befasst war, ob er wisse, warum das Land Kärnten nie in die Verhandlungen zwischen der Republik und den Bayern eingebunden war:

**Auskunftsperson Mag. Alfred Lejsek:** *Nein, das ist natürlich eine essentielle Frage, was das Vermögen der HETA und damit indirekt natürlich Kärnten und die Kärntner Landeshaftung betrifft, ja, weil es bei diesem Rechtsstreit um sehr, sehr wesentliche Beträge gegangen ist. Die Forderungen der Bayern selber waren nicht landesbehaftet. Es wäre eine indirekte Wirkung gewesen, dass die Quote der HETA wesentlich besser gewesen wäre und damit das Land Kärnten indirekt entlastet. Aber die Aussichten – und ich glaube, auch da gibt es Gutachten – in diesem Prozess in Deutschland zu gewinnen, waren sehr gering. Ich glaube, es gibt auch eine Darstellung einer deutschen Anwaltskanzlei, die mit dem Verfahren wenig zu tun hat, dass die Chancen sehr, sehr gering sind und insoweit ein Engagement, ein Generalvergleich mit Bayern hier vorteilhaft.*

*Die Verhandlungen mit den Bayern sind, glaube ich, ganz bewusst auf der politischen Ebene geführt worden zum Generalvergleich.*

**Vors. KO Darmann:** *War es Ihnen zum damaligen Zeitpunkt bekannt, dass der Herr Mendel (Berater der Republik in den Verhandlungen mit den Bayern) in den unterschiedlichsten Funktionen, in welchem Auftragsverhältnis auch immer, mit der Republik Österreich mit dabei war bei diesen Gesprächen, dass der Herr Dipl.-Kfm. Mendel laut dem deutschen „Manager Magazin“ vom November 2013 gehandelt wurde als neuer Vorstand der Bayerischen Landesbank? Das heißt, jenes Bankenunternehmens, mit dem die Republik Österreich nicht nur Verfahren geführt hat gerichtlicher Natur, versucht hat, sich dort auch zu finden, schlussendlich auch einen Vorrang für die Bayern eingeräumt hat, der alle anderen Vorranggläubiger, Nachranggläubiger und am Schluss den Haftungsträger Kärnten benachteiligt hat, dass der dort hätte Vorstand werden sollen bei der Bayerischen Landesbank?*

**Auskunftsperson Mag. Alfred Lejsek:** *Das ist mir nicht bekannt, nein. Ich weiß auch nicht, wer das ins Gespräch gebracht haben könnte.*<sup>72</sup>

Es fällt auf, dass die Verhandlungen zwischen Bund und Bayern auf höchster politischer Ebene unter größter Geheimhaltung und unter Ausschaltung von Kärnten geführt worden sind,

---

<sup>71</sup> Befragung von Univ. Prof. Dr. Kodek am 22. Juni 2022

<sup>72</sup> Befragung von Mag. Alfred Lejsek am 29. Juni 2022

obwohl ihnen Rechtstreitigkeiten von Banken– der HETA und der Bayerischen Landesbank zugrunde lagen.

Diese Merkwürdigkeit betonte auch die **Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:**

*Tatsache ist, dass permanent Geschäfte zwischen Bund und Bayern gemacht wurden. So hat ja diese Notverstaatlichung angefangen, unter Ausschluss von anderen Gesellschaftern. Also, die GRAWE fühlte sich nicht informiert. Das Land Kärnten fühlte sich nicht informiert. Das geben auch die Protokolle vor der Notverstaatlichung her. Und das zieht sich durch. Es ist eine Gesprächs- und Verhandlungssache Republik Österreich - Bayern, aber ohne, dass Kärnten am Tisch sitzt. Das ist etwas, was man natürlich hinterfragen muss.*

**Berlin weiter:** *Wenn Kärnten am Ende einen Beitrag leisten muss von, ich nehme an, 1,2 Milliarden Euro und Bayern von dem überraschend guten Abwicklungsergebnis profitiert, dann verstehe ich auch, dass Kärnten es sich zur Pflicht macht, nochmals zu prüfen, wie es dazu kommen konnte und ob da noch etwas zu holen ist oder wie gegebenenfalls noch etwas zu holen wäre.*

Dr. Berlin erläuterte dem Ausschuss, dass die Bayern bei ihrem Eintritt in die Hypo Alpe-Adria der Kärntner Bank einen Rahmenkredit von 5 Milliarden Euro (im Rahmen eines Master Loan-Agreements) mit folgenden Wirkungen eingeräumt haben:

**Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:** *Das heißt, neben dem Eigenkapitalpolster, das geschaffen wurde, wurde ein zusätzliches Sicherheitspolster geschaffen, und zwar in Milliardenhöhe, das als Risikopuffer diente gegen eine Inanspruchnahme Kärntens aus den noch offenen Ausfallsbürgschaften. Die Kredite der Bayerischen Landesbank hatten ein Volumen von in etwa 5 Milliarden Euro und damit schlossen sie eine Inanspruchnahme aus diesen Ausfallsbürgschaften in dieser Zeit weitestgehend aus.*

Laut Berlin war es ein Unglück, dass die Vertreter der Republik dieses Master Loan Agreement bei der Verstaatlichung der Hypo Alpe-Adria 2009 gar nicht gelesen haben.

**Auskunftsperson Dr. Tilo Berlin:** *Der BayernLB war jedenfalls bewusst, dass der von ihr konstruierte Schutzschirm für die Hypo, also, das Master Loan Agreement, voll schlagend wird und dass das abgerufene Geld in diesem Fall im Zuge der Bankenkrise in Eigenkapital umzuwandeln ist.*

*Ich würde sagen, die Probleme dieser Notverstaatlichung, gerade wenn Sie das Master Loan Agreement verstehen, wenn Sie den Sicherheitspolster, der damit verbunden war, verstehen, wenn Sie die eklatanten Fehler verstehen, die die Republik gemacht hat, indem sie erst drei Jahre später draufgekommen ist, dass dieser Sicherheitspolster existiert und sie das dann auch noch eingeklagt haben, wenn Sie das alles verstehen, dann ist völlig unverständlich, warum Kärnten sich daran beteiligen soll.*

Aus der Sicht von Berlin wäre den Bayern jedenfalls kein begünstigter Status als nicht nachrangiger Gläubiger zugestanden:

*Es gibt dieses, das ist einfach technisch und daher schwer zu erklären, aber es gibt das Eigenkapitalersatzgesetz. Das heißt, grob gesagt, dass ein Eigentümer, der seinem eigenen Unternehmen Mehrheitseigentümerkredite gewährt in der Krise, mit diesen Krediten*

*nachrangig gestellt ist oder eigenkapitalähnlich. Also, Sie stehen nicht in der ersten Reihe wie erstrangige Kredite, sondern wie nachrangige und werden in der Krise als Letzte bedient.*<sup>73</sup>

## 18 Land Kärnten verzichtete auf alle Regressansprüche

Der Verfassungsdienst des Landes wies am 3. Oktober 2015 in einer Stellungnahme zum damals geplanten Banken Sanierungs- und Abwicklungsgesetz (BASAG) (01-VD-BG-8889/6-2015) auf mögliche Regressansprüche des Landes als Ausfallsbürge für die Hypo gegen die Aktiengesellschaft hin. *Die Haftung des Landes Kärnten als Ausfallsbürge gemäß § 1356 ABGB könne im Fall der Zahlungsunfähigkeit der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG oder ihrer Gesamtrechtsnachfolger nur dann aufrecht bestehen bleiben, wenn dem Land im Falle seiner Inanspruchnahme aus der Ausfallsbürgschaft neben dem Recht auf Ersatz der bezahlten Schuld (§ 1358 ABGB) auch das Recht eingeräumt wird, von der Aktiengesellschaft (ihren Gesamtrechtsnachfolgern) den Ersatz aller im Zusammenhang mit der Einlösung der Haftung entstandenen Kosten, insbesondere auch die vom Land in einem Rechtsstreit mit Gläubigern aufgewendeten Kosten, zu verlangen.*

In diesem Zusammenhang fragte **Abgeordneter Staudacher:**

*Sind eigentlich Regressansprüche an den Bund sichergestellt und in den Verhandlungen auch als Argument verwendet?*

**Auskunftsperson Dr. Schaunig-Kandut:** *Wir haben eine gemeinschaftliche Lösung, wo sowohl der Bund gegen das Land keine Ansprüche stellt, das Land gegen den Bund keine Ansprüche stellt. Das hat eine gemeinsame Lösung so an sich.*<sup>74</sup>

In der Regierungssitzung am 14. Juli 2015 hatte Schaunig noch erklärt, dass alle Handlungen des Bundes, die zu einer Schmälerung der Vermögensmasse der Heta führen können, für künftige Ansprüche erfasst werden.<sup>75</sup>

## 19 Hohe Prämien für Berater des Finanzministeriums

In der Causa Hypo-Verwertung durch die HETA gab es zwei Personen, die Millionenbeträge als Erfolgsbonus für die Verkaufstransaktionen durch die HETA kassieren durften, obwohl sie keinen Einfluss auf diese Veräußerungen nehmen durften.

Bei den Begünstigten handelt es sich um Dkfm. Michael Mendel und DI. Bernhard Perner, welche die wichtigsten Berater von Finanzminister Schelling bei der Vorbereitung und Umsetzung des realisierten zweiten Rückkaufangebotes an die Haftungsgläubiger des Landes Kärnten waren.

Das Finanzministerium entsandte Mendel und Perner als Auskunftspersonen in den Finanzausschuss des Landtages, als es um die Beschlussfassung des ersten gescheiterten und des verwirklichten zweiten Kaufangebotes an die Haftungsgläubiger ging.

---

<sup>73</sup> Befragung von Dr. Tilo Berlin am 4. September 2022

<sup>74</sup> Befragung von Dr. Gabrielle Schaunig-Kandut am 9. Mai 2022

<sup>75</sup> Protokoll der Regierungssitzung vom 14. Juli 2015

Dkfm. Michael Mendel bestätigte vor dem Untersuchungsausschuss den Erhalt einer Prämie von 1,5 Millionen Euro. Diesen Bonus bekam er für seine nur 20 Monate lange Tätigkeit als Geschäftsführer der ABBAG von November 2014 bis Juli 2016.

Mendel übte diese Aufgabe parallel zu seiner Beschäftigung als stv. Generaldirektor- der Abbaubank Immigon AG aus. In dieser Funktion bezog er laut Einkommensbericht des Rechnungshofes 2015/2016 ein jährliches Entgelt von 557.000 €. Zu diesem hohen Bezug, der fast doppelt so hoch ist wie das Einkommen des Bundeskanzlers ist, kommen noch das monatliche Entgelt der ABBAG (bis Juli 2016) und die Millionenprämie.

Einen Bonus, der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jan Krainer bezeichnete ihn im Rechnungshofausschuss des Nationalrates als „absurd hoch“, bekam auch Bernhard Perner. Laut Krainer erhielt Perner eine Erfolgszahlung von über 1 Million Euro, obwohl er erst lange nach dem Moratorium (gemeint ist der von der FMA verfügte Zahlungsstopp der HETA im Jahr 2015) Geschäftsführer der ABBAG geworden sei. Dieser Betrag wurde seiner Meinung nach "zu Unrecht ausbezahlt", da er in seiner Funktion aus rechtlichen Gründen gar keinen Einfluss auf die "Recovery Rate" der HETA haben konnte.<sup>76</sup>

Für den Ausschuss ergibt sich die auffallende Optik, dass vom Finanzministerium eingesetzte Berater in der Hypo-HETA-Causa zusätzlich zu ihren großzügigen Gehältern (Zack-Zack vom 20. Jänner 2022: Schmid-Intimus Perner verdient 600.000 Euro pro Jahr) Millionenprämien bezogen.

Nach den Befragungen mehrerer Auskunftspersonen bleiben Fragen offen, warum die ABBAG Michael Mendel 1,5 Millionen Euro ausgezahlt hat. Vor allem der Zusammenhang zwischen einer konkreten nachvollziehbaren Leistung und der Höhe der Prämien konnte im Ausschuss nicht geklärt werden. Die Höhe orientierte sich an der Quote des HETA-Recovery (Maximalsumme ab 78 % Recovery), ohne dass aber nachvollziehbar ist, welche Leistung die Begünstigten erbracht haben, damit die Schwellenwerte überschritten worden sind.

Finanziert wurden diese Bonuszahlungen zumindest teilweise aus den Rückzahlungen des KAF aus den HETA-Erlösen an die ABBAG. Das Land Kärnten ist daher indirekt von diesen Zahlungen betroffen.

Das Auffallende ist, dass es für jene Mitarbeiter der HETA, welche die Verkäufe über die Bühne bringen, keine Prämien gibt, wohl aber für Mendel und Perner, die zwar im Aufsichtsrat der HETA saßen, sich aber schon aufgrund der Compliance-Regeln von allen Details der Veräußerungsprozesse fernhalten mussten.

Mendel war bis Frühjahr 2022 Vorsitzender des Aufsichtsrates der HETA, aber Einfluss auf die Verkäufe nehmen, geschweige denn irgendwelche konkrete Leistung dafür erbringen, durfte er nicht. Dasselbe gilt für Perner, der bis Frühjahr 2022 Mitglied des Aufsichtsrates der HETA war und dann von Mendel den Vorsitz übernommen hat.

Diesen Schluss kann man aus den Befragungen von Auskunftspersonen ziehen.

So fragte Abg. Staudacher den langjährigen Vorstandssprecher der HETA Mag. Alexander Tscherteu: *Der Aufsichtsratsvorsitzende der HETA, der Herr Mendel, bekam ja von der ABBAG eine Prämie von 1,5 Millionen Euro, weil die HETA in etwa doppelt so viel Erlöst hat, wie 2015 angenommen bzw. geschätzt Dies obwohl Mendel mit den Verkäufen operativ nichts*

---

<sup>76</sup> Parlamentskorrespondenz ots-Aussendung vom 21. Juni 2022

zu tun hatte. Gibt es auch in der HETA Prämien dafür, wenn die Assets zum Mehrwert verkauft werden, als bei der Abwicklung 2015 eingeschätzt?

**Tscherteu:** Nein, gibt es nicht.

**Abg. Staudacher:** Gibt es für niemanden?

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** Auch keine Bonuszahlung.

**Abg. Staudacher:** Das ist konkret auszuschließen?

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** Ja.

Der **Ausschussvorsitzende Mag. Gernot Darmann** hakte nach. Das heißt, es ist zu 100 Prozent auszuschließen – vermutlich ist das eh eine No na-Frage, eine rhetorische – dass der Herr Mendel und der Herr Perner sich in irgendeiner aktiven Rolle bei der Verwertung des HETA-Vermögens eingebracht haben?

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** Sie waren beide im Aufsichtsrat.

Bei der HETA schaut es so aus: Wenn es Veräußerungen über 25 Millionen oder bei Landesgesellschaften oder Ähnliches gegeben hat, dann ist die Geschäftsführung am Ende mit dem Verkaufsprozess in den Aufsichtsrat gegangen und hat gesagt, wir würden dem Aufsichtsrat empfehlen, aus dem Projekt, ich weiß jetzt nicht, Genesis den Bieter „Ironman“, meistens ist das alles sozusagen anonymisiert worden, als Bestbieter zu akzeptieren. Da hat dann der Aufsichtsrat – und der Mendel war jahrelang Aufsichtsratsvorsitzender in der HETA – das natürlich formal beschlossen. Aber die operative Erarbeitung des Verkaufsprozesses ist in der Verantwortung des Vorstandes in der Gesellschaft gewesen.

**Vors. KO Darmann:** Das heißt, wenn ich das richtig verstehe die operative Arbeit, die Vorarbeit, das Fertigmachen des an sich Geschäfts, das vorliegt, um es dann noch genehmigen zu lassen im Aufsichtsrat, ist von anderen Personen im Vorfeld, wenn ich es richtig verstanden habe, aufgrund des Marktumfeldes mühevoll zustande gebracht worden, um schlussendlich dann das absegnen zu lassen im Aufsichtsrat?

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** Na ja, absegnen, der Aufsichtsrat übernimmt damit auch Verantwortung.

**Vors. KO Darmann:** Natürlich, das ist schon klar.

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** So ist der Prozess. Der Aufsichtsrat kontrolliert den Vorstand in seiner Geschäftsführung. Ich muss auch ganz ehrlich sagen, wenn er operativer werden würde, hätte er ein Problem mit dem Vorstand der HETA gehabt.

**Vors. KO Darmann:** Das ohnehin, das ist schon klar. Aber Sie haben jetzt nicht unbedingt, wie ich gerade gehört habe, eine Prämie zu erwarten?

**Auskunftsperson Mag. Alexander Tscherteu:** Nein, aber das habe ich ja gewusst, bevor ich gekommen bin.

**Vors. KO Darmann:** Das ist schon klar und es ist auch gut, dass das klargestellt ist. Nur, der, der die Arbeit gehabt hat, hat keine Prämie und der, der nur eine Unterschrift daruntergesetzt hat, hat am Schluss eine Prämie. Das ist ja für mich auch spannend!<sup>77</sup>

---

<sup>77</sup> Befragung von Mag. Alexander Tscherteu am 13.Juli 2022

Das Duo Michael Mendel und Bernhard Perner, das im Zusammenhang mit der Hypo-HETA in Kärnten mehrmals gemeinsam auftrat, und bei der ABBAG und der Cofag Schlüsselrollen einnahm, hat die Millionenprämie für Mendel unter sich fixiert. Perner unterschrieb für die ABBAG den für Mendel so einträglichen Bonusvertrag und veranlasste 2020 auch die Auszahlung der 1,5 Millionen.

Perner betonte vor dem Ausschuss, dass der Aufsichtsrat der ABBAG ihn dazu beauftragt habe, mit seinem Kollegen Mendel die Prämienzahlung zu vereinbaren und sie auch umzusetzen.

## **20 Ausschuss wurden Unterlagen vorenthalten**

Aus der Sicht Kärntens fällt auf, dass Perner als ABBAG-Geschäftsführer anscheinend kein Problem damit hatte, dass die ABBAG 1,5 Millionen Euro an ihren ehemaligen Geschäftsführer auszahlt, während er mit dem KAF wegen einer Million Euro heftige Meinungsverschiedenheiten austrug. Es ging dabei um die Kosten des gescheiterten ersten Kaufangebots an die Haftungsgläubiger in Höhe von 1,062 Mio €.

Das Land Kärnten nahm den Standpunkt ein, dass der Bund, der dieses Angebot auch lanciert hatte, den Aufwand tragen müsse.

Perner pochte darauf, dass Kärnten zahlen muss.

Letztlich einigte man sich darauf, dass jede Partei, KAF und ABBAG, jeweils die Hälfte übernimmt.

Der Ausschuss hatte nicht die Möglichkeit Perner damit zu konfrontieren, dass er als ABBAG-Geschäftsführer ohne erkennbaren Widerstand 1,5 Millionen Euro an seinen Kollegen Mendel auszahlte, während er gleichzeitig mit dem KAF wegen eines viel geringeren Betrages einen monatelangen Konflikt austrug.

Die Landesregierung hat nämlich den entsprechenden Briefverkehr von Perner mit dem KAF und LH-Stv. Schaunig dem Ausschuss nicht zur Verfügung gestellt.

Diese Unterlagen gelangten dem Ausschuss erst am Ende des Beweisverfahrens zur Kenntnis, nachdem die Auskunftsperson NRAbg. Erwin Angerer die entsprechenden Unterlagen präsentiert hatte.

Offen blieb im Ausschuss, wer die Verantwortung für diese Millionenprämien der Berater des Finanzministeriums trägt.

Perner wies darauf hin, dass die ABBAG Mendel eine Prämie in Aussicht gestellt habe, als dieser im November 2014 die Geschäftsführung der ABBAG übernommen hat.

Der Ausschuss konnte Perner wiederum zu seiner Prämie nicht befragen, weil zum Zeitpunkt seiner Befragung am 13. Mai dem Ausschuss nicht bekannt war, dass er eine solche bezogen hatte.

**Auskunftsperson Dkfm. Mendel:** *Der Bonus war angelegt in meinem Vorstandsvertrag aus dem Jahr 2014, unterzeichnet, glaube ich, Anfang 2015. Im Jahr 2016 wurde es akkordiert, die Bonusvereinbarung unterschrieben mit dem Präsidium und Vorstand der ABBAG Anfang 2017. Ausgezahlt wurde der Bonus im Januar 2020, weil ich immer Wert darauf gelegt habe,*



*dass dieser Bonus dann gezahlt wird, wenn auch die Recovery oder wenn die Mittel auch beim Bund eingegangen sind und nicht nur buchhalterisch dargestellt sind. Punkt.*<sup>78</sup>

Im März 2017 hat Finanzminister Schelling dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der ABBAG Wolfgang Nolz die Eckpunkte einer Bonusvereinbarung mitgeteilt. Daraufhin erteilte Nolz dem Geschäftsführer der ABBAG DI. Bernhard Perner den Auftrag, diese Vereinbarung mit Mendel zu realisieren. Es wurde dabei am 28. März 2017 festgelegt, dass Mendel abhängig vom Prozentsatz der Recovery der HETA eine Prämie ausbezahlt wird. Die Höchstsumme von 1,5 Millionen sollte fällig werden, wenn die HETA eine Recoveryquote von 78 % erreicht.

Auffällig daran ist, dass Mendel noch 8 Monate vorher, am 7. Juli 2016 im Finanzausschuss des Kärntner Landtages erklärt hat, dass die HETA ein Verkaufsergebnis von maximal 66 % erreichen könnte. *Er wird im Protokoll mit den Worten zitiert: „...dass 61 Prozent als realistisch anzusehen sind und eine Schwankung von 5 Prozent plus/minus sollte bei dieser Struktur ein doch sehr enger Korridor sein“.*<sup>79</sup>

8 Monate später hielt Mendel bereits 78 % für möglich. Denn ab diesem Wert wurde ihm die Auszahlung von 1,5 Millionen Euro zugesichert.

**Auskunftsperson Dkfm. Mendel:** *Aufsatzpunkt für den Bonus waren nicht 78, sondern in jeweils Prozentpunkten über 64 Prozent, Ausgangspunkt Recovery für Non-Performing Loans bei der HETA.*

Zur Bonuszahlung von 1,5 Mio. € an Mendel stellte der **Rechtsbeistand des Ausschusses Dr. Wilfried Aichinger** folgende Fragen:

*Ist aus der ursprünglichen Vereinbarung, die dann erst später quantifiziert wurde, bereits ableitbar gewesen, wie hoch die Prämie geworden wäre, wenn man diese nachträgliche Vereinbarung nicht geschlossen hätte?*

**Auskunftsperson DI Perner:** *Die Vertragshöhe konnte damals noch nicht abgeleitet werden.*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Aber wäre sie errechenbar oder ermittelbar gewesen oder war sie nur unbestimmt?*

**Auskunftsperson DI Perner:** *Unbestimmt. Sie war unbestimmt, aber in der Sache klar, dass sie sich am Abwicklungserfolg orientieren soll.*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Ich habe deshalb gefragt, weil eine unbestimmte Vereinbarung, die nicht bestimmbar ist, kann ja ein rechtliches Nullum sein.*

**Auskunftsperson DI Perner:** *Das hätte ich jetzt nicht so interpretiert. Es ging letztlich auch darum, dass zu dem Zeitpunkt, wo es dann auch quantifizierbar ist, auch eine abgeschlossen werden sollte. So ist es ja dann auch gemacht worden.*<sup>80</sup>

Auffällig ist ein Widerspruch in den Aussagen vor dem U-Ausschuss. Während Perner darlegte, dass die Höhe der Prämie erst 2017 festgelegt worden sei, sagte **Auskunftsperson Dkfm. Mendel:** *Der Betrag ist richtig. Der Betrag war bereits angelegt in meinem*

---

<sup>78</sup> Befragung von Dkfm. Mendel am 1. Juni 2022

<sup>79</sup> 11-19/32 (ON 2)

<sup>80</sup> Befragung von DI Perner am 1. Juni 2022

*Anstellungsvertrag als ABBAG-Vorstand im Jahre 2014, wo damals der Betrag noch offengelassen wurde, weil ich gesagt habe, ich will nicht irgendwo für eine Präsenz eine Prämie, sondern gemessen ausschließlich am Erfolg der Abwicklung, und zwar am Erfolg für die ABBAG. So war es damals vereinbart.*

Aus diesen Hinweisen ist wohl der Schluss zu ziehen, dass man länger überlegen musste, wie man die Auszahlung einer Prämie an Mendel gestalten und begründen kann.

**Auskunftsperson DI Perner:** *Na ja, Sie müssen, wenn Sie einen variablen Gehaltsbestandteil vereinbaren, müssen Sie ja definieren, was ist der Erfolg, wie wird der Erfolg bemessen. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie man so etwas machen kann, aber im Fall der Bonusvereinbarung vom Herrn Dkfm. Mendel ist das ein sehr, sehr klarer Mechanismus gewesen. Es ist sozusagen einerseits die Quote aus der Abwicklung der HETA herangezogen worden und der sozusagen Punkt, wie soll ich sagen, der Rückzahlungszeitpunkt oder die Höhe an Rückführungen aus der HETA-Abwicklung, ab der der Bund das, was der Bund beigetragen hat zur Lösung des ganzen Themas beziehungsweise zur Refinanzierung des Rückkaufsangebotes, ab dem diese Mittel zur Gänze zurückgeführt sind. In diesem Zwischenbereich zwischen erwartetem Abwicklungserlös aus der HETA und gänzlicher Rückführung des Bundes hat man diesen Bonus angesiedelt. Man hat gesagt, okay, wir erwarten eben einen bestimmten Abwicklungserlös. Das war die Erwartungshaltung, die man damals zugrunde gelegt hat, als man das zweite Rückkaufangebot gelegt hat.*

Finanzminister Schelling war vor dem Ausschuss bemüht, seine Rolle bei der Zusicherung dieser Prämien klein zu reden. Man müsse dazu die Organe der ABBAG befragen. So hätte nicht er, sondern die Organe der ABBAG (Aufsichtsräte) über die Höhe der Prämie entschieden.

**Abg. Klocker:** *Ganz salopp die Frage: Sind aus Ihrer Erfahrung als Finanzminister solche Beträge für eine so kurze Zeit üblich oder sind die angemessen?*

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** *Erstens: Dieser Vertrag, der da existiert, muss zwischen der Gesellschaft und dem Mitarbeiter gemacht werden. Das ist kein Vertrag, den das Finanzministerium mit einem Mitarbeiter macht. Es gab damals, glaube ich, eine gesellschaftsrechtliche Änderung von einer AG auf eine GesmbH oder so etwas war da. Mir wurden dann die Eckpunkte dieser Vereinbarung als quasi Eigentümerversprecher vorgelegt. Ich habe gesagt, zu diesen Eckpunkten kann man das machen. Über die Höhe hat dann der Aufsichtsrat zu entscheiden. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war das ein reines Erfolgshonorar, je höher die Recovery wird. Das war jetzt nicht ein Bonus, den man einfach auszahlt, sondern je höher die Recovery wird, das war, glaube ich, in so Stufen gesetzt. Anhand dieser Stufen ist dann ein Betrag fällig geworden, sobald das Geld auf dem Konto ist. Also, nicht davor, es ist kein Bonus bezahlt worden, ohne dass das Ur-Geschäft geregelt war. Ob das in der Höhe gerechtfertigt ist oder nicht? Wenn ich mir die Leistungen insgesamt anschau, die die Recovery erbracht hat – und da war dieses Team ausschlaggebend, das muss man schon dazusagen – dann würde ich meinen, kann man es rechtfertigen.*

**Abg. Klocker:** *Also, Sie persönlich haben das nicht ausverhandelt, sondern Ihr Team im Finanzministerium?*

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** *Noch einmal: Das ist eine Gesellschaft, die hat einen Aufsichtsrat und der muss diese Dinge beschließen. Die Eckpunkte sind mir*

bekanntgegeben worden. Ich habe den Eckpunkten auch zugestimmt. Der Eckpunkt lautet, dass es ein Erfolgshonorar ist, das auf Basis von erreichten Zielen formuliert wird und so weiter. Die Gesellschaft hat dann diese Vereinbarung getroffen. Jetzt kann man natürlich darüber diskutieren, in welcher Form und wie das alles gerechtfertigt ist. Aber damals war jeder heilfroh über jeden Euro, den wir zusätzlich aus der Recovery bekommen haben. Noch einmal, den Schaden hätte der Bund gehabt und sonst niemand.

**Abg. Staudacher:** Was hat Sie eigentlich veranlasst, dass Sie mit Ihren führenden Beratern in der Causa Hypo/HETA dem Herrn Mendel und dem Herrn Perner Prämien in Millionenhöhe für ihre Arbeit in der Causa Hypo/HETA zugesagt haben?

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** Es ging damals darum, dass die Recovery von der Einschätzung der FMA sehr gering war. Die Einschätzung aller anderen war leicht höher, aber nicht deutlich höher. Wir wussten, dass wir als Bund, um hier möglichst schonend herauszukommen, eine Recovery von 80 oder mehr benötigen. Es wurde dann der Vorschlag von der Gesellschaft vorbereitet, ein solches Erfolgshonorierungsmodell zu machen. Ich habe diesen Eckpunkten auch zugestimmt. Der Vertrag wurde dann zwischen – meines Wissens – Aufsichtsrat und den Mitarbeitern abgeschlossen.

**Abg. Staudacher:** Haben Sie als Bundesminister und Gesellschaftsvertreter der ABBAG die inhaltlichen Eckpunkte der Millionenprämie für Herrn Mendel an den Aufsichtsratsvorsitzenden der ABBAG vorgegeben?

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** Das kann ich heute nicht mehr sagen. Ich kann mich nur erinnern, dass wir die Eckpunkte diskutiert haben. Die Beträge waren ja eine Art Staffelnbetrag. Da habe ich überhaupt nach sieben Jahren, das werden Sie vielleicht verstehen können, keinen Zugang mehr, wie das im Detail dann mit wem wo abgesprochen wurde. Das war auch schon Gegenstand eines anderen Untersuchungsausschusses. Da ist auch von mir gegenüber dem Rechnungshof bestätigt worden, dass ich die Eckpunkte bestätigt habe und dann die Gesellschaft den Vertrag abgeschlossen hat.

**Abg. Staudacher:** Der Herr Mendel bekam 1,5 Millionen Euro dafür, dass die HETA-Verkaufserlöse um fast 100 Prozent höher ausfielen, als der Herr Mendel selbst 2016 im Finanzausschuss des Kärntner Landtages angegeben hatte. Ein Geschäftsführer der HETA, nämlich der Herr Tscherteu, hat uns aber erklärt, „dass Mendel mit dem Verkauf der Assets nichts zu tun hatte. Das wäre sogar rechtlich nicht möglich gewesen und ein Verstoß gegen die Compliance-Regeln. Für die Verkaufsabwicklung waren ausschließlich HETA-Geschäftsführer zuständig gewesen und keinesfalls Mendel als Aufsichtsratsvorsitzender“. Das hat Herr Tscherteu bei der Befragung kundgetan. Können Sie uns daher sagen, für welche konkrete Leistung Sie die Prämie versprochen bzw. zugesagt haben, wenn das so ist? Denn für die Erzielung von Verkaufswerten über dem Buchwert war Herr Mendel nicht zuständig, aber seine Prämienregelung orientiert sich daran. Wie kann man das erklären?

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** Noch einmal: Fragen Sie den Aufsichtsrat, der das so beschlossen hat. Ich habe das jetzt ausreichend erklärt. Ich kann dazu nicht mehr sagen. Das habe ich immer so gehandhabt. Wer da wofür genau in einer Gesellschaft zuständig ist, ist ja nicht die Aufgabenstellung, die der Minister zu sehen hat, sondern das ist eine Organgeschichte mit Aufsichtsrat und Geschäftsführung. Mein Eindruck war, dass der Herr Mendel durch seine internationalen Kontakte enorm viel getan hat, um hier entsprechend die Assets auch auf den Markt zu bringen. Wenn ich es richtig im Kopf habe, ist bis zum Schluss – ich glaube, ein paar sind noch nicht abgewickelt – kein einziges Asset unter dem

*Buchwert verkauft worden. Wie sich die das aufgeteilt haben, ich meine, ich kenne den Herrn Tscherteu nur von seiner früheren Funktion, ich hatte in der anderen mit ihm nichts zu tun. Wenn er das so sagt, kann ich dem nicht widersprechen, es wird schon so sein. Aber ich bin weder der Aufsichtsrat, noch bin ich der Vorstand des Unternehmens, daher noch einmal: Die Eckpunkte wurden festgelegt, dass es eine Prämienregelung gibt und den Rest müssen die Organe abwickeln.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Doktor, jetzt wissen wir aus dem Einkommensbericht des Bundesrechnungshofes, dass der Herr Mendel also die EUR 1,5 Millionen kassierte, bei der „Immigon ag“ ein Jahresgehalt von über EUR 500.000,-- erhielt, also, fast das Doppelte des Bundeskanzlers. Auch der Herr Perner, der laut dem Rechnungshof-Ausschuss des Nationalrates auch eine Hypo/HETA-Prämie von über 1 Million Euro erhielt, bezog ein monatliches Gehalt in der Höhe des Bundeskanzlers. Wie ist es aus Ihrer Sicht zu begründen, dass zusätzlich zu solchen super Gehältern Millionenprämien gezahlt werden?*

**Auskunftsperson Dr. Hans-Jörg Schelling:** *Noch einmal: Es obliegt ja nicht mir, in welcher Gesellschaft wer welchen Vertrag hat. Die „Immigon“ war eine Abbaugesellschaft der ÖVAG. Ich war jahrelang selber Aufsichtsratsvorsitzender der ÖVAG, und die „immigon“ haben wir sozusagen als Abbaugesellschaft gemacht. Übrigens nur so am Rande: Prognostiziert wurde, dass wir sie als Bad Bank nur mit Verlusten aus dem Markt bringen. Am Schluss ist sie mit Gewinn aus dem Markt herausgekommen. Hier glaube ich schon, dass das Management das entsprechend geleistet hat. Aber auch dort gibt es einen Aufsichtsrat, der das zu beschließen hat und festlegt, wer wie viele Gehälter hat. Ich kann jetzt nicht genau nachvollziehen, auf was Sie hinauswollen, aber mit diesen Prämien werden Sie Kärnten nicht sanieren.<sup>81</sup>*

**Anmerkung:** Während der Erstellung dieses Berichtes fand am 23. 11. 2022 im Untersuchungsausschuss des Nationalrates eine Befragung des Aufsichtsratsvorsitzenden der ABBAG Dr. Wolfgang Nolz statt. Laut der Live-Berichterstattung des „Standard“ sagte Nolz dabei: Es habe eine Bonusvereinbarung mit Mendel gegeben, die in dem Jahr schlagend wurde und es sei ein ausdrücklicher Wunsch Schellings gewesen, dass das so passiert.

Er selbst habe festgehalten, dass Schelling ihm mitteilen habe lassen, dass er die Bonus-Vereinbarung wollte. Er habe diese Diktion gewählt, weil er nicht sicher sei, ob Schelling ihm das direkt gesagt habe oder ihm durch Perner habe mitteilen lassen.

## **21 Landesregierung liefert angeforderte Akten nicht**

Der Untersuchungsausschuss hat mehrfach per Beweisbeschluss Unterlagen und Akten bzw. Aktenbestandteile von der Kärntner Landesregierung angefordert. Ein Beweisbeschluss wird aufgrund eines schriftlichen Antrags eines Mitgliedes des Untersuchungsausschusses gefasst. Diese schriftlichen Anträge wurden einvernehmlich von den Mitgliedern aller Fraktionen gefasst.

In den Beweisbeschlüssen sind die Tatsachen, über die Beweise zu erheben sind, sowie die Beweismittel genau zu bezeichnen. Die vom Untersuchungsgegenstand betroffenen Organe sind genau zu bezeichnen. Die Setzung einer angemessenen Frist ist zulässig. Der Untersuchungsausschuss kann Anforderungen an die Art der Vorlage beschließen. Derartige

---

<sup>81</sup> Befragung von Dr. Hans-Jörg Schelling am 31. August 2022

Beschlüsse hat der Untersuchungsausschuss mehrfach gefasst. Die Beschlüsse des Untersuchungsausschusses wurden immer einstimmig gefasst. In der Regel wurden die angeforderten Beweismittel von den betroffenen Organen gemäß Beweisbeschluss an den Untersuchungsausschuss übermittelt.

Die Kärntner Landesregierung, Landeshauptmann Peter Kaiser und Landeshauptmannstellvertreterin Gabriele Schaunig-Kandut sind jedoch einzelnen auf Beweisbeschlüssen beruhenden Aktenanforderungen mit folgendem Inhalt nicht bzw. nicht zur Gänze nachgekommen:

- 1) 11-10/32 Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 16.03.2022
  - Sämtlicher Schriftverkehr zwischen LH Kaiser, LH-Stv. Schaunig-Kandut sowie deren Büros mit dem Bundeskanzleramt sowie dem Finanzministerium betreffend den Untersuchungsgegenstand
  - Sämtlicher Schriftverkehr zwischen LH Kaiser, LH-Stv. Schaunig-Kandut sowie deren Büros mit dem KAF, der K-BV und deren Vorgesellschaften betreffend den Untersuchungsgegenstand
- 2) 11-44/32 (ON 2) Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 04.05.2022:
  - Sämtliche Protokolle der KAF Kuratoriumssitzungen, die der Landesaufsicht zugänglich sind und den Untersuchungsgegenstand betreffen
  - Sämtliche Protokolle der K-BV Aufsichtsratssitzungen, die der Landesaufsicht zugänglich sind und den Untersuchungsgegenstand betreffen
- 3) 11-67/32 (ON 1) Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 13.05.2022:
  - Alle Niederschriften über die Sitzungen des KAF-Kuratoriums betreffend den Untersuchungsgegenstand, welche der Aufsichtskommissärin aufgrund ihrer Funktion vorliegen.
- 4) 11-88/32 (ON 1) Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 10.06.2022:
  - Alle Niederschriften über die Sitzungen des KAF-Kuratoriums betreffend den Untersuchungsgegenstand, welche der Landesfinanzreferentin in ihrer Funktion als Aufsichtskommissärin ungeschwärzt und unabgedeckt vorliegen.
- 5) 11-100/32 (ON 1) Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 01.08.2022:
  - Übersicht der durch die Heta-Haftungsproblematik bedingten Einzahlungen und Auszahlungen des Landes, der KLH, der Rechtsnachfolger und des KAF - Aktenzahl 02 FINF-1001/78-2017
  - Vereinbarung KAF Brief an Minister Löger - Aktenzahl 02 FINF-1001/52-2018
  - Heta-Haftung Brief an Minister Blümel - 02 FINF-1001/6-2020
- 6) 11-99/32 (ON 1) Antrag Beweismittel gem. § 12 und §14 K-UAG vom 01.08.2022:
  - Liste „Dokumente Domea Gesamt\_27042022\_Übergabe polit. Büro.xls“
  - Sämtliche Dokumente, welche in der Liste „Dokumente Domea Gesamt\_27042022\_Übergabe polit. Büro.xls“ rot markiert wurden und somit dem Untersuchungsausschuss noch nicht zugegangen sind.

Nichtübermittlung und unvollständige sowie geschwärzte/abgedeckte Übermittlung der angeforderten Beweise im Detail:

Zu 1): Die angeforderten Beweise wurden nicht zur Gänze übermittelt

Zu 2): Im Hinblick auf den überwiegenden fehlenden Teil wird auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse des KAF verwiesen. Begleitschreiben: 11-62/32 (ON 2)

Zu 3): Die angeforderten Beweise wurden überwiegend geschwärzt bzw. abgedeckt an den Untersuchungsausschuss geliefert. Begleitschreiben: 11-67/32 (ON 2)

Die angeforderten Beweise wurden nur zu einem sehr geringen Teil (Überschriften) in elektronischer Form übermittelt. Begleitschreiben: 11-67/32 (ON 4)

Die Begründung der Landesregierung ist folgendem Begleitschreiben zu entnehmen: 11-67/32 (ON 5)

Schreiben von Dipl.-Kfm. Höving, K-AF (Antwort auf erneute Anforderung Aktenlieferung Beweismittel) vom 03.06.2022: 11-78/32 (ON 1)

Schreiben von Primosch Abt. 1 Rechtsmeinung geschwärzte Unterlagen: 11-89/32 (ON 2)

Zu 4): Es ist keine Übermittlung der gewünschten Beweise erfolgt. Begleitschreiben: 11-88/32 (ON 3)

Zu 5): Es ist keine Übermittlung der gewünschten Beweise erfolgt. Begleitschreiben: 11-103/32 (ON 2) und 11-104/32

Zu 6): Es ist keine Übermittlung der gewünschten Beweise erfolgt. Begleitschreiben: 11-103/32 (ON 2) und 11-104/32

## 22 Erörterung der Nichtübermittlung von Beweisen

**Abg. Rauter:** *Hat der KAF alle Kuratoriumsprotokolle auch an die Landesaufsicht übermittelt, so wie es die gesetzliche Bestimmung vorsieht?*

**Auskunftsperson Mag. Gilbert Isep:** Das ist Aufgabe des Vorstandes. Ich gehe davon aus.<sup>82</sup>

KAF-Vorstand Mag. Martin Payer erteilte dem Ausschuss folgende Informationen:

**Abg. Staudacher:** *Herr Magister (Martin Payer), laut Medienberichten wurden die Akten, welche dem Untersuchungsausschuss vom Land Kärnten zur Verfügung gestellt worden sind, von einem Vorstand des KAF vorsortiert – ich betone, vorsortiert! – und in Kategorien unterteilt. Es wurde, gekürzt oder verkürzt gesagt, von ihm entschieden, welche Unterlagen der Untersuchungsausschuss bekommen soll und welche nicht. Ich möchte da aus dem Medienbericht zitieren, er ist dem Untersuchungsausschuss hinlänglich bekannt, wir haben das hier herinnen schon öfter zum Thema gemacht: „Hypo-Untersuchungsausschuss, geheime Liste mit Dokumentenaufstellung, welche Dateien den Freiheitlichen nicht übergeben wurden.“ In diesem Artikel steht drinnen: „Ampelfarben, rote Dokumente nicht für den U-Ausschuss.“ Das heißt noch einmal, rote Dokumente nicht für den Untersuchungsausschuss. Über der Aufstellung prangt der Titel „Interne Liste, nicht zur Weitergabe an den Untersuchungsausschuss bestimmt.“ Untersuchungsausschuss, alle wissen, das ist die Abkürzung für den jetzt tagenden Untersuchungsausschuss „Hypo – Gerechtigkeit für Kärnten“. Die Dokumente sind per Geschäftszahl geordnet und mit Anmerkungen versehen. Die Liste ist in Ampelfarben unterteilt. Grün bedeutet, das wird dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt, gelb bedeutet, Dokumente im Akt nicht auffindbar, leere Akten, nicht auffindbar und schließlich rot. Rot heißt, Akt wird dem Untersuchungsausschuss nicht zur Verfügung gestellt. Zuletzt abgespeichert wurde diese Liste durch einen der beiden Vorstände des Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds, sprich KAF, deswegen meine erste Frage an Sie, Herr Magister: Sind Sie dieser medial genannte Vorstand, der de facto hier die Vorsortierungen*

---

<sup>82</sup> Befragung von Mag. Gilbert Isep am 20. Juli 2022

*vorgenommen hat und die Dokumente nach Ampelfarben geordnet und entschieden hat, welche Dokumente der U-Ausschuss kriegt und welche nicht?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Nein, das bin ich nicht! Ich kenne diese Liste auch nicht. Wir haben im KAF ganz sicher keine nach Ampelfarben geordneten Dokumente erstellt, welche Unterlagen jetzt weiter an den Untersuchungsausschuss geliefert werden oder nicht. Davon weiß ich nichts.*

**Abg. Staudacher:** *Okay! Herr Magister, wenn Sie sagen, dass Sie es nicht waren, können wir davon ausgehen, dass Ihr Vorstandskollege Höving diese Vorsortierungen vorgenommen hat? Weil die zwei Vorstände im KAF sind Sie und der Herr Höving. Und wenn Sie sagen, Sie waren es nicht, dann stellt sich die Frage: War es der Herr Höving?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Der Herr Höving war, soweit ich weiß, schon Auskunftsperson. Der Herr Höving ist KAF-Vorstand und gleichzeitig auch Mitarbeiter im Amt der Kärntner Landesregierung. Für den KAF kann ich das ausschließen. Wir haben niemals darüber gesprochen, ob wir irgendwelche Unterlagen sortieren oder nicht, sondern auf Basis der Stellungnahme des Dr. Primosch vom Verfassungsdienst überhaupt keine Unterlagen geliefert. Insofern haben wir auch keine Vorsortierung oder irgendetwas in diese Richtung unternommen. Noch einmal: Der Herr Höving ist auch Vorstand im KAF, aber er hat auch eine andere Verpflichtung im Amt der Kärntner Landesregierung. Ich weiß gar nicht, ob diese Liste jetzt im KAF erstellt wurde.*

**Vors. KO Darmann:** *Da muss ich ganz kurz als Vorsitzender unterbrechen, auch zum Schutz der Persönlichkeitsrechte, bevor da vielleicht etwas Falsches bei der Beantwortung herauskommt. Du hast gerade gesagt, du kannst es ausschließen, dass es er auch nicht war, weil ihr das nicht gemacht habt. Ist es sicher so, dass du es ausschließen kannst oder kann es auch sein, dass es ohne dein Wissen gemacht wurde? Weil das ist ein Unterschied in der Beantwortung. Ich wollte da nur vorsichtig sein.*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Danke für den Hinweis! Wir sind zu zweit im KAF Vorstand und gemeinsam vertretungsberechtigt. In den Besprechungen, die wir betreffend die Aktenlieferungen an den U-Ausschuss durchgeführt haben, haben wir auf Basis jener Unterlagen, die der Herr Primosch an uns gesendet hat, gesagt, dass wir aus dem KAF ohnehin nichts liefern dürfen. Ob der Herr Höving jetzt für sich selbst Unterlagen erstellt hat, weiß ich nicht. Aber wo wir gemeinsam in den Besprechungen diesbezüglich beraten haben, war das niemals ein Thema.<sup>83</sup>*

**Abg. Staudacher:** *Wie kommt es eigentlich dazu, dass laut Medienberichten ein KAF-Vorstand darüber entscheidet – Sie sagen ja, Sie können das jetzt ausschließen – welche Akten die Kärntner Landesregierung an den Untersuchungsausschuss übermitteln soll? Bekannterweise hat ja der KAF eine Lieferung der eigenen Akten gänzlich, wie Sie gesagt haben, verweigert. Wenn das jetzt so wäre, wie es da in diesem Medium dementsprechend abgebildet wurde, wäre diese Vorgangsweise irgendwie seltsam, oder?*

---

<sup>83</sup> Befragung von Mag. Martin Payer m 21. September 2022

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Der KAF-Vorstand kann der Kärntner Landesregierung nicht vorschreiben, welche Akten zu liefern sind oder nicht. Das wäre mir neu.*

**Abg. Staudacher:** *Haben Sie sich eigentlich im Vorfeld mit irgendeiner politischen Vertretung abgesprochen, Finanzreferentin, Landeshauptmann?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Nein. Wir haben nur darauf hingewiesen, dass wir vom KAF keine Unterlagen liefern werden.*

**Abg. Prasch:** *Wer hat entschieden, welche Unterlagen dem U-Ausschuss aus dem Bereich des Landes, Abteilung 2 beziehungsweise des KAF an den Ausschuss übermittelt werden dürfen oder nicht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Übermittlung richtet sich nach den Anforderungen des Ausschusses und dem wurde vollinhaltlich nachgekommen. Die zuständigen Abteilungen haben hier die Akten nach dem Untersuchungsgegenstand und den Anfragen vorbereitet.*

**Abg. Staudacher:** *Es gibt keine Protokolle über Verhandlungen 2018 und 2019, die dem Ausschuss vorgelegt wurden. Frau Schaunig, in meinem nächsten Themenblock möchte ich auf Aktenübermittlungen und auf Aktenschwärzungen eingehen. Der Herr Dr. Prasch hat ja bereits damit begonnen. Ich möchte hier dementsprechend aufsetzen und wieder auf die Medienberichte zurückkommen. Denn laut Medienberichten wurden Akten, welche dem Untersuchungsausschuss vom Land Kärnten zur Verfügung gestellt worden sind, von einem Vorstand des KAF – ich wiederhole, von einem Vorstand des KAF! – vorsortiert und in Kategorien unterteilt. In einer Liste sollen die Akten entsprechend markiert worden sein. Grün steht für die Übermittlung der Unterlagen an den Ausschuss, Gelb für nicht auffindbar beziehungsweise für leere Akten und Rot für keine Übermittlung an den U-Ausschuss. Können Sie uns sagen, wer dieser medial genannte Vorstand des KAF ist?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzabteilung haben die Akten vorbereitet.*

**Abg. Staudacher:** *Aha! Handelt es sich jetzt um den Herrn Mag. Payer oder handelt es sich um den Herrn Höving?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Noch einmal: Die Vorbereitung ist über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzabteilung erfolgt. Wer konkret was gemacht hat, bitte ich, die zuständige Abteilungsleiterin zu fragen!*

**Vors. KO Darmann:** *Kurze Zwischenfrage: Ist der Herr Mag. Payer oder ist der Herr Dipl.-Kfm. Höving Mitarbeiter der Finanzabteilung?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Der Herr Höving ist Mitarbeiter der Finanzabteilung.*



**Vors. KO Darmann:** *Dann dürfte die Frage beantwortet sein.*

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, wie kommt es eigentlich dazu, dass laut Medienberichten ein KAF-Vorstand darüber entscheidet - das muss man sich einmal vorstellen – welche Akten die Kärntner Landesregierung an den Untersuchungsausschuss übermitteln soll?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das richtet sich nach dem Untersuchungsgegenstand und nach den angeforderten Akten.*

**Abg. Staudacher:** *Dann werden sie klassifiziert in Rot, Gelb und Grün und der entscheidet, was darf der Ausschuss sehen oder nicht oder was ist für den Ausschuss wichtig oder nicht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das entscheidet die Fachabteilung. Irgendein Verfahren muss es ja geben.*

**Abg. Staudacher:** *Auf Vorsortierung der Akten?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Nach dem Untersuchungsgegenstand.*

**Abg. Staudacher:** *Was, der Herr KAF-Vorstand entscheidet, was wir untersuchen dürfen und was nicht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Da geht es nicht um die Frage, was die untersuchen dürfen, sondern das sind Akte der Abteilung. Das geht ja über Tausende Akte der Abteilung. Irgendeine Systematik wird die Abteilung anwenden müssen, um Untersuchungsgegenstand-relevante Akte und andere Akte zu unterscheiden.*

**Abg. Staudacher:** *Das heißt, der Herr Höving, der Landesbediensteter ist, hat die Vorsortierung für den Untersuchungsausschuss dementsprechend gemacht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Finanzabteilung. Bitte, die Frau Dr. Ebner zu fragen, wer was gemacht hat! Ich weiß es nicht.*

**Abg. Staudacher:** *Der Herr Payer hat gesagt, er war es nicht. KAF-Vorstände gibt es nur zwei. Der Herr Payer hat unter Wahrheitspflicht gesagt, dass er es nicht war. Da bleibt nur der Herr Höving übrig.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Der Herr Payer kann nichts machen, was das Land betrifft.*

**Abg. Staudacher:** *Eben. Aber wenn es der Zweite war und wir zwei haben, dann muss es der Herr Höving sein, laut Medienberichten.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Bitte, die Abteilungsleitung zu fragen! Ich weiß nicht, wer in der Finanzabteilung diese Unmengen an Gesamtakten der Abteilung zugeordnet hat nach dem, was Untersuchungsgegenstand ist und was an Akten angefordert worden ist.*

**Abg. Staudacher:** *In welcher Funktion hat eigentlich die konkrete Person, sage ich jetzt einmal, da bleibt eigentlich nur einer übrig, gehandelt? Als KAF-Vorstand oder als Landesbediensteter?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die Abteilung. Da werden wahrscheinlich, nachdem es so viele Akten sind, mehrere daran gearbeitet haben, die Akten auszusuchen und zuzuordnen.*

**Abg. Staudacher:** *Haben Sie eigentlich selbst die Kategorisierung der Akten angeordnet beziehungsweise wurden Sie von der Kategorisierung in Kenntnis gesetzt?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Nein. Es richtet sich nach dem Ausschuss.*

**Abg. Staudacher:** *Frau Schaunig, jemand aus Ihrem Büro vielleicht, wenn Sie das nicht gemacht haben?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Was gemacht?*

**Abg. Staudacher:** *Die Akten-Vorsortierung. Sie haben gesagt, Sie hatten darüber keine Kenntnis, Sie haben das nicht gewusst. War das vielleicht jemand anderer aus Ihrem Büro?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Die sind von der Abteilung nach dem Untersuchungsgegenstand und den Aktenanforderungen vorbereitet worden. Irgendein Ordnungssystem muss es ja geben.<sup>84</sup>*

LH Dr. Peter Kaiser verwies auf die Verantwortlichkeit der zuständigen Abteilung.

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, wie ist es denn zu erklären, dass dem Landtag zwar die Grundsatzvereinbarung zwischen KAF und ABBAG zur Genehmigung vorgelegt wurde, nicht aber Zusatzvereinbarungen, bei denen es ebenfalls um Millionen Euro Steuergeld geht?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Kann ich nicht beantworten. Ich habe die KAF-Unterlagen nicht. Ich bin auch nicht dafür verantwortlich.*

**Abg. Klocker:** *Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen, wer das entschieden hat, welche Unterlagen herausgegeben werden oder nicht oder waren Sie sogar miteingebunden oder befragt, was wird gemacht und was wird nicht gemacht?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ich garantiere Ihnen, dass ich keinen einzigen Akt selber gesucht habe, was aufgrund dieser Größenordnung – ich glaube, wir reden da über weiß Gott wie viel 100te Gigabyte – nicht machbar ist. Ich habe bereits beim letzten Mal eine grundsätzliche Erklärung auf Befragung von Kollegen Staudacher über meine Position in diesem Zusammenhang gemacht. Ich fasse sie, ich kürze es, zusammen. Der Herr Präsident des Kärntner Landtages, Ing. Rohr, adressierte sämtliche Wünsche des Untersuchungsausschusses nach Unterlagen an mich, daher bin auch ich derjenige, der in der Beantwortung höflichkeitshalber das Schreiben dazugibt, dass die Unterlagen, so wie angefordert, von den Abteilungen erstellt und an Sie übermittelt werden. Wenn die Frage der Schwärzungen kommt, das habe ich das letzte Mal in meiner Befragung sehr ausführlich gesagt. Ich sage noch einmal, laut Verfassungsdienst, diese Auskunft ist mir gegeben worden, ist Datenschutz durch die Rechtsträger selbst zu beurteilen. Die Beurteilung und Vornahme der zu schwärzenden Passagen aufgrund der datenschutzrechtlichen Vorgaben beziehungsweise der Einhaltung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen obliegt den angefragten Gesellschaften, respektive deren Handlungsorganen oder Vorständen. Durch das LH-Büro wurden lediglich die Unterlagen gesammelt, wiederum dazusagend, weil ich adressiert wurde und entsprechend der Aufforderung und den rechtlichen Gegebenheiten an den Präsidenten des Landtages übermittelt mit einem beiliegenden Schreiben, das ich immer wieder hinzugenommen habe. Schwärzungen wurden durch die Gesellschaft selbst auf dieser Basis unter Beiziehung ihrer Rechtsanwälte vorgenommen. Wenn es jetzt diesbezügliche Anfragen auch weiterhin geben soll, sind diese bitte an die Verantwortungsorgane der Gesellschaften zu richten!*

---

<sup>84</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022

**Abg. Klocker:** Danke! Abschließend dazu noch eine Ja- oder Nein-Frage. Also, Sie sind in keiner Weise eingebunden, was herausgegeben wird oder nicht oder Entscheidungsträger dazu?

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** Das ist Aufgabe der zuständigen Abteilungen, denn nur sie verfügen über die Unterlagen.<sup>85</sup>

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Hierzu ist eine Anzeige gegen mich bei der Staatsanwaltschaft anhängig, die zwar inhaltsbefreit und haltlos ist, aber dennoch anhängig ist und vor diesem Hintergrund habe ich auch auf Anraten meines Rechtsbeistandes gemäß § 28 Abs. 2 hier keine Aussagen zu treffen und werde das auch nicht tun an dieser Stelle. Zum zweiten Punkt: Die notwendigen Schwärzungen und damit berechtigten Schwärzungen von Unterlagen, die der KAF vorgenommen hat zusammen mit der darunter stehenden Begründung, würde ich gerne kurz erläuternd ausführen, dass Schwärzungen von Unterlagen nicht von der Finanzabteilung vom Land vorgenommen wurden, Schwärzungen wurden nur vom KAF vorgenommen. Der KAF hat vier Anforderungen des Untersuchungsausschusses direkt und indirekt für die Dokumente bekommen. Ich rede nicht von den Ladungen der Auskunftspersonen, sondern nur für die Dokumente. Zweimal hat der KAF direkte Post vom Untersuchungsausschuss bekommen zur Anforderung, Unterlagen zu liefern. Hier hat der KAF auch zur Wahrung des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses, also, kapitalmarktrechtliche Dinge zu beachten hat und dass er letztendlich nicht unter die Verpflichtung fällt, Unterlagen zu liefern, berechtigterweise keine Unterlagen geliefert. Danach hat der KAF Post von der Landesfinanzreferentin in ihrer Funktion als Finanzaufsicht bekommen, die vorher vom Untersuchungsausschuss angeschrieben wurde, dass sie diejenigen Dokumente liefern möchte, die in den Sitzungen, an denen sie teilgenommen hat, Gegenstand bzw. Dokumentation dieser Sitzungen waren. Das sind die KAF-Kuratoriumssitzungen, an denen die Landesaufsicht teilnimmt. Diese Protokolle der Sitzungen hat der KAF gesichtet und hat sie entsprechend den Vorgaben, die Betriebs- und Geschäftsgeheimniswahrung, aber auch das Risiko der kapitalmarktrechtlichen Implikationen, geschwärzt. Im Aufforderungsschreiben der Finanzaufsicht an den KAF stand auch drin, dass der KAF die Unterlagen zu liefern hat, aber unter Wahrung allfälliger rechtlicher Restriktionen. Der vierte Punkt: Der KAF wurde noch einmal ein erneutes Mal von der Landesaufsicht, vorher vom Untersuchungsausschuss angeschrieben, die Begründung für die Schwärzungen zu liefern. Das wiederum hat der KAF getan. Der KAF hat in diesem Fall agiert in seiner Funktion als Gesamtvorstand, das zuständige Organ ist ja der Gesamtvorstand, und der Gesamtvorstand des KAF hat diese Dokumente der Schwärzung freigegeben und an die Finanzaufsicht geschickt, die sie dann auskunftsgemäß in Richtung Untersuchungsausschuss geschickt hat. Das heißt, die Begründung kann ich ja an dieser Stelle nicht ganz nachvollziehen. Vielleicht ist es ein Missverständnis, ich weiß es nicht. Der Landesdienst hat keine geschwärzten Unterlagen geliefert, sondern er hat die den Untersuchungsgegenstand betreffenden Unterlagen so geliefert, wie sie vorliegen. Der KAF dagegen hat die notwendigen Schwärzungen vorgenommen. Das wäre mein Eingangsstatement.<sup>86</sup>

**Vors. KO Darmann:** Ja, es ist richtig, es gibt hierzu, ich habe es auch vorhin angeführt, auch einen Aussageverweigerungsgrund, den § 28 Abs. 1 Kärntner

<sup>85</sup> Befragung von Dr. Peter Kaiser am 30. September 2022

<sup>86</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 12. Oktober 2022

Untersuchungsausschussgesetz. Ich gehe davon aus, dass man sich darauf bezieht. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber festhalten, dass es zur jeweiligen Frage, die möglicherweise diesen Punkt betrifft und dieses Entschlagsrecht betrifft, also, Aussageverweigerungsrecht, bitte darauf Bezug zu nehmen ist und das auch zu sagen ist! Man kann das nicht pauschal sagen, weil es nicht vorhersehbar ist, welche Fragen kommen. Es ist an sich rechtlich so, in der Einzelfrage hat man das zu sagen, festzumachen, zu argumentieren und dann ist es zu akzeptieren oder auch nicht. Aber ich gehe davon aus, dass natürlich ein laufendes Verfahren logischerweise, so zumindest sehe ich das jetzt einmal als Vorsitzender, das nehme ich dem vorweg als Jurist, zur Kenntnis zu nehmen ist. Das zum einen. Zum Zweiten auch als Vorsitzender hinsichtlich der gewünschten Beweisthemen, die mit Ihrer Ladung an Sie übermittelt worden sind, Herr Diplom-Kaufmann: Diese neuerliche Ladung wurde hier auch einstimmig so beschlossen. Fakt ist, dass hier Ihr Co-Vorstand im KAF, Mag. Payer, zu Protokoll gegeben hat unter Wahrheitspflicht, dass der KAF keine Schwärzungen vorgenommen hat bei den übermittelten Akten und dass diese dann sohin sehr wahrscheinlich woanders geschwärzt worden sein müssen, weil es diese Schwärzungen nach seinem Wissensstand im KAF nicht gegeben hat bei der Übermittlung. Das war praktisch auch die Grundlage, unter anderem, jetzt nachzufragen, wo ist das dann passiert? Es wird keine Reinigungskraft irgendwo gemacht haben. Sie haben selbst gesagt, dass das der Gesamtvorstand geschwärzt freigegeben hat. Gesamtvorstand wäre vermutlich auch der Herr Mag. Payer. Er weiß nichts davon. Hier im Untersuchungsausschuss hat er das wörtlich so gesagt. Das ist natürlich für uns eine Nachfrage wert gewesen, weil es hier um das Miteinander in einer Aufklärung eines Untersuchungsgegenstandes geht, zwischen Landesregierung, die hier im Untersuchungsausschuss kontrolliert wird und dem Kärntner Landtag. Wenn dann geschwärzte Akten in welcher Form auch immer uns vorgelegt werden, teilweise ganze Seiten und dann auch darüber hinaus - zu Ihrer einleitenden Stellungnahme - eine grundlegende Begründung für eine Aktenschwärzung mitgeliefert wird, aber nicht die einzelnen geschwärzten Passagen begründet werden, was aber die Vorgabe wäre, jede für sich zu argumentieren, wieso eine Schwärzung stattfindet, ist auch zu hinterfragen, ist das jetzt im KAF oder ist das in der Landesregierung passiert. Weil beim KAF haben wir dann bewusst nicht mehr angefragt, weil uns natürlich die Rechtsgrundlage bekannt ist, dass nach unserem derzeitigen Rechtsinstitut in Kärnten auf eine Landesgesellschaft nicht zugegriffen werden kann. Vielleicht falsch formuliert, können schon, aber die muss nicht übermitteln, gegebenenfalls darf sie übermitteln nach eigenen internen Beschlüssen, aber sie muss nicht. Deswegen haben wir auch die Landesaufsicht gefragt hinsichtlich der Akten, die der Landesregierung und der Landesaufsicht zur Verfügung stehen. Auch Herr Mag. Payer hat gesagt, dass alle Protokolle der Kuratoriumssitzungen der Landesaufsicht zur Verfügung gestellt werden. Wenn das so ist – das ist im Übrigen auch ein Widerspruch zur Aussage auch von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig – wenn das so ist, dass sie auch vorrätig sind in der Landesregierung, gehe ich davon aus, dass unabhängig vom Untersuchungsausschuss und von der Aktenanforderung die Protokolle ohnehin dort aufliegen müssen – ungeschwärzt – weil sonst würde ja die Landesaufsicht ad absurdum geführt werden, wenn die Landesaufsicht geschwärzte Kuratoriumssitzungsprotokolle bekäme. Aber diese Unterlagen, die anscheinend laut Mag. Payer bei der Landesregierung und bei der Landesaufsicht, Frau Dr. Schaunig, liegen sollten in der Finanzabteilung, sind uns geschwärzt oder nicht übermittelt worden, weil es gibt ohnehin einige Ordner laut Medienberichten vom Thema für den Untersuchungsausschuss, leerer Ordner oder nicht für den Untersuchungsausschuss geeignet. Wer auch immer das gemacht hat, das ist für uns, wie

gesagt, hinterfragenswert, deswegen auch die Ladung, und das ist die Erklärung zur heutigen Ladung.

## **23 Ausschuss hat durch Verfassung geschütztes Recht auf Informationen**

Rechtsbeistand Dr. Aichinger betonte, dass das Interesse des Untersuchungsausschusses, Informationen zu bekommen, auch verfassungsrechtlich geschützt ist. Es sei ein wichtiges Recht in der Demokratie und für diejenigen, die nicht an der Exekution der Verwaltung teilhaben, eben über den Untersuchungsausschuss das Recht haben, alle Informationen zu bekommen, die nicht einem besonderen Schutz unterliegen.

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger** *Der Verfassungsgerichtshof hat zu Untersuchungsausschüssen des Nationalrates einige grundlegende Fragen geklärt und diesbezüglich beantwortet. Uns steht der Verfassungsgerichtshof, also, dem Untersuchungsausschuss des Landes, nicht zur Verfügung zur Rechtsfindung. Aber natürlich können wir uns auch der Rechtsmeinung des Verfassungsgerichtshofes anschließen. Der Verfassungsgerichtshof hat einmal grundsätzlich gesagt, dass die Individualrechte gegenüber dem allgemeinen Recht des Untersuchungsausschusses einschränkend auszulegen sind. Das heißt, dass ein Recht nur dann durchschlägt gegenüber dem verfassungsrechtlich geschützten Recht auf Information des Untersuchungsausschusses, wenn eben diese Rechte als überwiegend wichtig anzusehen sind, um das vielleicht etwas unjuristisch zu sagen. Das beinhaltet natürlich auch die Thematik Schwärzungen. Der Verfassungsgerichtshof hat zum Untersuchungsausschuss im Nationalrat gesagt, dass eine generelle Berufung auf Geschäftsgeheimnisse oder sonstige Geheimhaltungsrechte nicht ausreicht, sondern jede einzelne Schwärzung hinsichtlich der Vornahme der Schwärzung als auch der Verweigerung der Bekanntgabe des Inhaltes zu begründen ist. Die Begründungen, die derzeit vorliegen oder bis dato vorliegen bezüglich der Schwärzungen, erfüllen meines Erachtens diese Voraussetzungen in keiner Weise. Es handelt sich nämlich meines Erachtens um eine klassische generelle Berufung auf ein Geschäftsgeheimnis, das inhaltlich in keiner Weise substantiiert ist. Ein weiteres Problem, das ich sehe und das, glaube ich, erörterungswürdig ist, ist die Tatsache, dass Sie in einer Person Vorstand des KAF sind, sohin also Organ der Gesellschaft, die zwar im hundertprozentigen Eigentum des Landes steht, aber ein rechtlich selbständiger Körper ist, mit Gesetz errichtet wurde.*

*Die Frage, ob eine solche Gesellschaft, die ja nicht nur unter Aufsicht des Landes steht, sondern auch maßgeblich vom Land beherrscht wird, auch tatsächlich sich auf diese Rechte eines unabhängigen Unternehmens berufen kann, das ist rechtlich nicht geklärt. Diese Frage wird vom Verfassungsdienst dahingehend ausgelegt, dass dieses Entschlagungs- oder dieses Auskunftsverweigerungsrecht besteht, aber das ist eine Rechtsmeinung. Der Verfassungsdienst hat selbst ausgeführt, dass es eine derzeitige Rechtsmeinung ist, die nicht ausjudiziert ist. Auf der anderen Seite sind Sie auch Mitarbeiter der Finanzabteilung. Was nicht geklärt ist bis dato – und das ist auch erörtert worden und ein Grund Ihrer neuerlichen Ladung – ist, ob Sie jetzt aktiv an den Schwärzungen persönlich teilgenommen haben und wenn Sie das getan haben, ob Sie Ihre Funktion als Vorstand im KAF und als Mitarbeiter der Finanzabteilung des Landes so einfach trennen können. Das ist eine Frage, die ich nur in den Raum stellen will und natürlich nicht beantworten kann. Es ist auch nicht meine Aufgabe, Rechtsfragen endgültig abzuklären, sondern nur meine Rechtsmeinung dazu abzugeben.*

*Des Weiteren, das hat der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses ja schon ausgeführt, hat Ihr Vorstandskollege im KAF, Mag. Payer, erklärt, dass sämtliche Unterlagen vom KAF ungeschwärzt an die Finanzabteilung ausgefolgt wurden. Weiters hat er ausgesagt, dass sämtliche Protokolle des Kuratoriums auch der Aufsicht, also, der Finanzabteilung beziehungsweise der Finanzreferentin als Aufsichtsorgan zur Verfügung gestellt wurden, und zwar nicht nur durch einen Online-Zugriff, sondern de facto auch zugestellt wurden. Daher, und das ist der Punkt, auf den ich hinweisen möchte, die zweite Anfrage ist tatsächlich nicht an den KAF gerichtet worden, sondern an die Finanzabteilung, mit dem Ersuchen, die der Finanzabteilung vorliegenden Unterlagen vorzulegen. Die Finanzabteilung kann sich diesbezüglich auf keine Auskunfts- oder Informationsverweigerungsrechte berufen, daher war der Untersuchungsausschuss der Meinung, dass diese Unterlagen eben ungeschwärzt vorzulegen sind. Es versteht sich von selbst, dass der Untersuchungsausschuss selbst, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, auch einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Es gibt auch die Möglichkeit, die Öffentlichkeit in einzelnen Belangen des Untersuchungsausschusses auszuschließen, sodass die Fragen nur intern behandelt werden können. Es besteht auch die Möglichkeit, die Geheimhaltung, die Vertraulichkeit solcher Themen auch ausdrücklich zu beschließen, was es verbietet, auch nachträglich oder auf sonstige Weise das der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das sind die Werkzeuge, die im Untersuchungsausschussrecht des Kärntner Landtages dafür zur Verfügung stehen. Ich wollte mit diesen Ausführungen lediglich auf die rechtliche Konfliktlage in dieser Situation hinweisen. Danke!<sup>87</sup>*

**Abg. Klocker:** *Sind Sie bereit, Fragen von mir zu beantworten in Bezug auf Ihre Funktion als Mitarbeiter der Finanzabteilung in Bezug auf Sortierung von Akten oder Schwärzung von Akten, den Untersuchungsgegenstand betreffend? Bevor ich die einzeln verlese, frage ich einmal ganz allgemein, ob Sie bereit sind, über etwaige Sortierungen oder Schwärzungen, die vorgenommen worden sein könnten, Auskunft zu geben?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *Anhand der Einordnung, wie Sie die Fragen jetzt überschreiben, hört es für mich bis jetzt so an, als wenn es den Tatbestand der Anzeige treffen würde und ich mich dementsprechend der Aussage entschlagen müsste.*

**Vors. KO Darmann:** *Ich darf ergänzend für das Protokoll fragen, formal korrekt: Sie berufen sich auf den Aussageverweigerungsgrund gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1 des Kärntner Untersuchungsausschussgesetzes?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *Ja!*

**Abg. Staudacher:** *Herr Dipl.-Kfm. Höving, da wir von Ihrem Kollegen Mag. Payer, dem KAF-Vorstand, dementsprechend eine Antwort erhalten haben, frage ich nun auch Sie: Sind Sie derjenige, der die Vorsortierung der Akten vorgenommen hat?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *Das betrifft ziemlich genau die Anzeige, daher muss ich mich an dieser Stelle von der Aussage entschlagen.*

**Abg. Staudacher:** *Aber es handelt sich ja um Akten aus der Finanzabteilung. Ist das richtig?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *In der Liste, ja.*

**Abg. Staudacher:** *Bitte? Ja, haben Sie gesagt, oder?*

**Vertrauensperson Dr. Fink:** *Entschlagen! (flüsternd.)*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *Ich entschlage mich der Aussage.*

**Abg. Staudacher:** *Wie jetzt? Ja oder entschlagen?*

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** *Ich entschlage mich der Aussage.*

---

<sup>87</sup> Protokoll der Befragung von Dkfm. Höving, 12. Oktober 2022, Seiten 8/9

**Abg. Staudacher:** Aber zuerst haben Sie Ja gesagt, oder?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Ich höre auf meinen Rechtsbeistand, auf meine Vertrauensperson.

**Abg. Staudacher:** Nachdem Sie uns ja vor Ihrer Entschlagung gesagt haben, dass es Akten der Finanzabteilung sind, probiere ich es weiter. In wessen Auftrag haben Sie die Vorsortierung durchgeführt?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Ich entschlage mich gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1.

**Abg. Staudacher:** Wurden Sie da von Frau Dr. Ebner, Abteilungsleiterin der Finanzabteilung, angewiesen, das zu tun?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Auch hier entschlage ich mich gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1.

**Abg. Staudacher:** Oder war es vielleicht die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig oder jemand aus ihrem Büro?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Gleicher Grund, ich entschlage mich gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1.

**Abg. Staudacher:** Wissen Sie, warum ich Sie das frage, Herr Diplom-Kaufmann? Die Frau Schaunig hat uns hier im U-Ausschuss auf unsere Befragung gesagt, dass die Übermittlung der Akten in der Zuständigkeit der Finanzabteilung war. Können Sie nichts dazu sagen, oder?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Da müssen Sie die Auskunftsperson Dr. Schaunig befragen. Gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1 kann ich dazu nichts sagen.

**Abg. Staudacher:** Herr Diplom-Kaufmann, was waren denn die Kriterien, nach denen Sie diese Auswahl vorgenommen haben?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Auch hier gilt § 28 Absatz 1 Ziffer 1. Ich muss die Aussage verweigern.

**Abg. Staudacher:** Wurden Ihnen bestimmte Kriterien von Vorgesetzten vorgegeben oder haben Sie das eigenmächtig gemacht?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Ich muss die Aussage verweigern gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1.

Die Leiterin der Finanzabteilung Mag. Dr. Daniela Ebner erläuterte, wie sie die Übermittlung der vom Ausschuss angeforderten Unterlagen organisiert hat. am 12.10.2022

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Wir haben eine Kanzleiordnung, die uns sagt, wie Akten zu führen sind, unter welchen Voraussetzung, aber auch die Akten zu verakten, respektive zu skartieren sind. Wir müssen sie dem Landesarchiv anbieten, um sie dann entsprechend abzulegen. Der Zeitraum, den der Untersuchungsausschuss umfasst, rührt bis ins Jahr 2014 zumindest zurück. Das heißt, in diesem Zusammenhang fiel mir natürlich auch die Aufgabe zu, mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die entsprechenden Unterlagen zu sondieren, vorzubereiten, auszuheben. Sie haben alle die Erfahrung gemacht, wie viele Akte geliefert worden sind. Es waren weit über tausend Akte mit über 35.000 Seiten. Es wurden sämtliche Originalakte ausgehoben, gesichtet, digitalisiert, sprich, es sind auch mehrere Stellen im Haus dann damit konfrontiert gewesen oder beauftragt gewesen, diese Akten, wie gesagt, auszuheben und zu digitalisieren und zu übermitteln. Das nur eben zur Vorgangsweise beziehungsweise zu meiner Rolle. Das hat natürlich auch mehrere Personen und mehrere Mann-Tage, Mann-Wochen, Mann-Monate in Anspruch genommen, um dieses Datenmaterial zur Verfügung zu stellen. Danke!

**Vors. KO Darmann:** *Unterlagen aufzubereiten. Genau das Wort ist gesagt worden, aufzubereiten. Was kann man darunter verstehen?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Na ja, die Beweismittelanträge, die ja in mehrfacher Art und Weise ergangen sind, umfassen ja auch Schriftstücke unterschiedlichster Qualität, sage ich jetzt einmal so. Die Schriftstücke sind natürlich auch in unterschiedlicher Qualität vorhanden. Das Einfachste wäre gewesen, wenn wir die digital abgespeicherten Akte übermitteln hätten können, aber es war der ausdrückliche Wunsch, erstens einmal, die Originalakte zu ermitteln und zu erheben, sprich, das waren dann die Akte, die nach dem Aktenlauf im Haus mit den entsprechenden Unterschriften versehen sind. Da sind dann auch teilweise Beilagen dabei, die von Notariaten und Notaren gefertigt worden sind beziehungsweise dann teilweise natürlich auch Unterlagen, die physisch gar nicht mehr bei uns im Haus sind, weil wir haben einen Skartierungsauftrag, die liegen im Archiv, die liegen im Keller, die haben ausgehoben werden müssen und das meine ich mit Aufbereitung der Unterlagen. Die Sondierung und überhaupt der Abgleich mit dem Untersuchungsgegenstand beziehungsweise mit dem Beweisthema.*

**Abg. Klocker:** *Zum Prozedere: Wer hat das eigentlich dann entschieden – das sind ja tausende oder Millionen an Blättern von Unterlagen oder Dateien – wer hat das entschieden, was weitergeleitet wird oder was nicht weitergeleitet wird?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Die Anfrage über die Beweismittelbereitstellung erging an die Finanzreferentin, sprich, das hat dann natürlich in Abstimmung mit der Finanzreferentin stattgefunden.*

**Abg. Klocker:** *Okay! Also, es gab regelmäßig mit der Finanzreferentin Rücksprache beziehungsweise die Entscheidungsfindung, was man von diesen Millionen Blättern oder Dateien dem Untersuchungsausschuss weitergibt?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Es gibt unser digitales Aktensystem, das schon einmal zumindest diese Millionen Blätter, die Sie da skizzieren, die in der Finanzabteilung einmal grundsätzlich zur Bearbeitung zur Verfügung stehen - ich habe auch die Landesimmobiliengesellschaft bei mir dabei. Im Ausschlussverfahren kann man schon einmal eingrenzen auf bestimmte Themengebiete, sage ich jetzt einmal so. Aber natürlich, was dann diese Eingrenzung betroffen hat, wurde dann natürlich in Abstimmung mit der Finanzreferentin zugrunde gelegt dem Untersuchungsgegenstand und die Beweismittelanforderung - wurden da natürlich Abstimmungen vorgenommen.*

**Abg. Klocker:** *Eine sehr wichtige Aussage! Ich sage einmal dazu ganz allgemein: Sortierungen oder das jetzt medial verbreitete Wort Schwärzungen wurden auch mit der Finanzreferentin abgesprochen beziehungsweise von ihr angewiesen?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ich möchte einmal bei diesen beiden Begriffen unterscheiden. Es haben keine Vorsortierungen von Beweismitteln stattgefunden, sondern es hat eine Sondierung der Geschäftsstücke stattgefunden, die dazu dienen, als Beweismittel übermittelt zu werden. Also, es wurden nicht die Beweismittel vorsortiert, sondern es wurden die Geschäftsstücke, die in der Abteilung 2 vorhanden sind, dahingehend überprüft und hinterfragt, ob sie zum Untersuchungsgegenstand passen beziehungsweise ob sie als*



*Beweismittel angefordert worden sind. Das ist das eine Thema. Es hat seitens der Finanzabteilung keine Schwärzung stattgefunden. Sämtliche Unterlagen, die wir übermittelt haben, und wie gesagt, es sind über 35.000 Seiten, wobei, zum Prozess noch einmal, wir übermitteln an die Finanzreferentin. Die Übermittlung danach an den Ausschuss, wie die dann stattgefunden hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß nicht, wie das dann stattgefunden hat. Aber seitens der Finanzabteilung wurden keinerlei Schwärzungen vorgenommen in den von uns übermittelten Akten.*

**Abg. Klocker:** *Die angesprochene Zahl von Millionen Unterlagen oder Dateien, wie Sie schon ausgeführt haben, monatelange Arbeit mit Ihrem ganzen Mitarbeiterstab, diese dann zu gewichten, was ist jetzt wichtig für den Untersuchungsausschuss oder der Sache dienlich, das ist ja schwierig, das muss ja jemand entscheiden.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Es hat keine Gewichtung stattgefunden, sondern ist es ein Beweismittel oder ist es kein Beweismittel.*

**Abg. Klocker:** *Ja genau, auf das will ich hin. Diese Entscheidung, ob das ein Beweismittel ist oder nicht, haben Sie getroffen oder die Frau Dr. Schaunig? Bildlich gesprochen, jetzt habe ich da drei Blätter liegen, die etwas mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben könnten und jetzt sind wir wieder bei diesen Millionen an Unterlagen – irgendwer muss ja entscheiden, die zwei gebe ich jetzt hin und das ist vielleicht nicht so wichtig?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Das hat stattgefunden, ja.*

**Abg. Klocker:** *Aber immer in Absprache oder die Entscheidung von Frau Dr. Schaunig?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ja, genau!*

**Abg. Staudacher:** *Haben Sie die Anweisung gegeben oder von jemandem Anweisungen erhalten, dass eine solche Kategorisierung der Akten vorgenommen werden soll, wie es hier von diesem Medium öffentlich gemacht wurde?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Danke für die Frage, Herr Abgeordneter! Ich habe keine Weisung erhalten.*

**Abg. Staudacher:** *Sie haben das von sich aus gemacht?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Noch einmal zur Klarstellung: Herr Abgeordneter Klocker hat schon ausgeführt, es sind Millionen Seiten. Es sind wahrscheinlich keine Millionen, aber es sind tausende Seiten, die grundsätzlich einmal aufgrund unseres Aktensystems erfasst sind, die aufgrund der Kanzleiordnung zu verakten sind. Es muss eine Zuordnung der Akte zu den Beweisthemen und zum Untersuchungsgegenstand stattfinden, dass es interne Arbeitsaufzeichnungen gibt, die dazu dienlich sind, noch dazu, wir müssen die Akten ja aufbewahren. Ich habe gerade ausgeführt, das sind die Originalakte, da sind Notariatsakte dabei, das hat Konsequenzen. Ich muss die aus dem Archiv, teilweise aus dem Keller physisch ausheben und ich muss das im Haus einer anderen Stelle geben. Die Scanstelle war dafür verantwortlich, diese Akten so zu digitalisieren, dass Sie Ihnen, den Abgeordneten, digital lesbar zur Verfügung stehen. Ich muss Aufzeichnungen führen, um zu wissen, diesen Akt habe ich dorthin gegeben und den habe ich auch wieder zurückbekommen.*

**Abg. Staudacher:** *Das ist interessant, Frau Doktor! Können Sie uns sagen, nach welchen Kriterien diese Einteilung der Akten erfolgt ist?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ja, Untersuchungsgegenstand-relevant, ja oder nein, Beweisthema-relevant, ja oder nein.*

**Abg. Staudacher:** *Also, relevant, ja oder nein und Sie haben dann gesagt, relevant, ja oder nein?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ja!*

**Abg. Staudacher:** *Wen haben Sie eigentlich mit der Sortierung dieser Akten beauftragt?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen meiner Abteilung, teilweise nicht mehr im Dienst, weil in der Zwischenzeit in Pension.*

**Abg. Staudacher:** *Wer waren die Mitarbeiter?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.*

**Abg. Staudacher:** *Das werden Sie ja wissen, wen Sie da eingeteilt haben.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ja!*

**Abg. Staudacher:** *Ich würde gerne wissen, welche Mitarbeiter das waren!*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Die Kanzleistelle, das Sekretariat und diverse MitarbeiterInnen. Was die anderen Personen des Hauses betrifft, nämlich in der Scanstelle, ist mir nicht bekannt.*

**Abg. Staudacher:** *Aber ich möchte wissen, wer das in der Finanzabteilung gemacht hat.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ich persönlich, eine Juristin bei mir, die Kanzlei bei mir, das Sekretariat bei mir und ein Mitarbeiter, den Sie bereits schon befragt haben.*

**Abg. Staudacher:** *Jetzt habe ich nach Namen gefragt, Frau Dr. Ebner, ich würde Sie bitten, das auch dementsprechend auszuführen! Wer waren die Mitarbeiter, die damit beauftragt waren?*

**Vertrauensperson Dr. Fink:** *Ist die Frage zulässig?*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Warum soll die Frage nicht zulässig sein?*

**Vertrauensperson Dr. Fink:** *Ob sie da umfasst ist vom...*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Ist eine Tatsachenfrage, welche Mitarbeiter waren befasst.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Gut, Kanzlei.*

**Abg. Staudacher:** *Namen, Kanzlei ist ein Überbegriff!*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Furian, juristischer Dienst – Thaler, Wirtschaftlicher Dienst – Höving und ich.*

**Abg. Staudacher:** *Der Herr Höving war auch dabei. Hat eigentlich der Herr Dipl.-Kfm. Höving diese Sortierung in seiner Funktion als weisungsgebundener Bediensteter der Finanzabteilung vorgenommen?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Er ist nicht KAF-Mitarbeiter bei mir. Er kann nur ein eigener Mitarbeiter sein.*

**Abg. Staudacher:** *Also, als weisungsgebundener Mitarbeiter der Finanzabteilung?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ja!*

**Abg. Staudacher:** *Waren Sie eigentlich darüber informiert, Frau Doktor, dass Schriftstücke, aus denen hervorgeht, dass zwischen KAF und ABBAG teilweise erhebliche Meinungsunterschiede bestanden haben, zum Beispiel über die Transaktionskosten im Zusammenhang mit dem gescheiterten ersten Angebot, dass diese dem U-Ausschuss nicht zur Verfügung gestellt wurden? Nachdem Sie ja gesagt haben, Sie waren bei der Kategorisierung maßgeblich dabei.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Habe ich keine Erinnerung dazu. Habe ich keine Wahrnehmung oder Erinnerung dazu.*

**Vors. KO Darmann:** *Um mich vielleicht kurz einzubringen in meiner Funktion als Vorsitzender, das Wort an mich zu ziehen. Meines Erachtens scheint die Frage insofern Relevanz zu haben, als wenn eine Sondierung der Unterlagen, wie Sie es gesagt haben und eine Aufbereitung der Unterlagen stattgefunden hat, bei der Sie zumindest miteingebunden waren jetzt als Chefin der Abteilung, inklusive Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig, plus weitere*

*Mitarbeiter, uns aber die Unterlagen nicht zugekommen sind, die aber für den Ausschuss relevant waren/sind, dann dürften Sie bei dieser Sondierung durchgefallen sein. Dann muss es auch einen Grund haben, wieso nach Meinung der Finanzabteilung diese Auffassungsunterschiede, die veraktet sind, anscheinend auch in E-Mails, in Vorbereitungen für Termine bei Finanzministern in Wien veraktet sind – so hat es uns zumindest Finanzminister a.D. Löger gesagt, dass es dann ein Anschreiben gegeben hat, wo es um Nachverhandlungen der 1,2 Milliarden Euro gegangen ist, was man mit ihm besprechen wollte, im Gegenteil zu dem, was hier im Ausschuss von der Frau Schaunig ausgesagt wurde. Das heißt, wenn das in der Sondierung, in der Aufbereitung so eingestuft wird, dass es für den Ausschuss nicht relevant ist, ist es schon wieder mitumfasst auch vom Beweisthema, und das hat dann jetzt stattgefunden bei der Sondierung und Aufbereitung, nicht in der Zeit von früher, wo Sie die Büroleitung waren, sondern jetzt, wo Sie zuständig wären.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Wenn es dazu veraktete Schriftstücke gibt, wo ich jetzt davon nicht in Kenntnis bin beziehungsweise nicht darauf vorbereitet bin, die Kenntnisdaten zu haben, dann wären die natürlich potentiell als Beweisstücke einer Untersuchung wert gewesen. Wenn es sich dabei allerdings um E-Mails, Terminvorbereitungen von einer Finanzreferentin mit politischen Terminen handelt, dann entzieht sich das meiner Kenntnis.*

**Vors. KO Darmann:** *Eine kurze Frage, das dürfte jetzt ein Missverständnis sein. Genau solche E-Mails, der gesamte E-Mail-Verkehr zwischen der Landesfinanzreferentin in dieser Thematik des Untersuchungsgegenstandes ist pauschal mit einstimmigem Beschluss des Untersuchungsausschusses von der Finanzabteilung angefordert worden.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Aber der E-Mail-Verkehr der Finanzreferentin liegt nicht in der Finanzabteilung auf, der liegt bei der Finanzreferentin auf.*

**Vors. KO Darmann:** *Ja, aber die hätten übermittelt werden müssen und auch beschafft werden müssen durch die sondierenden und aufbereitenden Personen, weil sie natürlich angefordert wurden. Das ist ja keine Alibiaktion und keine Schmähpattie durch den Untersuchungsausschuss, genau diese Vorbereitungen haben zu wollen, noch dazu, wenn der ehemalige Finanzminister uns da mitteilt, dass das eine aufbereitete Grundlage, ein Aviso war, dass die Gesprächsthemen der Finanzreferentin mit dem Herrn Dr. Löger, Bundesminister für Finanzen a.D., und wir kriegen das nicht und dann liegt es bei der Finanzreferentin und ist halt nicht übermittelt worden. Das kann man schon so sagen, das ist dann natürlich auch vom Ausschuss zu werten. Bitte!*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Ich möchte versuchen, das auf eine sachliche Grundlage zu stellen. Die Fragestellung habe ich so verstanden, ob Unterlagen, die solche Meinungsdivergenzen oder Differenzen schlechthin zwischen Bund und Land betreffen, im Zuge der Sortierung oder Aufbereitung der Unterlagen ausgeschlossen wurden, nachdem sie nicht vorgelegt worden sind?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Mir sind in der Finanzabteilung, außerhalb der Finanzabteilung keinerlei derartige Unterlagen bekannt. Ich habe auch in meiner Befragung im Mai bereits, da war das Ganze bereits schon auch einmal ein Thema, darauf hingewiesen, politische Termine oder politische Gespräche hat die Finanzreferentin geführt, insbesondere wenn es Gespräche mit dem Finanzminister waren, aber das habe ich damals bereits zu*

*Protokoll gegeben, dann liegt das in der Einflussmacht und in der Einflussphäre der Finanzreferentin beziehungsweise allfällig des Landeshauptmannes.<sup>88</sup>*

## **24 Schlussfolgerungen betreffend die Nichtübermittlung bzw. die unvollständige Übermittlung von Beweisen**

Das Onlinemedium „5min.at“ hat am 20.07.2022 darüber berichtet (<https://www.5min.at/202207543876/hypo-untersuchungsausschuss-welche-dateien-den-freiheitlichen-nicht-uebergeben-wurden/>), dass eine interne Liste des Kärntner Ausgleichszahlungsfonds zeigt, dass dem Kärntner Hypo-Untersuchungsausschuss Dokumente nicht übergeben worden sein könnten. Laut Bericht handelt sich dabei um eine Sammeliste. Ihr Dateiname: „Dokumente Domea Gesamt\_27042022\_Übergabe polit. Büro.xls“. Die Liste soll zuletzt durch einen der beiden Vorstände des Kärntner Ausgleichszahlungsfonds (KAF) abgespeichert worden sein. Das geht aus den Metadaten hervor. Für den Untersuchungsausschuss war es daher wichtig, sich dieser Thematik anzunehmen. Denn eine (vorsätzliche) Nichtübermittlung von Beweismitteln stellt für den Untersuchungsausschuss ein wesentliches Hemmnis im Hinblick auf die Wahrheitsfindung dar.

Wie bereits ausgeführt, wurde den Beweismittelbeschlüssen des Untersuchungsausschusses von verschiedensten angefragten Stellen nicht bzw. nicht vollumfänglich nachgekommen. Diese Tatsache ergibt sich auch aus den Befragungen der Auskunftspersonen zu dieser Thematik.

Der KAF hat keine Unterlagen an den Untersuchungsausschuss übermittelt. Basis war ein Rechtsgutachten von Herrn Dr. Primosch (11-14/32 (ON 2), welches besagt, dass der KAF keine Unterlagen übermitteln müsse. Der KAF-Vorstand hat sich aufgrund dieser rechtlichen Stellungnahme dazu entschieden, keine Unterlagen an den Untersuchungsausschuss zu liefern. Der KAF hat in diesem die Wahrung des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses, also kapitalmarktrechtliche Dinge zu beachten und letztendlich den Umstand berücksichtigt, dass es nicht unter die Verpflichtung des KAF fällt, Unterlagen zu liefern.

Landeshauptmannstellvertreterin Schaunig-Kandut hat in den Befragungen mehrfach darauf verwiesen, dass die Vorbereitung der Aktenübermittlung durch die Mitarbeiter der Finanzabteilung erfolgt ist. Wer konkret was gemacht habe, müsse man die zuständige Abteilungsleiterin fragen. Wer eine Vorsortierung durchgeführt hat, wisse sie nicht.

Landeshauptmannstellvertreterin Schaunig-Kandut hat im Zuge der Befragungen im Untersuchungsausschuss auch verneint, dass sie selbst die Kategorisierung der Akten angeordnet hat, beziehungsweise sie von der Kategorisierung in Kenntnis gesetzt wurde.

Auch Landeshauptmann Kaiser hat in seiner Befragung zu Protokoll gegeben, dass er für die Übermittlung von Unterlagen nicht verantwortlich ist und dies in die Zuständigkeit der Abteilungen falle.

Herr Dkfm. Höving erklärt dem Untersuchungsausschuss im Hinblick auf die Vorsortierung von Beweismitteln, dass er sich dazu nicht äußern will, da ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren läuft, indem er als Beschuldigter geführt wird. Die Frage, ob es sich bei den Akten, welche in einer Excel-Liste vorsortiert wurden, um Akte aus der Finanzabteilung handelt, wurde von

---

<sup>88</sup> Befragung von Dr. Daniela Ebner am 12. Oktober 2022

Dkfm. Höving jedoch bejaht. Zu den restlichen Fragen von Abgeordneten in diese Richtung im Wesentlichen auf den Aussageverweigerungsgrund gem. § 28 Absatz 1 Ziffer 1 des Kärntner Untersuchungsausschussgesetzes verwiesen.

Die wichtigsten Antworten in diesem Zusammenhang wurden dem Untersuchungsausschuss jedoch von der Leiterin der Finanzabteilung gegeben. **Frau Dr. Daniela Ebner hat dem Untersuchungsausschuss nämlich erklärt, dass die Entscheidung, was als Beweismittel gilt, immer in Absprache mit Frau Dr. Schaunig-Kandut stattgefunden hat.** Mit der Sortierung der Unterlagen wurden mehrere Mitarbeiter der Finanzabteilung beauftragt. Genannt wurden in diesem Zusammenhang Furian, Thaler, Höving und Ebner selbst. Höving soll diese Tätigkeit laut Ebner als weisungsgebundener Mitarbeiter der Finanzabteilung durchgeführt haben.

**Abschließend kann also festgehalten werden, dass sich die Auskunftspersonen im Hinblick auf die Vorsortierung von Beweisen mehrfach widersprochen haben.** Landeshauptmannstellvertreterin Schaunig-Kandut ist laut Abteilungsleiterin Dr. Ebner immer in diese Thematik eingebunden gewesen, obwohl diese es verneint hat. Auch Dkfm. Höving war laufend eingebunden und hat in diesem Zusammenhang auch aktiv an der Aktenübermittlung gearbeitet.

Dass Höving gleichzeitig Landesbediensteter und Vorstand des KAF ist, verstärkt die Annahme des der Befragung zugrunde liegenden Berichtes des Online-Mediums „5min.at“, dass der Untersuchungsausschuss nicht alle Beweismittel erhalten hat, zudem deutlich. Insbesondere deshalb, weil Höving seine Aussagen im Untersuchungsausschuss deshalb verweigert hat, weil er sich durch eine Aussage selbst belasten könnte.

## 25 Angeforderte Unterlagen geschwärzt übermittelt

Dem Untersuchungsausschuss wurden mehrfach geschwärzte Akten als Beweismittel vorgelegt. So wären z.B. die Protokolle des Aufsichtsorgans des KAF, des Kuratoriums, wichtige Unterlagen zur Klärung offener Fragen gewesen. Doch alle angeforderten Protokolle kamen beim Ausschuss nur geschwärzt an.

**Abg. Rauter** fragte daher den Aufsichtsratsvorsitzenden des KAF Mag. Gilbert Isep: *Hat der KAF alle Kuratoriumsprotokolle auch an die Landesaufsicht übermittelt, so wie es die gesetzliche Bestimmung vorsieht?*

**Auskunftsperson Mag. Gilbert Isep:** *Das ist Aufgabe des Vorstandes. Ich gehe davon aus.*<sup>89</sup>

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, kennen Sie die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes, welche besagt, dass Akten und Unterlagen vom informationspflichtigen Organ ohne Rücksicht auf sonst bestehende Verschwiegenheitspflichten im Umfang des Untersuchungsgegenstandes ungeschwärzt bzw. unabgedeckt vorzulegen sind?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Herr Abgeordneter! Laut Verfassungsdienst ist Datenschutz durch die Rechtsträger selbst zu beurteilen. Die Beurteilung und Vornahme der zu schwärzenden Passagen aufgrund der*

---

<sup>89</sup> Befragung von Mag. Gilbert Isep am 21. September 2022

*datenschutzrechtlichen Vorgaben bzw. der Einhaltung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen obliegt den angefragten Gesellschaften respektive den für sie handelnden Organen, beispielsweise den Vorständen. Durch das Büro des Landeshauptmannes, also mein Büro, wurden lediglich die Unterlagen gesammelt und nicht Schwärzungen oder andere Bearbeitungen unsererseits durchgeführt. Da aber die Anfragen auch durch den geschätzten Präsidenten des Kärntner Landtages stets an den Landeshauptmann gerichtet wurden und nicht an die jeweils zuständigen Regierungsmitglieder oder Fachvorstände oder wer sonst immer eine Gesellschaft oder eine Abteilung repräsentiert, die Schwärzungen wurden nicht vom Landeshauptmann, nicht von meiner Abteilung, nicht von meinem Büro durchgeführt, sondern durch die Gesellschaft selbst auf dieser Basis und unter Beiziehung ihrer Rechtsanwälte vorgenommen. Die Anfrage kann Ihnen daher nur sagen, dass nur Kenntnisse des von Ihnen Verlesenen von Bundesebene her bekannt sind. Zu meiner Zeit, als ich die Ehre hatte, als Abgeordneter in Untersuchungsausschüssen tätig zu sein, gab es eine solche Veranlassung noch nicht. Aber ich kann daher diese Anfrage nicht für mich beantworten, sondern ich ersuche Sie, diese an die jeweiligen die Dokumente ausstellenden Gesellschaften oder Regierungskolleginnen und -kollegen zu richten.*<sup>90</sup>

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann! Die Protokolle, die wir angefordert haben betreffend den Untersuchungsgegenstand von Sitzungen des KAF-Kuratoriums bzw. des K-BV-Aufsichtsrates, liegen ja in der Landesregierung auf, ungeschwärzt, weil die Landesaufsicht ist eine Gesellschaft, die Kommissäre, die einerseits von Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig bzw. von Landesrat Gruber ausgeübt werden. Sehe ich das richtig?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Die sind Kommissäre in Teilgesellschaften des Landes Kärnten, der K-BV, des KAF et cetera, daher würde ich auch ersuchen, die Auskünfte bzw. die Frage an diese zu richten!*

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, mit Verlaub, Sie als Chef der Landesregierung, als politischer Profi, der Jahrzehnte in diesem Geschäft tätig ist, Sie wissen natürlich, dass die Protokolle entsprechend an entsprechenden Stellen ungeschwärzt auch übermittelt werden und drüber auch dementsprechend aufliegen.*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ich kann nur wiederholen, was ich gesagt habe. Ich darf aber beruhigen, dass von mir kein wesentlicher Akt vorliegt. Ich habe keine einzige dieser tausenden und über tausenden Seiten selbst geprüft.*

**Abg. Staudacher:** *Aber übermittelt haben Sie sie ja, das haben Sie in Ihren entsprechenden Ausführungen kundgetan. Die Landesregierung wurde als Gesamtes aufgefordert.*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ich weiß nicht, welche transitive Wirkung des Begriffes Sie übermittelt haben. Es wurde von meinem Büro, wie ich es auch ausgeführt habe, nachdem nur ich angeschrieben wurde oder der Landeshauptmann angeschrieben wurde, im Rahmen der Tätigkeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zugeschickt. Aber die Sammlung dieser Daten, was ja logisch ist, kann ja nicht in meinem Büro von mir oder sonst wo erfolgt sein, weil ich sie ja nicht habe und ich auch keine Befugnis habe, dies zu tun. Aber ich sage, um es einfacher zu machen, einfache Anfrage, warum dies so sei bei den anderen. Die rechtliche Darstellung, die ich mir extra eingeholt habe, auch bei*

---

<sup>90</sup> Befragung von Dr. Peter Kaiser am 30. Oktober 2022

*Datenschutzbeauftragten von Regierungsmitgliedern, die habe ich mir geben lassen, Sie werden sicherlich bei einer entsprechenden Anfrage dieselbe Auskunft bekommen wie ich, beide bezeugen, dass die Vorgehensweise so eine nicht inkorrekte ist.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann! Ich wiederhole mich, um das vielleicht noch einmal ins Treffen zu führen. Aufgrund der Aufsichtsfunktion des Landes beim KAF und bei der K-BV werden Ihren Regierungskollegen die Protokolle von Sitzungen des Kuratoriums und des Aufsichtsrates, wie ich bereits ausgeführt habe, natürlich zugestellt. Die Unterlagen liegen also, wie bereits gesagt, im Amt auf. Wie der VfGH festgestellt hat, haben sie diese Unterlagen also ungeschwärzt übermittelt. Warum ist das nicht passiert?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Noch einmal: Ich stelle die Frage jetzt etwas einfacher, dass man sie nicht verlesen muss. Es darf beispielsweise der Kärntner Ausgleichsfonds schwärzen. Der KAF als ein Inhaber der Geschäfts- und des Betriebsgeheimnisses, und damit auch verantwortlich für die Schutzwürdigkeit seiner eigenen Unterlagen, kann nur selbst befinden. Es wäre vielmehr eine Widrigkeit meinerseits oder eines meiner Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen, wenn wir entgegen dem, was der KAF macht, anders vorgehen würden. Wir erleben es ja, Herr Kollege Staudacher, oder Sie als Abgeordneter gerade jetzt auch in einem anderen thematischen Zusammenhang, dass der Landeshauptmann von Kärnten nicht einmal irgendeinem Geschäftsführer eine Weisung oder sonstiges erteilen kann. Wir kennen ja alle andere Causen, die wir derzeit diskutieren. Ich bitte, das noch einmal von meiner Aussage her zur Kenntnis zu nehmen, dass ich das a) nicht machen kann und b), wenn ich es machen würde, mich einer Rechtswidrigkeit begeben würde, die ich nicht zulasse und auch niemandem meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anordnen würde.*

**Abg. Staudacher:** *Aber, Herr Landeshauptmann, ich muss jetzt auch noch einmal einhaken. Die Landesregierung übermittelt ja die Unterlagen auch nicht geschwärzt an die Kommissäre. Entschuldigung, der KAF übermittelt Unterlagen ja auch nicht geschwärzt an die Kommissäre. Das würde auf der anderen Seite natürlich die Aufsicht der Kommissäre ad absurdum führen, wenn die entsprechend geschwärzte Akten bekommen würden. Sehe ich das richtig?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Das weiß ich nicht, nachdem ich keiner der genannten Kommissäre bin.*

**Abg. Staudacher:** *Herr Landeshauptmann, der VfGH führte auch weiter aus, dass besonders schutzwürdige Informationen nach den Bestimmungen des Informationsschutzgesetzes zu klassifizieren sind. Der Untersuchungsausschuss hat in seinem Beweismittelantrag darauf hingewiesen, dass vertrauliche Informationen, Inhalte als solche zu kennzeichnen sind. Warum wurden die geforderten Protokolle geschwärzt geliefert und nicht lediglich als vertraulich klassifiziert? Können Sie mir vielleicht das beantworten?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Ich kann Ihnen nur dasselbe wiederholend beantworten, was ich bereits dreimal gesagt habe.*

**Abg. Staudacher:** *Gut, dann sage ich einmal vorab danke für Ihre Antwort, Herr Landeshauptmann! Ich möchte aber auch noch eines kommunizieren, wenn es um vertrauliche Themenstellungen geht, dass ich als Mitglied dieses Untersuchungsausschusses die Vertraulichkeit in jedem Fall wahren werden, sollte es hier zu vertraulichen Unterlagen entsprechender Natur auch kommen. Ich würde Sie noch einmal ersuchen, die Unterlagen rechtskonform zu übermitteln.*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Herr Abgeordneter, um es auch von mir abzuschließen: Ich habe sie nicht persönlich, sondern diese Unterlagen wurden übermittelt nach bestem Wissen und Gewissen so, wie sie dem Büro des Landeshauptmannes zugestellt wurden. Ich sehe keinen rechtmäßigen Einfluss darauf, diese Unterlagen in irgendeiner Art und Weise zu verändern. Abgesehen davon kann ich bereits geschwärzte Unterlagen nicht weißigen, das geht nicht.*

**Vors. KO Darmann:** *Entschuldigung, eine Unterbrechung zur Korrektur des Protokolls. Du hast dich, glaube ich, versprochen. Du hast gesagt, du siehst keinen rechtmäßigen Einfluss darauf. Du wolltest sagen, du hast keinen rechtswidrigen Einfluss darauf. Kann das sein?*

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** *Schon rechtmäßig. Ich kann nicht eine Unterlage, die da ist, von mir aus jetzt weißigen, also, sichtbar machen. Woher soll ich denn? Ich bin kein Kommissär. Nein, aber danke!* <sup>91</sup>

**Abg. Klocker:** *Wie erfolgt die Abstimmung zwischen Ihnen und der Landesaufsicht des KAF? Das ist ja Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaubig als Aufsichtskommissärin mit Frau Mag. Dr. Daniela Ebner als Stellvertretende Aufsichtskommissärin. Das heißt, es gibt eine Landesaufsicht und da muss es ja Gespräche geben, nehme ich einmal an.*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *In dem Fall hat es eine Abstimmung, die mir bekannt ist, per E-Mail gegeben, weil wir ganz einfach auf die Stellungnahmen des Verfassungsdienstes hingewiesen und gesagt haben, dass wir nicht beabsichtigen, dem Untersuchungsausschuss Akten des KAF – des KAF! – zu liefern. Dann hat es meines Wissens Rückfragen gegeben betreffend die Protokolle des KAF-Kuratoriums, wo wir auch nur geschwärzte Unterlagen geliefert haben. Das war die Abstimmung. Wir haben unseren Rechtsstandpunkt aus dem KAF mitgeteilt. Der wurde von der Landesaufsicht meines Wissens auch nicht beeinträchtigt.*

**Abg. Klocker:** *Also, diese geschwärzten Unterlagen sind mit der Landesaufsicht abgesprochen?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Wir haben gesagt, dass wir auch die Protokolle nicht zur Verfügung stellen, weil natürlich in den Protokollen des Kuratoriums Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse diskutiert werden. Und auf Basis des Gutachtens des Herrn Primosch vom Verfassungsdienst haben wir auch gemeint, dass wir die schwärzen müssen und nur jene Passagen, die unproblematisch sind, weitergeben. Das haben wir der Landesaufsicht mitgeteilt.* <sup>92</sup>

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Die erste Frage ist: Wer hat die Schwärzungen der Unterlagen, die vorgelegt wurden, vorgenommen? War das die Landesregierung bzw. die Geschäftsabteilung oder war das der KAF?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Ich weiß jetzt ehrlich nicht, von wem Sie jetzt die Unterlagen bekommen haben. Haben Sie sie von uns bekommen? Von uns werden Sie sie nicht bekommen haben, vom KAF. Dann weiß ich nicht, ob wir gesagt haben, was wir als problematisch erachten und die haben es dann selber gemacht oder wir haben es gemacht. Ich weiß es nicht auswendig, wer jetzt wirklich geschwärzt hat.*

---

<sup>91</sup> Befragung von Dr. Peer Kaiser am 30. September 2022

<sup>92</sup> Befragung von Mag. Martin Payer am 21. September 2022



**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Die zweite Frage: Werden die Protokolle des Kuratoriums der Landesaufsicht nach Fertigstellung übermittelt?*

**Auskunftsperson Mag. Martin Payer, MBA:** *Die werden der Landesaufsicht zur Verfügung gestellt, ja.*

Befragung von Landeshauptmannstellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:<sup>93</sup>

**Abg. Staudacher:** *Dem Untersuchungsausschuss, Frau Schaunig, wurden Ihrerseits auch mehrfach geschwärzte Akten als Beweismittel vorgelegt. Ich spreche hier insbesondere von Protokollen des KAF-Kuratoriums, die Ihnen – und das ist ja der springende Punkt – als Landesaufsicht vorliegen. KAF-Vorstand Payer hat auf eine Frage unseres Rechtsbeistandes Dr. Aichinger auch bestätigt, dass Ihnen alle Protokolle der Sitzungen des Kuratoriums übermittelt werden. Wer hat jetzt die Schwärzung konkret vorgenommen? Wurde jetzt im KAF geschwärzt oder in der Landesregierung?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Der Vorstand entscheidet, was Betriebsgeheimnisse des KAF sind und was sozusagen entsprechend markiert wird. Das ist eine Vorstandsentscheidung, der ich mich nur anschließen kann, weil es macht keinen Unterschied, wer darüber befindet. Wenn es um sozusagen berechnigte Geheimhaltungsinteressen geht, kann nur immer der gleiche Maßstab angelegt werden.*

**Abg. Staudacher:** *Frau Dr. Schaunig, laut Payer werden im KAF – und das hat er da herinnen auch gesagt – keine Protokolle geschwärzt, da der KAF auch keine Protokolle an den U-Ausschuss übermittelt hat, da er sich auch nicht dazu verpflichtet fühlt. Das heißt, es muss dann ja in der Landesregierung passiert sein.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das wäre mir jetzt nicht bekannt. Richtig ist, ja, dass der KAF die Unterlagen nicht übermitteln muss.*

**Abg. Staudacher:** *Aber die Landesregierung, wir haben sie ja auch bei der Landesregierung angefordert. Wenn der KAF ungeschwärzte Akten übermittelt und der Herr Vorstand sagt, es werden hier keine Akten geschwärzt, dann muss die Schwärzung ja in der Landesregierung passiert sein. Also, wer hat jetzt geschwärzt?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das weiß ich nicht.*

**Abg. Staudacher:** *Sie wissen das nicht? Sie wissen nicht, ob in Ihrem Büro jemand Akten schwärzt?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Aktenübermittlungen werden nicht im Büro gemacht, sondern das sind Sachen, die im KAF liegen, Dinge, die in der Abteilung liegen.*

**Abg. Staudacher:** *Jetzt geht es da um die Hypo, um die Thematik, die in Ihrem Referat angesiedelt ist. Jetzt sagen Sie, Sie können das nicht sagen, ob da im Büro etwas gemacht worden ist oder in der Abteilung. Das ist sehr eigenartig, das müssen Sie mir jetzt einmal erklären! Da komme ich jetzt nicht mit.*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Das ist gar nicht eigenartig.*

**Abg. Staudacher:** *Nicht?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Nein.*

**Abg. Staudacher:** *Also, Schwärzungen sind ganz normal?*

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** *Ich weiß nicht, was das für eine Frage ist.*

---

<sup>93</sup> Befragung von Dr. Gabriele Schaunig-Kandut am 28. September 2022

**Abg. Staudacher:** Sie haben ja auch die Begleitschreiben unterschrieben, Frau Schaunig.

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** Für die Übermittlung, ja.

**Abg. Staudacher:** Der geschwärzten Akte?

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** All jener Akte, die von den Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen umfasst sind.

**Abg. Staudacher:** Die offensichtlich in der Landesregierung entschieden worden sind, weil der KAF ungeschwärzte Akten geliefert hat?

**Auskunftsperson 2. LH-Stv. Dr. Gabriele Schaunig-Kandut:** Das weiß ich nicht.

Befragung von Landeshauptmann Mag. Dr. Peter Kaiser am 30.09.2022

**Vors. KO Darmann:** ...ist in der Gesellschaft der Aufsicht entsprechend das Aktenmaterial ungeschwärzt übermittelt worden und die Schwärzungen haben wohl dann in der Landesregierung, in den Fachabteilungen stattgefunden. Da ist nur eine auseinanderzuidividierende Unschärfe jetzt im Zitieren der Fachabteilungsmeinung, Verfassungsdienst und der tatsächlichen Vorfälle, wie wir sie wahrgenommen haben als Untersuchungsausschuss, der dann die Akten entweder nicht bekommen hat oder geschwärzt bekommen hat.

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** Ich kann nur ausschließen, dass es von mir geschwärzt wurde. Ich habe die Vorgehensweise so, wie sie vom höchsten Organ des Verfassungsdienstes mir gegenüber auch dargestellt wurde, auch zur Kenntnis gebracht, damit das offiziell ist.

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** Nur eine kurze Anmerkung für das Protokoll: Die Stellungnahme des Verfassungsdienstes erfolgte zur Vorlage von Unterlagen des KAF beziehungsweise der landesunabhängigen Landesgesellschaften und nicht der Landesregierung beziehungsweise der jeweiligen Referate.

**Auskunftsperson Landeshauptmann Mag. Dr. Kaiser:** Was mich betrifft, nachdem ich selbst ja nur in diesen Bereichen, die meine Abteilungen zur Verfügung gestellt haben, das vorgenommen habe: Von uns wurde das alles übermittelt, was angefordert war. Der Datenschutz, wie er generell zu handhaben ist, das war ja auch damals reflektierend auf die Anfrage vom Kollegen Staudacher, meine Beantwortung, wie ich vorgegangen bin und welche Aufgabe mir jetzt in der Funktion als Landeshauptmann zugefallen ist.

Befragung von Dipl.-Kfm. Alexander Höving:

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** ..Diese Protokolle der Sitzungen hat der KAF gesichtet und hat sie entsprechend den Vorgaben, die Betriebs- und Geschäftsgeheimniswahrung, aber auch das Risiko der kapitalmarktrechtlichen Implikationen, geschwärzt. Im Aufforderungsschreiben der Finanzaufsicht an den KAF stand auch drin, dass der KAF die Unterlagen zu liefern hat, aber unter Wahrung allfälliger rechtlicher Restriktionen. Der vierte Punkt: Der KAF wurde noch einmal ein erneutes Mal von der Landesaufsicht, vorher vom Untersuchungsausschuss angeschrieben, die Begründung für die Schwärzungen zu liefern. Das wiederum hat der KAF getan. Der KAF hat in diesem Fall agiert in seiner Funktion als Gesamtvorstand, das zuständige Organ ist ja der Gesamtvorstand, und der Gesamtvorstand des KAF hat diese Dokumente der Schwärzung freigegeben und an die Finanzaufsicht geschickt, die sie dann auskunftsgemäß in Richtung Untersuchungsausschuss geschickt hat. Das heißt, die Begründung kann ich ja an dieser Stelle nicht ganz nachvollziehen. Vielleicht ist es ein Missverständnis, ich weiß es nicht. Der Landesdienst hat keine geschwärzten Unterlagen geliefert, sondern er hat die den Untersuchungsgegenstand

betreffenden Unterlagen so geliefert, wie sie vorliegen. Der KAF dagegen hat die notwendigen Schwärzungen vorgenommen. Das wäre mein Eingangsstatement.

**Vors. KO Darmann:** Fakt ist, dass hier Ihr Co-Vorstand im KAF, Mag. Payer, zu Protokoll gegeben hat unter Wahrheitspflicht, dass der KAF keine Schwärzungen vorgenommen hat bei den übermittelten Akten und dass diese dann sohin sehr wahrscheinlich woanders geschwärzt worden sein müssen, weil es diese Schwärzungen nach seinem Wissensstand im KAF nicht gegeben hat bei der Übermittlung. Das war praktisch auch die Grundlage, unter anderem, jetzt nachzufragen, wo ist das dann passiert? Es wird keine Reinigungskraft irgendwo gemacht haben. Sie haben selbst gesagt, dass das der Gesamtvorstand geschwärzt freigegeben hat. Gesamtvorstand wäre vermutlich auch der Herr Mag. Payer. Er weiß nichts davon. Hier im Untersuchungsausschuss hat er das wörtlich so gesagt. Das ist natürlich für uns eine Nachfrage wert gewesen, weil es hier um das Miteinander in einer Aufklärung eines Untersuchungsgegenstandes geht, zwischen Landesregierung, die hier im Untersuchungsausschuss kontrolliert wird und dem Kärntner Landtag. Wenn dann geschwärzte Akten in welcher Form auch immer uns vorgelegt werden, teilweise ganze Seiten und dann auch darüber hinaus - zu Ihrer einleitenden Stellungnahme - eine grundlegende Begründung für eine Aktenschwärzung mitgeliefert wird, aber nicht die einzelnen geschwärzten Passagen begründet werden, was aber die Vorgabe wäre, jede für sich zu argumentieren, wieso eine Schwärzung stattfindet, ist auch zu hinterfragen, ist das jetzt im KAF oder ist das in der Landesregierung passiert. Weil beim KAF haben wir dann bewusst nicht mehr angefragt, weil uns natürlich die Rechtsgrundlage bekannt ist, dass nach unserem derzeitigen Rechtsinstitut in Kärnten auf eine Landesgesellschaft nicht zugegriffen werden kann. Vielleicht falsch formuliert, können schon, aber die muss nicht übermitteln, gegebenenfalls darf sie übermitteln nach eigenen internen Beschlüssen, aber sie muss nicht. Deswegen haben wir auch die Landesaufsicht gefragt hinsichtlich der Akten, die der Landesregierung und der Landesaufsicht zur Verfügung stehen. Auch Herr Mag. Payer hat gesagt, dass alle Protokolle der Kuratoriumssitzungen der Landesaufsicht zur Verfügung gestellt werden. Wenn das so ist – das ist im Übrigen auch ein Widerspruch zur Aussage auch von der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig – wenn das so ist, dass sie auch vorrätig sind in der Landesregierung, gehe ich davon aus, dass unabhängig vom Untersuchungsausschuss und von der Aktenanforderung die Protokolle ohnehin dort aufliegen müssen – ungeschwärzt – weil sonst würde ja die Landesaufsicht ad absurdum geführt werden, wenn die Landesaufsicht geschwärzte Kuratoriumssitzungsprotokolle bekäme. Aber diese Unterlagen, die anscheinend laut Mag. Payer bei der Landesregierung und bei der Landesaufsicht, Frau Dr. Schaunig, liegen sollten in der Finanzabteilung, sind uns geschwärzt oder nicht übermittelt worden, weil es gibt ohnehin einige Ordner laut Medienberichten vom Thema für den Untersuchungsausschuss, leerer Ordner oder nicht für den Untersuchungsausschuss geeignet. Wer auch immer das gemacht hat, das ist für uns, wie gesagt, hinterfragenswert, deswegen auch die Ladung, und das ist die Erklärung zur heutigen Ladung. Aber bitte, das auch hinsichtlich dem ersten angeführten Punkt, der Aussageverweigerung, in der Einzelfrage auch anzuführen!

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Anhand der Einordnung, wie Sie die Fragen jetzt überschreiben, hört es für mich bis jetzt so an, als wenn es den Tatbestand der Anzeige treffen würde und ich mich dementsprechend der Aussage entschlagen müsste.

**Vors. KO Darmann:** Ich darf ergänzend für das Protokoll fragen, formal korrekt: Sie berufen sich auf den Aussageverweigerungsgrund gemäß § 28 Absatz 1 Ziffer 1 des Kärntner Untersuchungsausschussgesetzes?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Ja!

**Abg. Staudacher:** Haben Sie eigentlich jemanden dazu angeleitet, die Akten zu schwärzen?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Der KAF hat die Akten geschwärzt an die Landesfinanzaufsicht gesendet.

**Abg. Staudacher:** Und wer?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Der KAF, als Vorstand. Nach außen hin agiert der KAF im Gesamtvorstand für die Einheit KAF.

**Abg. Staudacher:** In welcher Funktion haben Sie im Hinblick auf die Aktenschwärzung gehandelt, als KAF-Vorstand oder als Landesbediensteter?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Als KAF-Vorstand.

**Abg. Staudacher:** Haben Sie die Schwärzungen gemacht?

**Auskunftsperson Dipl.-Kfm. Alexander Höving:** Der KAF hat die Schwärzungen vorgenommen. Ich habe eine Funktion im KAF als Vorstand. In dieser Funktion als Teil des Gesamtvorstandes hat der Gesamtvorstand vom KAF Schwärzungen in Richtung Landesfinanzreferentin freigegeben.<sup>94</sup>

Befragung von Mag. Dr. Daniela Ebner

**Abg. Staudacher:** Dem Untersuchungsausschuss wurden mehrfach geschwärzte Akten als Beweismittel vorgelegt. Damit wir ein Bild haben, die Akten schauen dann so aus, vollständig geschwärzte Akten. Ich rede da nicht von Zeilen oder Passagen, sondern von vollständig geschwärzten Akten. Da spreche ich hier insbesondere von Protokollen des KAF-Kuratoriums, die der Finanzabteilung und Ihnen ja als Landesaufsicht vorliegen. Die Protokolle haben Sie ja.

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Ich bin die Stellvertretende Landesaufsichtskommissarin.

**Abg. Staudacher:** Ja, aber die Protokolle liegen auf. Der Herr KAF-Vorstand Payer hat auf eine Frage unseres Rechtsbeistandes Dr. Aichinger auch bestätigt, dass die Finanzabteilung alle Protokolle der Sitzung des Kuratoriums ohne Schwärzung übermittelt bekommt. Ist das richtig?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Was der Herr Payer in seinen Aussagen sagt, kann ich nicht beurteilen, aber als Stellvertretende Aufsichtskommissarin habe ich den Zugang zu den Sitzungsunterlagen.

**Abg. Staudacher:** So! Und die sind ungeschwärzt, sonst könnten Sie die ja nicht lesen?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Ja!

**Abg. Staudacher:** Also, ungeschwärzte Protokolle. Frau Dr. Ebner, da ergibt sich der logische Schluss, dass die Schwärzungen in der Finanzabteilung vorgenommen worden sind, nachdem sie der KAF ja ungeschwärzt übermittelt, so wie Sie jetzt gesagt haben. Da möchte ich jetzt fragen, warum und aufgrund welcher Rechtsgrundlage wurde geschwärzt?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Die Finanzabteilung hat keine Schwärzungen vorgenommen.

**Abg. Staudacher:** Wer hat denn dann geschwärzt?

---

<sup>94</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 12. Oktober 2022

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Die Finanzabteilung hat keinerlei Schwärzungen vorgenommen.*

**Abg. Staudacher:** *Wer hat geschwärzt?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Das entzieht sich meiner Kenntnis, aber die Finanzabteilung hat keinerlei Schwärzungen vorgenommen.*

**Abg. Staudacher:** *Der Herr Payer sagt, der KAF war es nicht.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Was der Herr Payer sagt, weiß ich nicht.*

**Abg. Staudacher:** *Und auch die Finanzabteilung war es nicht und wir haben solche Akten. Frau Ebner, mit Verlaub, aber das ist für mich nicht nachvollziehbar!*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ich habe diese Akten nicht übermittelt.*

**Abg. Staudacher:** *Sie haben diese Akten nicht übermittelt? Ich fasse jetzt noch einmal zusammen: Der KAF liefert die Protokolle ungeschwärzt zu Ihnen, haben Sie gesagt.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Der KAF stellt im Rahmen meiner Tätigkeit als Stellvertretende Aufsichtskommissarin Sitzungsunterlagen zur Verfügung, die sind mir ungeschwärzt zugänglich. Der Untersuchungsausschuss hat beim KAF mehrfach und in weiterer Folge dann bei der Aufsichtskommissarin um Sitzungsprotokolle angesucht. Das sind zwei paar verschiedene Paare Schuhe.*

**Abg. Staudacher:** *Ja, die aber ungeschwärzt vorliegen nach Ihren Aussagen.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun.*

**Abg. Staudacher:** *Doch!*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Nein! Ich habe keine Unterlagen geschwärzt, ich habe nicht einmal Unterlagen übermittelt.*

**Vors. KO Darmann:** *Für uns stellt sich nur eine Frage, auch mir persönlich stellt sich diese Frage als Mitglied, aber auch als Vorsitzender des Ausschusses: Dann ist bestätigter Weise sehr wohl von Herrn Mag. Payer mitgeteilt worden, dass alle Protokolle der Kuratoriumssitzungen, damit ich es auch formal richtig sage, natürlich ungeschwärzt der Landesaufsicht zur Verfügung gestellt werden. Nichts anderes haben Sie jetzt auch gerade bestätigt.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Genau!*

**Vors. KO Darmann:** *Verschiedenste Protokolle, um in Ihren Ausführungen einen Schluss möglich zu machen, sind nach einer gewissen Zeit im Landesarchiv abgelegt?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Sie müssen, bevor sie vernichtet werden, endgültig dem Landesarchiv zur Verfügung gestellt werden.*

**Vors. KO Darmann:** *Richtig! Nach welchem Zeitraum findet das dann statt?*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Nach sieben Jahren.*

**Vors. KO Darmann:** *Das habe ich mir auch gedacht, nach sieben Jahren. Das heißt, wir sind von 2014 bis 2021 da recht gut unterwegs, weil in der Zeit hat sich das meiste abgespielt im Untersuchungsgegenstand. Das heißt, diese Protokolle sind dann entsprechend von damals – zumindest 2015 bis 2022 – normalerweise in der Landesregierung aufzufinden, weil die sieben Jahre da noch nicht um sind. Jetzt ist die Fragestellung – ich mutmaße, dass es genau in diese Richtung gegangen ist – ich versuche es in anderen Worten: Wenn das alles, um der Aufgabe der Landesaufsicht nachkommen zu können, natürlich zuallererst einmal ungeschwärzt bei der Landesaufsicht war, wie kommen dann geschwärzte Akte zu uns, diese Kuratoriumssitzungsprotokolle?*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** *Die dem Untersuchungsausschuss ja nicht der KAF übermittelt hat, sondern die Finanzabteilung.*

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ich kann ausschließen, dass die Finanzabteilung übermittelt hat.*

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** Wer hat die Unterlagen übermittelt?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Das wäre über meinen Tisch gegangen, das kann ich ausschließen!

**Abg. Staudacher:** Wer hat sie dann übermittelt?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Woher soll ich wissen, von wem Sie die Unterlagen gekriegt haben? Von mir nicht!

**Rechtsbeistand Dr. Aichinger:** Ich möchte nur versuchen, mit den Regeln der Logik das ganze Thema noch einmal zu überlegen und zu interpretieren, obwohl es natürlich nicht meine Aufgabe ist, irgendetwas zu interpretieren. Aber ich möchte festhalten, dass die Unterlagen offensichtlich dem Untersuchungsausschuss geschwärzt vorgelegt wurden. Der Herr Dipl.-Kfm. Höving hat erklärt, dass der KAF die Schwärzungen vorgenommen hat, ohne dass er erklärt hat, dass er persönlich es vorgenommen hat. Vorgelegt wurden die Unterlagen vom KAF zunächst überhaupt nicht, weil sich der KAF darauf berufen hat, dass er keine Verpflichtung hat, diese Unterlagen vorzulegen, unterstützt auch durch eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes. Daraufhin hat der Untersuchungsausschuss die Abteilung der Finanzreferentin ersucht, die ihr vorliegenden Unterlagen, die offensichtlich nach den bisherigen Beweisergebnissen ungeschwärzt sind, weil sie der Landesfinanzreferentin und auch Ihnen als Stellvertreterin vom KAF turnusmäßig und zeitgerecht je nach Anfallen entsprechend vorgelegt wurden, weil Sie ansonsten Ihre Aufsichtsverpflichtungen und Ihre Aufgabe nicht wahrnehmen könnten. Das heißt, diese Unterlagen liegen Ihnen offensichtlich vor. Aus diesem Grund hat dann der Untersuchungsausschuss eben nicht nochmals den KAF aufgefordert, die Unterlagen vorzulegen, sondern die Finanzreferentin als Aufsichtskommissarin. Diese hat die geschwärzten Unterlagen, die vom KAF offensichtlich ihr vorgelegt wurden, dem Untersuchungsausschuss vorgelegt, aber nicht die Urkunden, die in ihrer Funktion als Aufsichtskommissarin vorgelegt wurden. Daraus kann ich nur den logischen Schluss ziehen, dass die Finanzreferentin dem Ersuchen des Untersuchungsausschusses eben nicht nachgekommen ist, die ihr vorliegenden ungeschwärzten Unterlagen vorzulegen. Das heißt, vorgelegt wurde auftragsgemäß nicht das, was vom Untersuchungsausschuss angefordert wurde, sondern wiederum nur die vom KAF geschwärzten Unterlagen.

**Abg. Staudacher:** Frau Dr. Ebner, Sie wissen, dass die Dienststellen des Landes verpflichtet sind – ich betone, verpflichtet sind! – angeforderte Unterlagen, die den Untersuchungsgegenstand betreffen, auch an den Untersuchungsausschuss zu übermitteln. Wir haben diese Unterlagen auch entsprechend ungeschwärzt angefordert.

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Ich habe nur ungeschwärzte Unterlagen übermittelt.

**Abg. Staudacher:** Jetzt frage ich noch einmal: Wer hat die Schwärzungen konkret vorgenommen? Ich frage noch einmal: Wer hat die Schwärzungen konkret vorgenommen?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Die Finanzabteilung hat keine Schwärzungen vorgenommen.

**Abg. Staudacher:** Die Landesregierung auch nicht?

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Ich bin nicht befugt, über andere Personen Aussagen zu treffen. Aber ich kann ausschließen, dass die Finanzabteilung geschwärzt hat.

**Abg. Staudacher:** Das heißt, Sie sind nicht befugt, über andere...

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** ...Dienststellen Auskünfte zu geben.

**Abg. Staudacher:** Aber irgendwer muss geschwärzt haben, Frau Doktor!

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** Wenn ich Ihnen jetzt Glauben schenke, dann würde ich sagen, das muss so sein, ja.

**Abg. Staudacher:** Wollen Sie mich pflanzen? Entschuldigung, Frau Doktor!

**Auskunftsperson Mag. Dr. Daniela Ebner:** *Ich sage jetzt zum zehnten Mal: Die Finanzabteilung hat nicht geschwärzt.*<sup>95</sup>

## **26 Schlussfolgerung betreffend die Schwärzung bzw. Abdeckung von übermittelten Beweisen**

Die Thematik der Schwärzung bzw. Abdeckung von Beweisen dreht sich im Wesentlichen um die nachstehend einstimmig vom Untersuchungsausschuss beschlossenen Beweismittelanträge und die folgende Nichtübermittlung der Beweise durch die Landesregierung:

- Alle Niederschriften über die Sitzungen des KAF-Kuratoriums betreffend den Untersuchungsgegenstand, welche der Aufsichtskommissärin aufgrund ihrer Funktion vorliegen.
- Alle Niederschriften über die Sitzungen des KAF-Kuratoriums betreffend den Untersuchungsgegenstand, welche der Landesfinanzreferentin in ihrer Funktion als Aufsichtskommissärin ungeschwärzt und unabgedeckt vorliegen.

Eingangs muss hier festgehalten werden, dass das Gesetz, mit dem der Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds eingerichtet wird (Kärntner Ausgleichszahlungs-Fonds-Gesetz - K-AFG), in § 23 klar festlegt, dass alle Niederschriften über die Sitzungen des Kuratoriums dem Aufsichtskommissär zu übersenden sind. D.h. die Niederschriften des KAF-Kuratoriums müssen laut den Bestimmungen der Kanzleiordnung des Amtes der Kärntner Landesregierung auch im Amt der Kärntner Landesregierung aufliegen.

Mag. Gilbert Isep, Aufsichtsratsvorsitzender des KAF, hat dem Untersuchungsausschuss auch mitgeteilt, dass der Vorstand des KAF, seinen Aufgaben nachgeht und er davon ausgehe, dass die Niederschriften über die Sitzungen des KAF-Kuratoriums an den Vorstand übermittelt werden. Auch Mag. Martin Payer hat dem Untersuchungsausschuss bestätigt, dass die Niederschriften der Sitzungen des KAF-Kuratoriums der Landesaufsicht zur Verfügung gestellt werden.

Landeshauptmann Kaiser hat dem Untersuchungsausschuss in seiner 1. und 2. Befragung mitgeteilt, dass er zu den geschwärzten Unterlagen nichts sagen kann. Er kann aber ausschließen, dass er oder jemand in seinem Büro die Akten geschwärzt hat. Er selbst habe auch keine Befugnis dazu. Weitere Fragen wären an die zuständigen Regierungskollegen zu richten.

KAF-Vorstand Payer wurde von Rechtsbeistand Dr. Aichinger befragt, wer die Schwärzungen der Unterlagen vorgenommen hat. Er wollte wissen, ob es die Landesregierung bzw. die Geschäftsabteilung oder der KAF war. Payer meinte dazu, dass der Untersuchungsausschuss, die Dokumente wohl nicht vom KAF bekommen habe und er nicht auswendig weiß, wer jetzt wirklich geschwärzt hat.

---

<sup>95</sup> Befragung von Dr. Daniela Ebner am 12. Oktober 2022

Landeshauptmannstellvertreterin Schaunig-Kandut bestätigt, dass der KAF selbst keine Unterlagen an den Untersuchungsausschuss liefern muss. Des Weiteren wisse sie nicht, wer geschwärzt hat. Das Begleitschreiben, mit welchem die geschwärzten Unterlagen an den Untersuchungsausschuss übermittelt wurden, wurde jedoch von Schaunig-Kandut verfasst und unterzeichnet.

Rechtsbeistand Dr. Aichinger erläutert bereits im Zuge der 2. Befragung von LH Kaiser, dass die vielfach zitierte Stellungnahme des Verfassungsdienstes zur Vorlage von Unterlagen des KAF bzw. landesunabhängigen Landesgesellschaften erfolgte. In dieser Stellungnahme wurde die Vorlagepflicht der Landesregierung und der jeweiligen Referate nicht thematisiert.

Dkfm. Höving hat bei seiner 2. Befragung versucht, Licht ins Dunkel der Thematik Aktenschwärzung zu bringen: *„Die notwendigen Schwärzungen und damit berechtigten Schwärzungen von Unterlagen, die der KAF vorgenommen hat, zusammen mit der darunter stehenden Begründung, würde ich gerne kurz erläuternd ausführen, dass Schwärzungen von Unterlagen nicht von der Finanzabteilung vom Land vorgenommen wurden, Schwärzungen wurden nur vom KAF vorgenommen. Der KAF hat vier Anforderungen des Untersuchungsausschusses direkt und indirekt für die Dokumente bekommen. Danach hat der KAF Post von der Landesfinanzreferentin in ihrer Funktion als Finanzaufsicht bekommen, die vorher vom Untersuchungsausschuss angeschrieben wurde, dass sie diejenigen Dokumente liefern möchte, die in den Sitzungen, an denen sie teilgenommen hat, Gegenstand bzw. Dokumentation dieser Sitzungen waren. Das sind die KAF-Kuratoriumssitzungen, an denen die Landesaufsicht teilnimmt. Diese Protokolle der Sitzungen hat der KAF gesichtet und hat sie entsprechend den Vorgaben, die Betriebs- und Geschäftsgeheimniswahrung, aber auch das Risiko der kapitalmarktrechtlichen Implikationen, geschwärzt. Im Aufforderungsschreiben der Finanzaufsicht an den KAF stand auch drin, dass der KAF die Unterlagen zu liefern hat, aber unter Wahrung allfälliger rechtlicher Restriktionen.“*<sup>96</sup> Weiters teilt Höving mit, dass der Gesamtvorstand vom KAF die Schwärzungen in Richtung Landesfinanzreferentin freigegeben hat.

An dieser Stelle wird erneut darauf verwiesen, dass der Untersuchungsausschuss die gegenständlichen Niederschriften, direkt von Aufsichtskommissärin Schaunig-Kandut und nicht vom KAF angefordert hat. Eine indirekte Aktenlieferung des KAF hat der Untersuchungsausschuss ebenfalls nie begehrt.

Der Gesamtvorstand vom KAF, also Payer und Höving, sollte die Schwärzungen in Richtung Landesfinanzreferentin freigegeben haben. Vorstand Payer konnte sich in diesem Zusammenhang, wie bereits dargelegt, nicht mehr erinnern, wer wirklich geschwärzt hat und er erklärte ebenfalls, dass der Untersuchungsausschuss die Unterlagen wohl nicht vom KAF erhalten hat. Eine Handlung, die beide Vorstände wissentlich gesetzt haben, müsste doch beiden Vorständen auch Erinnerung sein. Auch Landeshauptmannstellvertreterin Schaunig-Kandut hat erklärt, sie wisse nicht wer geschwärzt hat. Wenn es eine Freigabe des Gesamtvorstandes des KAF in Richtung Aufsichtskommissärin Schaunig-Kandut wirklich gegeben hätte, müssten wohl alle drei Personen davon wissen.

Rechtsbeistand Dr. Aichinger hält in diesem Zusammenhang noch einmal unmissverständlich fest, dass die Finanzabteilung sich diesbezüglich auch auf keine Auskunfts- oder Informationsverweigerungsrechte berufen kann. Daher war der Untersuchungsausschuss der

---

<sup>96</sup> Befragung von Dkfm. Höving am 12. Oktober 2022



Meinung, dass diese Unterlagen eben ungeschwärzt vorzulegen sind. Es versteht sich von selbst, dass der Untersuchungsausschuss selbst, die Mitglieder des Untersuchungsausschusses, auch einer Verschwiegenheitspflicht unterliegen.

Abteilungsleiterin Dr. Ebner gab im Zuge ihrer 2. Befragung vor dem Untersuchungsausschuss zu Protokoll, dass die Finanzabteilung keine Schwärzungen vorgenommen hat. Wer geschwärzt hat, entziehe sich ihrer Kenntnis. Die Niederschriften der Sitzungen des KAF-Kuratoriums liegen in der Finanzabteilung laut Ebner ebenfalls ungeschwärzt auf.

Auf die Frage, von wem die geschwärzten Unterlagen übermittelt wurden, sagte Ebner: Von ihr jedenfalls nicht, denn das wäre über ihren Tisch gegangen. Sie selbst habe nur ungeschwärzte Unterlagen übermittelt.

**Für Rechtsbeistand Dr. Aichinger lässt sich daraus nur der logische Schluss ziehen, dass die Finanzreferentin dem Ersuchen des Untersuchungsausschusses, die ihr vorliegenden ungeschwärzten Unterlagen vorzulegen, eben nicht nachgekommen ist. Das heißt, vorgelegt wurde auftragsgemäß nicht das, was vom Untersuchungsausschuss angefordert wurde, sondern wiederum nur die vom KAF geschwärzten Unterlagen.**

Abschließend lässt sich also nicht genau klären, wer ad personam geschwärzt hat. Die Aussagen von Höving deuten aber darauf hin, dass er selbst aktiv daran beteiligt war. Dass Payer sich nicht mehr an die gemeinsame Handlung der KAF-Vorstände betreffend die Übermittlung der geschwärzten Unterlagen an die Landesaufsicht erinnern kann, scheint bei einem derart heiklen Thema nicht plausibel. Auch die Unkenntnis von Landesaufsicht Schaunig-Kandut darf in diesem Zusammenhang stark angezweifelt werden.

Fakt ist jedoch, dass Finanzreferentin Schaunig-Kandut dem Ersuchen des Ausschusses, die ihr vorliegenden ungeschwärzten Unterlagen vorzulegen, nicht nachgekommen ist.

## **27 Schlussempfehlungen:**

### **1) Kontrollfunktion in HETA:**

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu erreichen, dass dem Land das Nominierungsrecht für einen Vertreter im Aufsichtsrat der HETA Asset Resolution i.A. zugestanden wird.

**Begründung:** Es ist sicherzustellen, dass Kärnten nicht mehr von wichtigen Informationen in Bezug auf die HETA abgeschnitten wird, wie dies beim zweiten Vergleich zwischen der Bayern LB und der HETA der Fall war. Der KAF ist der größte Gläubiger der in Liquidation befindlichen HETA.

### **2) Untersuchungsausschuss-Gesetz ändern:**

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag so rasch wie möglich eine Änderung des Kärntner Untersuchungsausschussgesetzes vorzulegen, das vor allem folgende Änderungen enthalten muss.

- a) Verpflichtung zur Aktenvorlage für alle ausgegliederten Rechtsträger, die von der Kontrollbefugnis des Kärntner Landesrechnungshofes erfasst sind.
- b) Einführung einer unabhängigen Schiedsstelle, die über die Rechtmäßigkeit des Bestehens eines sachlichen Zusammenhanges eines Verlangens eines Viertels der

Mitglieder eines Untersuchungsausschusses entscheidet. Das kann wie im Burgenland das Landesverwaltungsgericht sein oder wie in Wien ein dreiköpfiger Richtersenat.

**Begründung:** Die Arbeit des Untersuchungsausschusses „Gerechtigkeit für Kärnten“ wurde massiv behindert, weil ausgegliederte Rechtsträger keine bzw. nur geschwärzte Akten vorlegten und weil die Landesregierung relevante Unterlagen, deren Anforderung im Ausschuss einstimmig beschlossen worden sind, nicht geliefert hat. Dies obwohl im Artikel 69 Abs. 6 der Landesverfassung ausdrücklich festgelegt ist, dass Behörden, Ämter und Dienststellen des Landes verpflichtet sind, einem Ersuchen des Untersuchungsausschusses um Beweiserhebungen im Umfang des Untersuchungsgegenstandes Folge zu leisten und auf Verlangen ihre Akten und Unterlagen vorzulegen.

### **3) Bericht als Sachverhaltsdarstellung an Staatsanwaltschaft:**

Der Ausschuss registrierte in Bezug auf die Nichtübermittlung von angeforderten Beweisen und der Übermittlung von geschwärzten Beweisen widersprüchliche Aussagen von Auskunftspersonen. Es wäre daher zu klären, ob die Verpflichtung zur wahrheitsgemäßen Auskunftserteilung erfüllt worden ist.

Es fiel auch auf, dass Ex-Finanzminister Hans-Jörg Schelling seine Rolle bei der Auszahlung einer Millionenprämie an seinen Berater in der Causa Hypo-HETA Michael Mendel klein geredet hat, was im Widerspruch zu den von Medien wiedergegebenen Aussagen von Auskunftspersonen im parallel stattgefundenen Untersuchungsausschuss im Nationalrat betreffend Klärung von Korruptionsvorwürfen gegen ÖVP-Regierungsmitglieder steht.

### **4) Haftungsbeitrag reduzieren:**

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die bereits aufgenommenen Verhandlungen mit der Bundesregierung über eine Reduzierung des Haftungsbeitrages von 1,2 Mrd. Euro auf Basis der Ergebnisse, die im Untersuchungsausschuss „Gerechtigkeit für Kärnten“ herausgearbeitet worden sind, fortzusetzen. Die unerwartet hohen Verwertungserlöse der HETA sowie die Tatsache, dass der Bund das Land Kärnten von wichtigen Nachverhandlungen mit der Bayern LB ausgeschlossen hat, sind wichtige Anhaltspunkte, um zumindest eine Minderung bei der Rückzahlung jenes Teilbetrages von 400 Millionen Euro, der mit einer langfristigen Laufzeit ausgestattet worden ist, zu erlangen.

### **5) Faire Kostenteilung:**

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung, eine fairere Aufteilung der Kosten, die beim Ankauf der Hypo-Schuldtitel angefallen sind, zu erreichen. Das Land bzw. seine ausgegliederten Rechtsträger mussten über 95 % der Kosten tragen, obwohl eine Kostenteilung zwischen Bund und Land vereinbart worden war, sodass die Vermutung nahe liegt, dass Kärnten einen überhöhten Beitrag leisten musste.